

**Einwohnerratssitzung 2013/2014
Protokoll Nr. 10**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 26. Juni 2014**
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 19:15 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll	Janine Lipp	
Direktwahl	041 329 63 09	26. Juni 2014 jl

Anwesend	Präsidentin	Christine Kaufmann-Wolf
	Einwohnerrat	32 Mitglieder Roger Erni (bis 17:55 Uhr)
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Guido Solari
	Protokoll	Janine Lipp
Entschuldigt		Enrico Ercolani Fabian Takacs Pascal Meyer Peter Portmann

Aufgrund dessen, dass das Aufnahmegerät nicht funktioniert hat, wurden ab Traktandum 5 die Voten anhand der Notizen der Protokollführerin protokolliert.

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 369 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 8</u> vom 3. April 2014 | | Seite 371 |
| 3. | <u>Planungsbericht: „Krienser Informationsstelle Gesundheit (KIG)“</u> | Nr. 119/14 | Seite 371 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarungen Gemeinde Kriens – Spitex</u> | Nr. 120/14 | Seite 391 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarung Spitex – Mütter- & Väterberatung</u> | Nr. 121/14 | Seite 398 |
| 5a. | <u>Dringliche Motion Erni: Zur Einhaltung des Finanzplans, trotz veränderten Rahmenbedingungen</u> | Nr. 126/14 | Seite 403 |
| 5b. | <u>Beantwortung dringliche Interpellation Lammer: Wann ist in Kriens das Parkbad geöffnet?</u> | Nr. 127/14 | Seite 407 |
| 6. | <u>Bericht Postulat Fässler: Umsetzung Massnahmen aus „Wir sind Kriens“</u> | Nr. 044/13 | Seite 409 |
| 7. | <u>Bericht Postulat B. Bienz: Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden</u> | Nr. 050/13 | Seite 412 |
| 8. | <u>Bericht Postulat Portmann: Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden (VLG)</u> | Nr. 051/13 | Seite 412 |
| 9. | <u>Bericht dringliches Postulat Schwizer: Informatik-Strategie</u> | Nr. 095/14 | Seite 416 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Tanner: Kostentreiber Soziale Wohlfahrt in Kriens aus Zeitgründen abtraktandiert</u> | Nr. 084/13 | Seite 420 |
| 11. | <u>Beantwortung Interpellation Ercolani: Heizungsanlagen in gemeindeeigenen Gebäuden aus Zeitgründen abtraktandiert</u> | Nr. 099/14 | Seite 420 |
| 12. | <u>Postulat Ercolani: Beschäftigung von Sozialhilfebezüger</u>
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 124/14 | Seite 420 |
| 13. | <u>Fragestunde</u>
<i>(max. 30 Min.)</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | | Seite 420 |
| 14. | <u>Verabschiedung Alex Hahn (FDP) und Yanik Kloter (JUSO)</u> | | Seite 421 |

Neueingangsliste

- Nr. 099/14 Beantwortung Interpellation Ercolani: Heizungsanlage in gemeindeeigenen Gebäuden
- Nr. 126/14 Dringliche Motion Erni: Zur Einhaltung des Finanzplanes, trotz veränderten Rahmenbedingungen
Eingang: 22.05.2014
- Nr. 127/14 Dringliche Interpellation Lammer: Wann ist in Kriens das Parkbad geöffnet?
Eingang: 23.05.2014
- Nr. 044/13 Bericht Postulat Fässler: Umsetzung Massnahmen aus „Wir sind Kriens“
- Nr. 095/14 Bericht dringliches Postulat Schwizer: Informatik-Strategie
- Nr. 119/14 Planungsbericht: „Krienser Informationsstelle Gesundheit (KIG)“
- Nr. 120/14 Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarungen Gemeinde Kriens – Spitex
- Nr. 121/14 Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarung Spitex – Mütter- & Väterberatung
- Nr. 128/14 Postulat Kobi: Tagesbetreuung für Menschen mit Demenz zur Entlastung von Angehörigen
Eingang: 27.05.2014
- Nr. 084/14 Beantwortung Interpellation Tanner: Kostentreiber Soziale Wohlfahrt in Kriens
- Nr. 104/14 Beantwortung Interpellation Takacs: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Nr. 105/14 Beantwortung Interpellation Takacs: Frauenanteil im Kader der Krienser Verwaltung
- Nr. 074/14 Bericht Postulat Hahn: Photovoltaikanlage für das Tribünengebäude Kleinfeld und das Parkbad Kriens
- Nr. 129/14 Interpellation Schwizer: Förderung des Wirtschaftsstandortes Kriens
Eingang: 20.06.2014
- Nr. 114/14 Beantwortung Interpellation Hahn: Flexibles Rentenalter für Gemeindeangestellte
- Nr. 117/14 Beantwortung Interpellation B. Bienz: Verlustscheine für Steuerschulden

Christine Kaufmann-Wolf begrüsst alle Anwesenden zur letzten Einwohnerratssitzung dieser Legislatur. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Lena Berger

Entschuldigt haben sich Fabian Takacs, Pascal Meyer, Enrico Ercolani und Peter Portmann. Roland Schwizer wird während der Sitzung noch kurz weg sein. Roger Erni wird um 17:40 Uhr die Sitzung früher verlassen.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Christine Kaufmann-Wolf keine Änderungsanträge eingegangen. Die Traktanden 7 und 8 werden gleichzeitig behandelt. Diese beiden Postulate befassen sich mit der gleichen Materie. Die vorliegende Berichterstattung erfolgte auch zusammen. Dem Vorgehen wird nicht opponiert. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Am 22. Mai 2014 hat Roger Erni die dringliche **Motion: Zur Einhaltung des Finanzplans, trotz veränderten Rahmenbedingungen (Nr. 126/2014)** eingereicht.

Die Vorsitzende erteilt das Wort an Roger Erni zwecks Begründung der Dringlichkeit der Motion.

Roger Erni führt aus, dass die Motion nach der Abstimmung über die Liegenschaftssteuer eingereicht wurde. Die FDP-Fraktion hat beim Finanzchef angefragt, wie es aussieht. Sie haben die Zahlen so eingesetzt und möchten dem Gemeinderat Druck aufsetzen. Da dieser Druck aufrechterhalten werden muss und nicht erst beim Budget im Oktober behandelt werden soll, muss diese Motion dringlich erklärt werden. Der Einwohnerrat will Antworten dazu. Deshalb braucht es die Dringlichkeit. Wenn die Dringlichkeit abgelehnt wird, macht es nach Abschluss des Budgets keinen Sinn mehr.

Christine Kaufmann-Wolf führt aus, dass der Dringlichkeit nicht opponiert wird, womit die Motion als dringlich erklärt wird. Die Motion wird unter dem Traktandum 5a behandelt.

Am 23. Mai 2014 hat Thomas Lammer die dringliche **Interpellation: Wann ist in Kriens das Parkbad geöffnet? (Nr. 127/2014)** eingereicht.

Die Vorsitzende erteilt das Wort an Thomas Lammer zwecks Begründung der Dringlichkeit der Interpellation.

Gemäss Thomas Lammer ist jetzt Sommer und man kann baden. Die Badi ist geöffnet. Es ist schön zum Schwimmen. Wenn man das nächste Mal darüber sprechen kann, ist September und dann ist die Badi wieder geschlossen. Deshalb soll heute darüber gesprochen werden.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt die Interpellation als dringlich erklärt. Die Interpellation wird unter dem Traktandum 5b behandelt.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ist am 27. Mai 2014 der Vater von Roland Schwizer verstorben. Der Rat wünscht Roland Schwizer und der der ganzen Trauerfamilie viel Kraft und Mut. Viele der Anwesenden kannten Walter Schwizer persönlich, denn er war über viele Jahre der Dorfpolizist von Kriens. Zudem war er vom 1. Juli 1983 bis 30. Juni 1991 im Einwohnerrat und hatte während dieser Zeit Einsitz in der Bürgerrechtskommission. Die Sprechende bittet darum, im Gedenken an den Verstorbenen, aufzustehen.

Das Finalwochenende der Schulhandball-Schweizermeisterschaft in Kriens war ein Grosseerfolg. Innerhalb von nur 7 Wochen hat das OK diese Meisterschaft organisiert. 63 Teams mit über 600 Kindern, 1'000 Besucher und 120 Helferinnen und Helfer waren vor Ort. Aus freudiger Sicht der Krienser belegten die Knaben der 6. Klasse des Dorfschulhauses den 1. Rang. Herzliche Gratulation an die Gewinner und auch ein grosses Dankeschön an das OK.

Für die Kulinarische Wanderung werden noch Helfer gesucht. Der Einwohnerrat hat am 7. September 2014 einen Posten. Die Sprechende ist davon ausgegangen, dass sie mit Anmeldungen bestürmt wird. Bis jetzt sind es aber erst sieben Helfer. Es werden jedoch zwischen 14-15 Personen benötigt. Es wird darum gebeten, sich eine Teilnahme zu überlegen und sich bei ihr zu melden. Es ist eine schöne Sache und ermöglicht schöne direkte Begegnungen mit den Krienserinnen und Krienser. Es ist klar, dass man vor Ort arbeiten muss und man nicht nur Däumchen drehen kann. Es wäre aber schade, wenn nur sieben Personen das ganze Parlament vertreten würden.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Matthias Senn teilt mit, dass Mitte April der Regierungsrat die Ortsplanungsrevision genehmigt hat. Diese ist in Zwischenzeit in Rechtskraft erwachsen, worüber bereits auch schon berichtet wurde. Am 14. Juni 2014 hat der Gemeinderat die neue Verordnung zum Bau und Zonenreglement verabschiedet. Dieses tritt auf den 1. Juli 2014 in Kraft. Bei der 2. Lesung der Ortsplanungsrevision wurde der Entwurf dem Einwohnerrat vorgelegt. Es handelt sich um eine Zusammenfassung diverser Merkblätter aus verschiedenen Bereichen. Inhaltlich hat es nur kleine Korrekturen gegeben. Der Gebührentarif wurde neu erarbeitet und integriert. Der Auftrag des Parlaments wurde ernst genommen, dass Baubewilligungsgebühren und auch Gebühren für Planungsvorhaben kostendeckend sein sollen. Dies wurde nun so angepasst.

Lothar Sidler erklärt, der Regierungsrat hat die Revision des Pflegefinanzierungsgesetzes in die Vernehmlassung gegeben. Darin ist vorgesehen, dass die Pflegekosten gedeckelt werden sollen. Beat Tanner hat an der Sitzung vom 3. April 2014 die Frage gestellt, welche Konsequenzen dies für Kriens gibt. Die Antwort der Heime Kriens ist, dass wenn man die Zahlen von 2013 nehmen würde und die Pflegekosten gedeckelt hätte, wäre auf der Ertragsseite nicht 10.23 Mio. Franken sondern nur 9 Mio. Franken. Man hätte 1.23 Mio. Franken weniger eingenommen, wenn diese Deckelung vorgenommen worden wäre. Bezüglich der Auswirkungen auf die Stellen hat man ausgerechnet, dass etwa 17 Vollzeitstellen gestrichen werden müssten. Wenn man davon ausgeht, dass jede Mitarbeitende etwa 70 Stellenprozente arbeiten würde, wären es 24 Angestellte. Man hat auch eine Schlüsselung vorgenommen. Somit wären es fünf Vollzeitstellen im tertiären Bereich und 12 Vollzeitstellen als Pflegehilfe.

2. Protokoll Nr. 8 vom 3. April 2014

Zum Protokoll Nr. 8 vom 3. April 2014 ist von der Gemeinderätin Judith Luthiger-Senn eine Präzisierung eingegangen. Nach Abklärungen mit dem Rektorat wurden diese Ergänzungen gemacht. Der Einfachheit halber wurden diese Änderungen verteilt. Diese liegen auf den Tischen auf.

S. 272, Fragestunde

Anmerkungen:

Gemäss Abklärung beim Rektorat der Volksschule Kriens kommt es sehr selten vor, dass Klassen auseinandergenommen werden müssen.

Beispiel: Wenn die Kuonimatt-Schüler ins Roggern wechseln, werden sie nicht als Klasse verschoben. Die Klassen werden neu zusammengestellt. Man schaut bei der neuen Zusammensetzung darauf, dass die Klassen möglichst ausgeglichen sind in Bezug auf:

- Grösse der Klasse
- Mädchen / Knaben
- Leistungsfähigkeit
- Soziale Kompetenzen / Verhaltensauffälligkeiten
- Wohnadresse
- Integrative Sonderschulung (IS)

Neu werden die Klassen natürlich auch beim Übertritt Kindergarten – 1. Primarstufe gebildet. Kriterien sind:

- Wohnadresse (damit Kinder als Gruppe in die Schule können)
- Betreuungssituation
- Schulweg
- Integrative Sonderschulung (IS)
- Grösse der Klasse

Kriterien Übergang Primarstufe – Sekundarstufe:

- Niveaueinteilung
- Grösse der Klassen
- Sozialkompetenz

Den Ergänzungen wird nicht opponiert. Weitere Änderungsbegehren sind nicht eingegangen. Sprachliche Fehler wurden nachträglich noch korrigiert. Damit ist das Protokoll genehmigt und an die Protokollführerin verdankt.

3. Planungsbericht: „Krienser Informationsstelle Gesundheit (KIG)“ Nr. 119/14

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf muss Roland Schwizer in den Ausstand, weil er im Vorstand der Spitex Kriens ist. Bruno Bienz ist als SGK-Präsident von Amtes wegen als beraten-

des Mitglied bei der Spitex Kriens und muss nicht in den Ausstand. Dies ist nach der Ausstandsregelung zulässig.

Bruno Bienz dankt im Namen der SGK für diesen umfassenden Planungsbericht. Es war ein langer Weg bis hierhin. Mit der Schaffung der Informationsstelle kommt die Gemeinde Kriens einem lang gehegten Wunsch der Krienser Bevölkerung nach. Es war sicher nicht einfach, den richtigen Weg zu finden. Was in Rapperswil-Jona schon Alltag ist, ist in Luzern Neuland. Es kann sicher gesagt werden, dass man hier nicht mit einer Luxuslösung startet. Das wird von der SGK so unterstützt. Gestartet wird mit Beratungsdienstleistungen an zwei halben Tagen plus am Samstagmorgen. Informationen sind von Montag bis Freitag während der Bürozeiten erhältlich. Die Lohnkosten betragen jährlich Fr. 165'000.00 bei 155 Stellenprozenten. Auf Seite 18 hat sich dazu ein Fehler eingeschlichen. Es wurde diesbezüglich heute die Korrektur von Lothar Sidler an alle verteilt. Die Erfahrung wird es zeigen, ob diese reichen oder nicht. Lothar Sidler hat in seinen Ausführungen erklärt, dass dieser Planungsbericht nicht für sich alleine angeschaut werden kann. Er steht im Zusammenhang mit den beiden Leistungsvereinbarungen der Spitex. Die drei Dokumente stellen die Gesamtheit der Dienstleistungen Spitex dar. Bei der KIG sollte aber klar der Mensch im Vordergrund sein. Der SGK ist auch klar, dass mit dieser neuen Organisation zuerst Erfahrungen gesammelt werden müssen. Daher wird von der Kommission auch begrüsst, dass die Leistungsvereinbarung vorerst auf ein Jahr abgeschlossen wird. Auch wird von der Kommission begrüsst, dass bei der Evaluation eine Kosten- und Nutzenanalyse gefordert wird. Die SGK hat daher auch einen Antrag zu einer Bemerkung gemacht, der fordert, dass dieser Wirkungsbericht der SGK rechtzeitig, vor dem Budget 2017, also Mitte 2016 vorgelegt wird. Es wurde in der SGK der Antrag gestellt, dass dieser Wirkungsbericht auch dem Einwohnerrat vorgelegt werden soll. Die SGK war der Meinung, dass dies im Kompetenzbereich der SGK ist. Die Mitglieder der SGK können dann via Fraktion allenfalls Einfluss auf diesen Budgetposten nehmen. Es gibt immer Möglichkeiten, dies zu bereden. Ein wichtiger Punkt ist die Neutralität und Unabhängigkeit der Informationsstelle Gesundheit. Da ist sich die SGK ohne Wenn und Aber einig. Dieser Punkt gab einiges zu reden. Die Neutralität kann gemessen werden an der Verteilung der Restfinanzierungskosten. Zurzeit ist das Verhältnis 10 % für Private und 90 % für Spitex Kriens. Der Wirkungsbericht soll dann diesen Punkt, aber auch die Kostennutzenanalyse und Qualität beleuchten. Zu Reden gab in der SGK auch noch der Einwand eines Mitgliedes nur 100 Stellenprozente zu bewilligen. Dass die Stelle geschaffen werden muss, sei in Ordnung. Vielleicht könnte sie aber effizienter gestaltet werden. Lothar Sidler stellte aber klar, dass eine Plafonierung der Stelle auf 100 % so nicht funktioniere. Die Stellenprozente wurden anhand der Erfahrungswerte von Rapperswil-Jona gerechnet. Diese Gemeinde hat eine vergleichbare Lösung. Es kann daher gut darauf abgestützt werden. Sonst können die vorgesehenen Dienstleistungen gar nicht erst gestartet werden oder ungenügend. Das wäre ein sehr schlechter Start. Falls die Stelle überdotiert ist, kann auf Grund des Wirkungsberichtes entschieden werden, ob abgebaut werden muss oder soll. Die SGK hat sich grossmehrheitlich dieser Argumentation angeschlossen. Die SGK freut sich, dass dieses schon lange gewünschte Anliegen nun aus den Startlöchern kommt und wünscht den Verantwortlichen eine gute Hand bei der Auswahl der Mitarbeitenden. Die SGK hat diesen Bericht mit einer ablehnenden Kenntnisnahme, einer Kenntnisnahme und drei zustimmende Kenntnisnahmen zur Kenntnis genommen.

Kathrin Graber von der CVP/JCVP/GLP-Fraktion erklärt, dass mit der Schaffung der Informationsstelle Gesundheit die Gemeinde Kriens einem lang gewünschten Anliegen aus der Krienser Bevölkerung nachkommt. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion begrüsst es darum, dass eine zentrale Anlaufstelle geschaffen wird, womit die verschiedenen Gesundheitsangebote in der Gemeinde vernetzt werden. Sie freut sich, dass sich nun Krienserinnen und Krienser zentral und niederschwellig an eine Stelle mit gesundheitlichen Fragen jeglicher Art wenden können und professionelle Hilfe erhalten. Damit betritt Kriens in der Region Luzern Neuland. Solche

Stellen gibt es offensichtlich erst an wenigen Orten, beispielsweise in Cham und Rapperswil-Jona. Die Erfahrungen in diesen Gemeinden zeigen, dass mit einer solchen oder ähnlichen Stelle positive Erfahrungen gesammelt wurden. Gerade auch im präventiven Bereich können Kosten gespart werden. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen Planungsbericht „Krienser Informationsstelle Gesundheit (KIG)“. Der Bericht ist eine gründliche Analyse zur neuen Informationsstelle und der Beschreibung ihrer Aufgaben. Gerade weil mit der Informationsstelle Gesundheit Neuland betreten wird und man mit der neuen Organisation noch Erfahrungen sammeln muss, begrüsst sie es, wenn die Leistungsvereinbarung vorerst probeweise auf ein Jahr abgeschlossen wird. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion findet es richtig, dass der SGK ein Wirkungsbericht über die gemachten Erfahrungen vorgelegt wird und stimmt daher diesem Antrag der SGK zu. Bei all diesen Vorschusslorbeeren sind der CVP/JCVP/GLP-Fraktion auch Punkte aufgefallen, auf die ein besonderes Augenmerk gelegt werden muss. Das hohe Ziel, die Unabhängigkeit der Informationsstelle Gesundheit zu erreichen, führte für alle Beteiligten zu einer echten Herausforderung. Das Resultat, die Gründung einer einfachen Gesellschaft, war der kleinste gemeinsame politische Nenner. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion erwartet und ist zuversichtlich, dass diese Organisationsform entwicklungsfähig ist und vielleicht nun einfach zu Beginn der Stelle die Funktion eines Steigbügelhalters zukommt. Ein weiterer Punkt ist die Abgrenzung der Tätigkeiten zwischen der Informationsstelle Gesundheit und der Spitex. Damit verbunden ist auch eine Abgrenzung der Abrechnungsverhältnisse. Positiv und als zwingend erachtet sie es, dass mit der Spitex Kriens, die über die notwendige Fachkompetenz verfügt, zusammengearbeitet wird. Dadurch erhofft sich die CVP/JCVP/GLP-Fraktion, dass Synergien genutzt werden können. Bei der Abrechnung wünscht sie sich ein pragmatisches Vorgehen der beteiligten Stellen. Einem administrativen Mehraufwand, wie der Gemeinderat selbst schreibt, steht sie skeptisch gegenüber. In der CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat man auch den Leistungsumfang der Dienstleistungen diskutiert. Es wird aus ihrer Sicht eine angemessene Variante gewählt, welche sich auf die absolut notwendigen Bedürfnisse beschränkt und nicht mehr. Dem Antrag der SVP-Fraktion, die Kosten zu plafonieren, wird die CVP/JCVP/GLP-Fraktion daher nicht zustimmen. Sie will eine Stelle, die gleich zu Beginn mit den nötigen personellen Ressourcen ausgestattet ist und nicht mit gestutzten Flügeln starten muss. Es ist richtig, dass man nun nach den langen und seriösen Vorabklärungen die Stelle einsetzen soll. Sie hofft und wünscht der neuen Stelle bei der Umsetzung viel Erfolg und dass die Krienserinnen und Krienser dank der guten Unterstützung möglichst lange in ihrem Zuhause bleiben können und spät teure Pflegedienstleistungen in Anspruch nehmen müssen. Zusammenfassend nimmt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Planungsbericht „Krienser Informationsstelle Gesundheit“ erfreut zu Kenntnis und ist dankbar, dass mit der Anlaufstelle gestartet werden kann.

Katja Staub erläutert, dass die SVP-Fraktion den Bericht zur Kenntnis nimmt und dankt dem Sozialvorsteher und dem Projektteam für die Arbeit. Für sie ist die Krienser Informationsstelle Gesundheit grundsätzlich eine gute Idee. Die SVP-Fraktion hat jedoch Fragezeichen, ob die Unabhängigkeit dieser Informationsstelle gewährleistet ist. Wenn beim Leistungsvermittler Angestellte der Spitex Kriens mitarbeiten und beim Leistungserbringer ebenfalls Angestellte der Spitex Kriens tätig sind, dann könnte aus ihrer Sicht ein Interessenkonflikt entstehen. Das heisst, die Mitarbeiter der Spitex Kriens arbeiten für die "unabhängige" Informationsstelle als Berater, um Dienstleistungen an Hilfesuchende zu vermitteln. Gleichzeitig bieten sie diese Dienstleistungen als Spitex Kriens an. Das ist für die SVP-Fraktion so, als ob die Krankenkasse XY eine neutrale Versicherungsberatung anbietet oder ein SVP-Politiker Schüler neutral und sachlich politisch bilden würde. Das ist einfach eine Gefahr, dass mit dem Hintergrund, welche die Person mitbringt, eine gewisse Vorbelastung und Befangenheit da ist. Der Planungsbericht steht jetzt jedoch und die SVP-Fraktion will ihm eine Chance geben. Schlussendlich steht und fällt die Unabhängigkeit der Koordinationsstelle mit den Personen, welche darin arbeiten. Es ist eine grosse Herausforderung für diejenigen Personen, welche in der KIG arbeiten. Es muss eine Person sein, die eher unabhängig vom Arbeitgeber Spitex agiert und

reagiert und kann so zu sehr guten Zielen kommen. Aber es braucht eine Person, welche diese Grösse und die nötige Distanz zum eigenen Arbeitgeber hat. Auch der Wille zur Zusammenarbeit mit Spitex Kriens, Heime Kriens und privaten Organisationen ist entscheidend. Die SVP-Fraktion hat vier Bemerkungen dazu:

1. Die Leistungsvereinbarung betreffend Führung und der Betrieb der Krienser Informationsstelle Gesundheit soll unter Punkt 21 befristet bis auf Ende 2016 vereinbart werden.
2. Es wird ein Wirkungsbericht mit gewisser objektiver Beurteilung verlangt, der bis Frühling 2016 dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Darin werden die Kosten, der Nutzen, die Qualität, die Neutralität und die Unabhängigkeit aufgezeigt. Z.B. wie viele Personen wurden beraten? Wie viele der Beratenen haben sich anschliessend für die Spitex Kriens, wie viele für eine andere Spitex (z.B. Private Spitex Pilatus), die Haushilfe, Pro Senectute, das SRK, etc. entschieden. Wer nimmt welche Dienste in Anspruch?
3. Die Kosten müssen plafoniert werden.
4. In der Leistungsvereinbarung oder dem Arbeitsvertrag zwischen der einfachen Gesellschaft und der Spitex Kriens muss zwingend vermerkt werden, dass auf dritte Organisationen (Private Spitex, Pro Senectute, etc.) proaktiv hingewiesen werden muss. Das heisst, dass eine Palette von Dienstbietern proaktiv den Beratenden angeboten wird.

Laut Roger Erni von der FDP-Fraktion betritt die Gemeinde Kriens mit dieser Stelle Neuland. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion und auch Bruno Bienz haben dies bereits erwähnt. Dann wurde aufgrund von einem oder zwei Vergleichen, Rapperswil-Jona genannt. Abgestützt darauf, wurde festgelegt wie viele Stellenprozent es braucht. Es hatte auch noch Fehler drin, wie man gesehen hat. Es sind nicht 225 % sondern 155 %, die jetzt gesprochen werden sollen. Jetzt geht man hier einfach den anderen Weg. Die FDP-Fraktion wird dies ablehnend zur Kenntnis nehmen, weil sie jetzt einfach sagt, wenn schon Neuland betreten wird und wenn man schon kein Geld hat, dann muss die Stelle nicht überdotiert werden. Wenn die Stelle überdotiert ist, soll sie nicht einfach zurückgenommen werden, sondern man muss sie allenfalls unterdotieren. Es soll jetzt ein Jahr gestartet werden und dann erwartet die FDP-Fraktion den Bericht. Anhand des Berichts kann dann gesagt werden, dass es jetzt 120 % oder 130 % braucht und die Spitex kann auch noch mehr übernehmen. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass Senioren eingebunden werden. Die Gemeinde Root zwingt den Schülern das Putzen der Schulhäuser auf, damit ein paar Franken gespart werden können. Das Neuland soll nicht mit 155 %, wie gemäss Rapperswil-Jona, gestartet werden, sondern mit 100 %. Die FDP-Fraktion wird diesbezüglich einen Antrag stellen. Die FDP-Fraktion findet es auch gut, dass es diese Stelle gibt. Es ist in Ordnung dass diese Koordination möglichst unabhängig vorgenommen wird. Hier hat die SVP-Fraktion die Gefahren bereits aufgezeigt. Nach einem oder auch schon nach dreiviertel Jahren soll ein Bericht zuhanden des Einwohnerrates oder der SGK kommen. Aufgrund der Anzahl Anfragen kann man dann sagen, ob aufgestockt werden muss. Dann kann die Spitex bei dieser Informationsstelle mehr querverrechnen. Vielleicht gibt es auch kreative Lösungen. Die FDP-Fraktion möchte noch die bessere Kontrolle über die Finanzen. In einem Jahr kann entweder nur in der SGK oder auch im Einwohnerrat darüber diskutiert werden.

Die SP/JUSO-Fraktion meint gemäss Esther Bieri, die Gemeinde Kriens verfügt über ein umfassendes Angebot an Leistungen. Es sind dies zum Beispiel spitalexterne Pflege, Betreuung, Unterstützung im Haushalt, Beratungsangebote für junge Familien, alleinerziehende Elternteile und natürlich die stationäre Pflege und Betreuung in den Heimen. Die Gemeinde Kriens ist darüber hinaus aber auch bestens mit Fachstellen vernetzt, die das Angebot der Gemeinde nahtlos ergänzen, ob selber betroffen, jung, alt oder als Angehörige. Die Sprechende kann sich an die Gemeinde wenden, wenn sie unsicher ist. Es gibt Antworten auf Fragen und Unterstützung, wenn man in Not ist. Dieses Angebot ist vielfältig. Um die Vernetzung und die

Qualität dieser Auskünfte zu steigern und flächendeckend alle Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Kriens über die Versorgungsmöglichkeiten zu informieren, wurde dieses Projekt lanciert. Es liegt nun ein Planungsbericht vor, in dem der Gemeinderat den Einwohnerat über den Projektstand informiert. Die Lösung ist ausgewogen, sie ist breit und vertieft diskutiert. Vielleicht auch gerade weil einzelne Punkte regelrecht umstritten waren. Die Koordinationsstelle mit 30 % wird vorerst von der Leiterin Sozialabteilung übernommen. Sie ist dem Sozialvorsteher direkt unterstellt und prüft laufend, ob die Versorgungskette im Verlauf intakt ist. Sie berät den Sozialvorsteher in strategischen Belangen. Auf der anderen Seite ist die Informationsstelle (KIG). Es ist nicht so wie es Roger Erni vorher gesagt hat, dass diese auch koordiniert, sondern sie informiert und berät. Die KIG ist die operative Anlaufstelle, sozusagen der Schalter, an den die Krienserinnen und Krienser gehen können, wenn sie Fragen zur Gesundheit oder zu Betreuungsangeboten haben. Sie ist organisiert in Form einer einfachen Gesellschaft und wird sich in den Räumlichkeiten der Spitex Kriens einrichten. Man muss wissen, dass die Funktionen, welche die KIG übernehmen wird, heute bereits weitgehend von der Spitex geleistet werden. Deshalb ist es folgerichtig, dass die Spitex ihre Stärken einbringt und die Gemeinde von diesem Fundus an Erfahrung und Wissen direkt profitiert. Fallführung, Überblick über interdisziplinäre Pflege- und Betreuungsangebote und mobil unterwegs sein, sind nur wenige Highlights der Spitex. Auf der anderen Seite sind die Heime Kriens die Vollprofis im stationären Angebot. Das diese beiden Partner die einfache Gesellschaft gründen und so die Zusammenarbeit auf eine neutrale Basis stellen, ist folgerichtig. Diese Gesellschaft soll nun starten und mit Elan und einer kundenorientierten Dienstleistungshaltung in den Betrieb übergehen. Neben diesem Planungsbericht wird heute auch noch die Leistungsvereinbarung Gemeinde Kriens – Spitex Verein Kriens betreffend Pflege, Hauswirtschaft und Palliative Care einerseits und andererseits betreffend Mütter-/Väterberatung diskutiert. Aus Sicht der Spitex sind es also gleich drei Leistungsvereinbarungen, die in Kraft treten. Man muss sehen, dass das für die Verantwortlichen eine komplexe Angelegenheit ist, wenn es darum geht, die Mitarbeitenden mit den Strukturen betraut zu machen und sie gut da durch zu führen. Das Anliegen der SP/JUSO-Fraktion ist es, dass der administrative Aufwand in Bezug auf die Schnittstellen Spitex – KIG und Heime – KIG weder für die Heime noch für die Spitex ein Minimum übersteigt. Der Aufwand muss klein bleiben. Es gilt also auf komplizierte und aufwändige wo möglich „von-Hand-Erfassungen“ oder andere administrative Hürden zu verzichten. Bei der KIG steht der Mensch im Vordergrund. Er kann sich mit seinen Gesundheitsfragen an eine gut organisierte Stelle wenden. Er kann sich darauf verlassen, dass ihm einfühlsam und mit professioneller Kompetenz Unterstützung geboten wird. Die Personalkosten belaufen sich jährlich auf rund Fr. 165'000.00. Mit nur 155 Stellenprozenten ist dies keinesfalls überdotiert und wird eine sehr wertvolle Leistung mit einer sehr schlanken Organisation angeboten. Mehr noch, mit der KIG werden kritische Fälle früher erkannt und einer Verschlimmerung kann vorgebeugt werden. Diese Form der Prävention verhindert, dass teure medizinische Leistungen notwendig werden, also schwerere Pflegefälle entstehen. Insofern wirkt die KIG sogar kostensparend. Der vorliegende Planungsbericht enthält einzelne Punkte, mit denen die Spitex nicht einverstanden ist. Trotzdem bietet sie Hand zur Umsetzung. Das gilt es erst einmal zu würdigen. Im Verlauf ist es wichtig, dass Rückmeldungen der Partner ernstgenommen werden und die Dialogbereitschaft bestehen bleibt. Wenn die KIG langfristig Bestand haben soll, muss die Lösung für die Beteiligten praktikabel sein. Lothar Sidler hat anlässlich der SGK-Sitzung vom 16. Juni 2014 überzeugend dargestellt, dass es effiziente Wege gibt, allfälligen Schwierigkeiten bei der Umsetzung auf faire Art und Weise zu begegnen. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt den Bericht insgesamt zustimmend zur Kenntnis. Wie die anderen Fraktionen auch, wünscht sie einen Wirkungsbericht zu Händen der SGK in ca. 2 Jahren. Den Antrag der SVP-Fraktion wird die SP/JUSO-Fraktion ablehnen. Die SP/JUSO Fraktion dankt für die engagierte Projektarbeit, die umfassenden Unterlagen und wünscht den Beteiligten bei der Umsetzung gutes Gelingen.

Bruno Bienz von der Grüne/JG-Fraktion sagt, dass endlich der Startschuss für die Krienser Informationsstelle Gesundheit abgegeben wird. Nach einigen Verzögerungen und Diskussionen geht die KIG nun auf die Bahn. Nach der Meinung der Grüne/JG-Fraktion ist das aber nicht die endgültige Lösung. Wichtig ist aber jetzt, dass gestartet wird und Erfahrungen gesammelt werden können. Schlussendlich ist diese Stelle ein lang gehegter Wunsch von weiten Teilen der Bevölkerung. Die Stelle soll dann begleitet und allfällige Probleme sollen schnellstmöglich erkannt, analysiert und gelöst werden. Darum unterstützt die Grünen/JG-Fraktion auch die Forderung nach einem Wirkungsbericht zuhanden der SGK. Damit sich diese Stelle etablieren und entwickeln kann, braucht es den Willen aller Beteiligten. Wichtig ist aber auch, dass der administrative Aufwand in Grenzen gehalten werden kann. Das Konstrukt an sich ist schon sehr kompliziert, dann sollten nicht noch mehr Hürden geschaffen werden. Wichtig findet die Grüne/JG-Fraktion aber auch, dass alle Beteiligten als Partner ernst genommen werden. Auch dann, wenn Probleme gelöst werden müssen. Ob der Leistungsauftrag alle wichtigen Bedürfnisse befriedigen kann, wird sich zeigen. Auch sollte er nicht starr nach dem Papier sein, sondern soll allenfalls nach den Bedürfnissen der Krienser Bevölkerung angepasst werden. Unterstützen kann die Grüne/JG-Fraktion den vorgeschlagenen Weg von der Dauer der Leistungsvereinbarung. Mitte 2016 kann mit einem Wirkungsbericht eine Analyse gemacht werden und über das weitere Vorgehen beschlossen werden. Danach kann allenfalls eine vierjährige Leistungsvereinbarung analog der Spitex in Betracht gezogen werden. Den Antrag der SVP-Fraktion kann die Grüne/JG-Fraktion in dieser Form nicht unterstützen. Die Fraktion versteht das Anliegen über die neutrale Stelle, nur ist es einfach eine reine Kostenfrage. Wenn alles neu gemacht worden wäre, hätte man das neutral machen können. Man wollte ja nicht viel Geld ausgeben. Jetzt muss man zuerst mal schauen. Das was Roger Erni von der FDP-Fraktion gesagt hat, ist auch etwas salopp, wenn er sagt, man könne da Senioren anstellen. Er möchte ihn auffordern, mal die Stellenbeschreibung anzuschauen. Er denkt man kann froh sein, wenn man gute Leute bekommt. Es wird schon schwierig sein, die in einem 80 %-Pensen anzustellen. Die Grünen/JG-Fraktion ist gespannt, wie die KIG bei der Bevölkerung ankommt und wünscht einen guten Start. Die Grüne/JG-Fraktion nimmt diesen Bericht, einstimmig und positiv zur Kenntnis.

Kathrin Graber möchte gerne noch etwas zu diesem Antrag und den Bemerkungen der FDP-Fraktion sagen. Der Antrag wurde ja schon in der SGK gestellt. Die Forderung, man müsse jetzt hier etwas kreativ sein und die Stellen plafonieren, geht nicht. Die Sprechende ist auch gerne kreativ, aber hier ist jetzt wirklich der falsche Ort, um kreativ zu sein. Hier geht es um eine professionelle Beratung in Gesundheitsfragen für die Krienserinnen und Krienser. Der Vorschlag der FDP-Fraktion kommt einem etwas vor, wie wenn man mit dem Rasenmäher kommt und er ist auch nicht genau abgeklärt. Im Bericht hat man auf der einen Seite präzise Zahlen, welche jetzt noch korrigiert und die heruntergefahren worden sind. Die Aufgaben von diesen Stellen werden klar beschrieben und man hat Anhaltspunkte von anderen Gemeinden. Auf der anderen Seite ist der Antrag von der FDP-Fraktion mit Zahlen, die völlig aus der Luft gegriffen sind und keine Basis haben. Darum macht Kathrin Graber sehr beliebt, dass so eine Aktion jetzt nicht im Einwohnerrat unterstützt wird. Wie bereits gesagt, soll die Stelle nicht schon mit gestutzten Flügeln mit ihrer Tätigkeit beginnen.

Thomas Lammer hat nur eine kurze Bemerkung zu dieser Stellenreduktion. Es sind 135 zusätzliche Stellenprozente. Von diesen 135 % braucht es 30 % Führung. Es dünkt den Sprechenden relativ sportlich. Er weiss nicht, wer von den Anwesenden auch führt oder leitet. 30 % bei 1.35 Personen ist viel. Das hat die FDP-Fraktion dazu veranlasst den Antrag zu stellen. Dieser ist vielleicht auch etwas sportlich. Aber da müsste man schon nochmal über die Bücher und sich dies überlegen.

Lothar Sidler möchte sich zuerst ganz herzlich für die Rückmeldungen, die zum Planungsbericht gekommen sind, bedanken. So wie es aussieht, stellt niemand die KIG grundsätzlich in Frage. Alle zusammen sind der Meinung, es sei eine gute Sache. Nur stellt sich die Frage, wie viele Personalstellen nötig sind und ob es einen zusätzlichen, administrativen Mehraufwand braucht. Man stellt sich Detailfragen, die zu klären sind. Der Gemeinderat ist auch daran interessiert, dass diese geklärt werden. Aber im Grundsatz ist man einverstanden und das freut den Gemeinderat. Die Krienser Informationsstelle Gesundheit ist ein Bestandteil einer Gesamtheit von Dienstleistungen, die im Rahmen des Versorgungskonzepts Gesundheit und Alter gebracht werden sollen. Sie reiht sich in diese Gesamtheit von Dienstleistungen ein, die von der Spitex erwartet werden. Der Unterschied der Dienstleistung, die die KIG erbringen soll, zu den anderen Dienstleistung besteht darin, dass man die anderen Dienstleistungen direkt bei der Spitex über Leistungsvereinbarungen bestellt. Die Dienstleistungen, die hier die KIG erbringen soll, erfolgen indirekt über die einfache Gesellschaft. Die Dienstleister sind auch wieder Mitarbeitende der Spitex. Es wurde auch erwähnt, dass es ein sehr langer Weg gewesen war bis man dieses Ergebnis hatte. Es ist auch bekannt, dass es nachher noch Anpassungen braucht, damit man wirklich dort hinkommt, wo man will. Aber es ist wichtig, dass jetzt angefangen wird. Es wurde der Bevölkerung so lange versprochen und der politische Druck ist gegenüber dem Gemeinderat gross gewesen. Künftige Fehler müssen erkannt, analysiert und geschaut werden, was anders gemacht werden muss. Der Gemeinderat glaubt, dass jetzt dieser Weg gegangen werden muss. Es wird keine langfristige Leistungsvereinbarung, sondern eine 1-jährige Leistungsvereinbarung gemacht. So hat man jedes Jahr wieder die Möglichkeit die nötigen Anpassungen vorzunehmen. Der Gemeinderat ist auch damit einverstanden, dass man Mitte 2016 einen Wirkungsbericht macht. So kann über das ganze Leistungsjahr 2015 die nötigen Schlüsse daraus gezogen werden. Der Sprechende kommt noch zu gewissen Punkten, die immer wieder genannt wurden. Es ist so, dass dies ein administrativer Mehraufwand ist. Diesen Mehraufwand gibt es, weil man den Synergieeffekt gesucht hat. Man wollte, dass die Spitex das macht, weil sie ohnehin schon in diesem Bereich drin tätig ist. Trotzdem hat man das gleiche Unternehmen, die diese Leistungen erbringt. Es muss genau geschaut werden, dass die Arbeiten nicht doppelt gemacht werden, damit die Synergien genutzt werden. Dies kann man nur, wenn die Schnittstellen sauber geklärt werden. Wenn dies nicht eingehalten werden kann, wird die Unabhängigkeit immer wieder in Frage gestellt. Es stimmt, dass es einen Interessenkonflikt geben kann, weil die Mitarbeitenden von der Spitex sind. Aber der Gemeinderat geht davon aus, dass die Leute, wenn sie richtig instruiert werden, in der Lage sind ihre Stelle nachher auch selber, selbständig zu interpretieren und zu merken, dass sie einen selbständigen Auftrag haben. Ein Kostengrund ist es, weil die Leute von der Spitex die beiden Arbeiten übernehmen sollen. Wenn man den Interessenkonflikt nicht will, dann hat man nachher den Synergieeffekt nicht mehr und das bedeutet dann deutliche Mehrkosten, vor allem beim Personal. Das ist die Konsequenz daraus. Man muss sich halt dazwischen auch bewegen. Der Sprechende kommt zu der Plafonierung der Stellen. Es ist eine neue Stelle und man weiss tatsächlich nicht, was auf diese Stelle zukommt. Es wurde aber die vergleichbare Stelle in Rapperswil-Jona angeschaut und davon hat man gelernt. Rapperswil-Jona ist eine Stadt, die die gleiche Grösse hat wie Kriens. Auf deren Zahlenmaterial beruht auch die Stellenberechnung und die Bedarfsrechnung, so wie das im B+A steht. Der Gemeinderat geht davon aus, dass es nachher diese Stellenprozente auch bei der Leitung braucht, weil Rapperswil-Jona das etwa gleich sieht. Damit hat der Sprechende auch die Frage von Thomas Lammer beantwortet. Der Gemeinderat sieht schon, dass 30 Stellenprozente im Vergleich zu 100 Stellenprozente viel ist. Es sind zwar nicht nur 100 Stellenprozente, weil es kommen ja noch die 60 Stellenprozente dazu, die über die Zuweisung von den Heimen auch in die KIG hinein kommen. Aber am Anfang braucht es das jetzt sicher, weil es gibt noch so viele Punkte zu klären und so viele Absprachen zu machen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die 30 Stellenprozente gebraucht werden, bis diese Stelle tatsächlich steht. Nachher kann man diese Stellenprozente im Rahmen des Wirkungsberichtes in Frage stellen. Dann sieht man auch, ob es die 30 Stellenprozente für die Führung braucht oder nicht.

Detailberatung

Planungsbericht

S. 17 ff. Personal, Lohn- und Infrastrukturkosten

Roger Erni führt aus, dass wenn die Führung 30 Stellenprozente hat gibt es zusammen 155 %. Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass *im ersten Jahr 100 % reichen müssen*. Dann muss halt die Spitem mehr übernehmen.

Der Überweisung wird opponiert.

Abstimmung über die Überweisung der Bemerkung (Im ersten Jahr müssen 100 Stellenprozent reichen)

Mit 17:13 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	n.t.
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

S. 17 Bemerkung SVP zu Planungsbericht

Martin Heiz hat zu diesem Punkt eigentlich nur die Bemerkung eingegeben, dass *die Kosten plafoniert werden müssen*. Das möchte die SVP-Fraktion einfach im ersten Jahr so haben. Man redet ja immer von Erfahrungen von Rapperswil-Jona. Nur Rapperswil-Jona ist wahrscheinlich eine etwas kleinere Kategorie als Kriens. Mit dieser Erfahrung könnte man auch sagen, in dieser Zeit, in der diese Leistungsvereinbarung mal läuft, läuft Kriens mit diesen Kosten. Wenn dann der Mitwirkungsbericht gekommen ist, dann kann man dann nochmal zum Einwohnerrat kommen und sagen, dass es wahrscheinlich 150 Stellenprozente braucht. Aber

im ersten Jahr sollte man doch jetzt einfach mal mit diesen Kosten fahren. Es soll nicht das Gefühl entstehen, dass immer mehr Leistungen möglich sind. Sonst wird das ein Selbstläufer, welcher sich selber beschäftigt. Der Sprechende kann auch 12 Stunden arbeiten, aber könnte dies eigentlich auch in 9 Stunden machen. Manchmal geht es und manchmal vielleicht nicht. Meistens geht es aber in einer kürzeren Zeit, als man denkt.

Erich Tschümperlin hat eine Verständnisfrage an den Gemeinderat und an Martin Heiz. Der Einwohnerrat verabschiedet ja hier die Zahlen. Die Zahlen kommen ja ins Budget rein. Die Zahlen gelten für ein Jahr und eine Plafonierung ist für ein Jahr. Somit ist es das, was im Planungsbericht drin steht. Der Sprechende begreift nicht, ob der Antrag überhaupt eine Wirkung hat.

Katja Staub denkt, man möchte ja gleichzeitig, dass der Vertrag auf vier Jahre hinausläuft und von dem her kommt die Kostenplafonierung.

Lothar Sidler erklärt, dass der Gemeinderat vorsieht, dass vorab nur 1-jährige Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Wenn man 1-jährige Leistungsvereinbarungen abschliesst, dann werden die Kosten jährlich mit dem Budget verabschiedet. Also hat der Einwohnerrat die Möglichkeit auf die Kosten Einfluss zu nehmen. Aber was der Gemeinderat nicht möchte ist, dass man jetzt schon hier auf Jahre hinaus das ganze plafoniert. Das geht nicht. Man muss bedarfsgerecht handeln und es kann sein, dass der Bedarf massiv steigt und dann kann man den Bedarf nicht mehr befriedigen, weil man hier drin beschlossen hat, die Kosten sind plafoniert. Das ist nach Sicht des Sprechenden widersinnig. Man kann zum Zeitpunkt vom Budget wieder darüber reden.

Martin Heiz meint, dass was Lothar Sidler sagt, beisst sich eben jetzt genau. In der Leistungsvereinbarung steht nämlich eine Kündigungsfrist von einem Jahr, respektive die Leistungsvereinbarung verlängert sich automatisch. Wenn man kündigt, hat man ein Jahr Zeit. Also wenn im Herbst der Einwohnerrat über das Budget debattiert und etwas anderes gemacht wird, dann müsste man nämlich sofort den Vertrag kündigen. Sonst läuft das einfach weiter, wenn man nichts macht. Darum beisst sich das eigentlich. Also wenn der Einwohnerrat dann im Budget beschliesst, dass man von Fr. 200'000.00 nur Fr. 100'000.00 gibt, dann müsste dann ja eigentlich der Gemeinderat den Vertrag kündigen. Deshalb hat die SVP-Fraktion den Bemerkungsantrag 1 gestellt. Wenn niemand kündigt, verlängert sich die Leistungsvereinbarung automatisch um ein Jahr. Somit wenn niemand etwas macht, hat man in 40 Jahren immer noch die gleiche Leistungsvereinbarung nach dem heutigen Text. Wenn die Kosten jetzt mal nicht nur für ein Jahr sondern für 2-3 Jahre auf diesem Geld plafoniert werden, sollte man sich daran richten. Nach einem Jahr weiss man noch gar nicht was läuft.

Abstimmung über die Überweisung der Bemerkung (Kosten plafoniert)
Mit 19:9 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Râto	ja
Dalla Bona, Mara	Enthaltung
Erni, Roger	nein

Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	Enthaltung
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	n.t.
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

S. 9 Bemerkung SVP zu Planungsbericht

1. Auskünfte und Informationen

In der Beratungstätigkeit ist zwingend auf Angebote von Drittanbietern (Private Spitex, Pro Senectute usw.) hinzuweisen.

Laut Katja Staub möchte die SVP-Fraktion gemäss Bemerkung 4 gerne, dass in der Leistungsvereinbarung oder dem Arbeitsvertrag zwischen dieser einfachen Gesellschaft und der Spitex Kriens vermerkt wird, dass die Angestellten, die dort arbeiten, proaktiv die Ratsuchenden auf dritte Organisationen aufmerksam machen müssen. Das heisst, auf private Spitex, Pro Senectute, usw. Das möchte die SVP-Fraktion zwingend in dieser Leistungsvereinbarung oder dem Arbeitsvertrag drin. Die Sprechende weist noch darauf hin, dass z.B. die Stadt Luzern einen Wegweiser hat, worauf auf 20 Seiten alle Organisationen aufgeführt sind, die man benutzen kann. Das wäre zum Beispiel eine Möglichkeit.

Erich Tschümperlin möchte fragen, was in diesem Zusammenhang proaktiv heisst. Heisst das, dass man zuerst auf die Drittorganisationen hinweisen muss. Proaktiv heisst ja von sich aus gehend. Das ist ihm nicht klar.

Gemäss Katja Staub heisst dies, dass wenn jemand kommt, dann muss der Beratende schauen was die Person für ein Problem hat und nennt dann alle Organisationen, die in diesem Bereich etwas anbieten. Es soll eine Palette aufgezeigt werden, damit man zwischen den aufgezählten Organisationen wählen kann. Es soll nicht einfach nur die Spitex Kriens vorgestellt werden und die zu beratende Person muss selber fragen, ob es auch noch andere Möglichkeiten gibt. Es soll von Anfang alle Möglichkeiten aufgezeigt werden.

Martin Heiz kommt zum Thema einfach immer der Gedanke, dass der der einem den Lohn gibt, dem ist man verpflichtet. Das ist eigentlich der Interessenkonflikt! In seinem Geschäft bietet er ja auch nicht seinen Konkurrenten an. Er bietet sein Produkt an. Sonst kommt der Chef nachher und sagt, von wem er eigentlich den Lohn bekommt. Da hat der Sprechende

einfach das Gefühl, das wird eine riesige Gratwanderung sein. Der Angestellte kommt in einen Interessenkonflikt, wenn er sagen müsste für diesen Ratsuchenden ist z.B. die Privat Spitex auch noch da, welche diese Aufgabe machen könnte. Im Endeffekt kommt man in eine Zwickmühle, um nein zu sagen und bietet lieber die eigene Spitex an und alle anderen schlägt man mit Zurückhaltung vor. Das muss einfach zwingend sein. Man spricht von einer neutralen Stelle, welche dann auch neutral sein muss. Wenn es in der Leistungsvereinbarung geschrieben ist, hat der Angestellte etwas in der Hand, worauf er sich auch stützen kann. Darum will die SVP-Fraktion, dass irgendwo eine Bemerkung drin ist. Dann kann sich nämlich der Angestellte darauf berufen und sagen, da hat man mal etwas geschrieben.

Kathrin Graber möchte einfach daran erinnern, dass jetzt über den Planungsbericht gesprochen wird. Es geht nun nicht um die Leistungsvereinbarung oder den Abschluss des Arbeitsvertrages, wo die SVP-Fraktion jetzt möchte, dass man das reinschreiben will. Aus Sicht der Sprechenden ist das einfach der falsche Ort, um solche operativen Vorgaben zu machen, wie was man dann müsste und sollte im Arbeitsvertrag regeln. Zudem geht Kathrin Graber davon aus, dass das auch in der Praxis kein Problem sein wird.

Judith Mathis-Wicki hat noch eine kurze Ergänzung zu dem was Kathrin Graber gesagt hat, dass das nicht in den Planungsbericht rein gehört. Sie kann versichern, dass diese Spitex-Mitarbeiter gar kein Interesse daran haben ihre eigene Organisation in erster Linie in den Vordergrund zu stellen. Sie sind in keiner Art und Weise gewinnbeteiligt. Also sie haben genug zu tun, ob sie sich anpreisen oder nicht. Das ist mal das erste. Die Spitex hat einfach ihren Leistungskatalog, den sie anbieten kann. Die Angestellten wissen ganz genau, dass es auch noch Private gibt, die das anbieten und sie stellen das auf die gleiche Ebene. Die Sachen, welche sie nicht anbieten können, dort ist ja klar, dass sie die anderen Anbietenden zur Auswahl stellen. Das ist die Aufgabe dieser Beratungsstelle und da hat Judith Mathis-Wicki das grösste Vertrauen, dass das funktioniert. Das ist überhaupt kein Problem.

Für Bruno Bienz ist es nicht richtig, wenn man „proaktiv“ sagt, sondern für ihn ist wichtig, dass es eine neutrale, professionelle Beratung braucht. Er nimmt an es geht so und auch Lothar Sidler weiss genau, dass Schwergewicht auf die Neutralität gelegt wird. Zum anderen ist es so, dass wenn dort Beratung gemacht wird, kann man natürlich nicht einfach sagen geht zur Spitex. Das braucht eine ärztliche Überweisung. Dann muss diese Person zum Arzt gehen und dort wird eine Überweisung an die Spitex gemacht.

Esther Bieri kann sich den Vorrednern Kathrin Graber, Judith Mathis-Wicki und Bruno Bienz anschliessen. Sie weiss aus eigener Erfahrung, dass es so ist, dass sich die einzelnen Spitex-Organisationen ergänzen. Also ist es nicht so, dass alle das gleiche anbieten und alles über den Ladentisch der beratenden Person der KIG läuft. Das sind Organisationen, die unterschiedliche Angebote haben. Da ist es ganz klar, dass die beratenden Personen, die eine gute Kenntnis über die verschiedenen Angebote und auch über die verschiedenen Anbieter haben, schauen was dieser Mensch braucht. Es wird geschaut, was er braucht und was deckt die ärztliche Verordnung ab. Was ist er allenfalls in der Lage selbst zu bezahlen und dann wird das Beratungsangebot, respektive das Betreuungs- und Pflegeangebot professionell zusammengestellt. So läuft das in der Realität.

Wie Katja Staub mitbekommen hat, ist es einfach so, dass 90 % bei der Spitex Kriens ihre Leistungen beziehen und nur 10 % bei privaten Organisationen. Es ist doch für diejenigen, die beraten einfach eine Hilfe. Dieser kommt nicht in einen Interessenkonflikt. Er weiss, dass

es schriftlich abgefasst ist und muss auf andere Organisationen hinweisen. Der Angestellte muss nachher nicht mit dem Chef diskutieren, weil es im Vertrag drinsteht. Dann ist man dazu verpflichtet. Dass es ein ärztliches Zeugnis braucht, weiss die Sprechende schon, aber man kann trotzdem andere Organisationen berücksichtigen. Auch mit einem ärztlichen Zeugnis. Man gibt doch einfach diesem Arbeitnehmer eine Sicherheit.

Räto Camenisch gibt Bruno Bienz mit dem ärztlichen Zeugnis schon Recht, aber der Fall ist umgekehrt. Zuerst kommt die Beratung und nachher schaut man was diese Person nötig hat. Dann kommt das Konzept und dort rein muss dann die Frage Spitex Kriens oder allenfalls eine andere Organisation. Das ist ja dann egal. Erst dann kommt das ärztliche Zeugnis. Sehr oft läuft das so, dass der Patient nicht mal extra zum Arzt geht, sondern dass die Spitex direkt das Zeugnis dem Arzt zur Unterschrift schickt. So läuft das ab. Man muss einfach wissen, dass das ärztliche Zeugnis praktisch keine Rolle in dieser Geschichte spielt. Sondern wichtig ist die Beratung und da muss sichergestellt werden, dass diese sauber und fallorientiert läuft. Man muss ja auch sagen, wer dies bisher gemacht hat. Das ist ja nicht neu, das läuft ja jetzt schon. Bisher hat die Spitex diese Leistung grösstenteils erbracht. Der Sprechende weiss nicht, wie sich das weiter entwickelt. Es wird eine neue Stelle geschaffen. Da stellt sich die Frage, wie sich die Spitex in dieser Beziehung verhalten wird. Räto Camenisch hat auch etwas die Befürchtung, dass sie weiter beraten und es gewisse Parallelitäten geben wird. Da ist das Sozialdepartement gefordert. Aber das Zeugnis soll nicht überbewertet werden, sondern dies ist nur eine Formalität. Das andere ist wichtig und da muss darauf geachtet werden.

Esther Bieri möchte einen Blick zum Gesagten von Räto Camenisch werfen. Es ist so, dass die Spitex heute schon berät. Es ist aber auch so, dass die Stellenprozentage jetzt in die KIG übergehen. Also das ist in diesem Sinne auch berücksichtigt. Es ist schon so, dass es abhängig ist, ob ein ärztliches Zeugnis vorhanden ist oder nicht. Nämlich nur dann zahlt die Krankenkasse. Also es ist nicht obsolet, ob ein ärztliches Zeugnis vorhanden ist oder nicht. Noch etwas zu dem was Katja Staub sagte. Es ist so, dass man wirklich mit Listen arbeitet, weil es ja ein umfassendes Angebot ist. Die fallführenden Mitarbeiter, heute diese Patienten oder Klienten beraten, die haben wirklich einen grossen Überblick und haben Listen, worauf die Dienstleistungen von öffentlichen Spitexen, privaten Organisationen, Stiftungen usw. drauf sind. Es ist nicht so, dass man vorrangig nur öffentliche Organisationen oder die eigene Spitex berücksichtigen würde.

Martin Heiz möchte Kathrin Graber eine Antwort geben. Eigentlich ist es falsch, wenn man sagt, dass Anträge gemacht werden. Es werden keine Anträge, sondern Bemerkungen zu diesem Planungsbericht gemacht. Es ist einfach eine Willensbekundung von Seiten der SVP-Fraktion. Heute wird nicht über die Leistungsvereinbarung diskutiert, sondern sie gibt ihren Willen Lothar Sidler kund, wenn er dann die Leistungsvereinbarung macht. Bevor sie unterschrieben wird, tut er die Bemerkung vielleicht noch rein, oder je nachdem nicht. Aber es ist nur eine Bemerkung. Es kommt einfach hinten an den Planungsbericht ran. Aber das ist nicht ein Antrag, dass es dann gemacht werden muss. Gut, es wäre sinnvoll, wenn er es macht, wenn es eine Mehrheit gäbe. Die SVP-Fraktion will nicht jemandem strategisch oder organisatorisch dreinreden, sondern gibt eine Willensbekundung vom Einwohnerrat an den Gemeinderat mit. Wenn der Gemeinderat diese Leistungsvereinbarung mit diesen endverhandelt, dass dort vielleicht die Willensbekundung aus dem Einwohnerrat noch einfließen. Es ist nur eine Bemerkung und kein Antrag, wie man es im Planungsbericht hat, wo man es dann irgendwo im Beschlusstext drin hat.

Katja Staub hat das Gefühl, dass man sich jetzt fast einig ist. Esther Bieri, Judith Mathis-Wicki und die Sprechende festgestellt haben, dass das bis jetzt bereits passiert, dass andere Organisationen aufgezählt werden. Dann könnte man es ja auch schriftlich fest machen. Was widerspricht den dem?

Brahim Aakti meint zu Katja Staub, dass nachher Broschüren über die möglichen Angebote und Sozialberatungsstellen zur freien Verfügung aufliegen. Für ihn reicht das.

Lothar Sidler hat vorher schon zur Unabhängigkeit von der KIG Stellung genommen. An dem hält er fest. Die Unabhängigkeit der KIG, da hat Katja Staub recht, ist ein sehr hohes Gut. Das ist an allen Orten gefordert worden und man hat eine riesige Übung machen müssen, damit man diese Unabhängigkeit nachher auch hinbringt. Es ist wirklich ein Kern gewesen, der sehr viel zu diskutieren gab und man hat jetzt eine Lösung gefunden, wo man findet, es dient der Unabhängigkeit. Das Sozialdepartement, welches nachher auch die Aufsicht über diese KIG ausführt, hat auch ein Interesse an der Unabhängigkeit. Darauf wird man auch ganz stark achten, dass diese Unabhängigkeit gewahrt bleibt. Die Frage ist jetzt einfach, mit welchem Mittel. Ob man es so mitnehmen kann, wie es hier vorgeschlagen wird oder ob es nachher andere Mittel gibt. Man ist der Meinung, es gibt genügend andere Mittel und es braucht keine operative Empfehlung an die Krienser Informationsstelle Gesundheit. Es liegen beispielsweise die Erfahrungszahlen der letzten Jahre vor. Man weiss, wie viel über die Spitex Kriens und wie viel über die private Spitex abgewickelt wird. Seit diese Pflegfinanzierung eingeführt wurde, sind das immer plus minus 10 %, die über die private Spitex abgewickelt werden. Wenn diese KIG nicht unabhängig sein sollte, dann wird sich das verändern. Wenn sie unabhängig ist, dann sollte es eigentlich gleich bleiben oder es sollte sich zu Gunsten der privaten Spitex-Organisationen verändern. Dort wird man es sehen. Es wird ein Wirkungsbericht gemacht, worin unter anderem auch steht, ob nachher die KIG auch tatsächlich unabhängig arbeitet. Man könnte es dann noch einmal überprüfen und so dem Einwohnerrat mitteilen, ob sie unabhängig ist oder nicht. Wenn sie nicht unabhängig ist, dann ist das nachher etwas, das man ändern muss. Vielleicht noch kurz etwas zur Spitex Kriens selbst. Die Gemeinde Kriens selber hat an sich kein grosses Interesse daran, dass sie nachher eine schwache Spitex hat. Der Gemeinderat will auch nichts unternehmen, dass die Spitex dann geschwächt wird. Weil sie schlussendlich das Standbein der ambulanten Pflege in Kriens ist. Die kleinen, privaten Spitex-Organisationen werden das nie sein. Sie holen sich die guten Risiken raus. Zwei Stunden aufwärts und den Rest lassen sie auf der Seite. Man ist darauf angewiesen, dass eine Spitex-Organisation da ist, die eben auch die schlechten Risiken abnimmt und die beispielsweise einen 24h-Dienst anbietet, die nachher auch die Ausbildungspflichten anbietet. Etwas das die Privaten regelmässig nicht machen. Wenn dann jemand gebraucht wird, kann man sich nicht auf die privaten Spitex-Organisationen abstützen, sondern es braucht die öffentliche Spitex. Wenn diese schwach ist, kann man sich auf diese nicht verlassen. Auf die öffentliche Spitex muss man sich verlassen können. Also man ist dort schon auch etwas in einem Zwiespalt drin. Deshalb will der Gemeinderat nichts unternehmen, dass nachher zu einer markanten Schwächung von der Spitex Kriens führen würde. Das liegt nicht im öffentlichen Interesse.

Abstimmung über die Überweisung der Bemerkung (In Beratungstätigkeit zwingend auf Drittanbieter hinweisen)

Mit 16:14 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein

Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	n.t.
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	nein

Beat Tanner hat noch eine rechtliche Frage. Die Leistungsvereinbarung wird einjährig sein. Aber wenn man sie kündigen muss, dann ist diese auch nicht jährlich, sondern mehrjährig. Braucht es dann nicht auch einen Bericht und Antrag, respektive Sonderkredit, laut Gemeindegesetz?

Lothar Sidler hat es finanzpolitisch noch nicht angeschaut. Er habe aber den Bock bei dieser Kündigungsformel gesehen. Man möchte an sich eine 1-jährige Leistungsvereinbarung und gleichzeitig steht, dass wenn man sie kündigen will, dann muss man dies ein Jahr vorher machen. Ansonsten verlängert sie sich automatisch. Dann funktioniert das System, welches Lothar Sidler erklärt hat, nicht. Also muss man bei dieser Bestimmung über die Dauer dieser Leistungsvereinbarung die automatische Verlängerung herausnehmen. Das ist tatsächlich so, sonst beisst sich Kriens ins eigene Bein. Mit dem wird dann auch dieses Problem gelöst. Dann hat man wirklich nur noch für ein Jahr einen Kredit.

Bemerkung SGK zu Planungsbericht

Gemäss Bruno Bienz beantragt die SGK, wie bereits gesagt, dass die folgende Bemerkung zu überweisen ist: „Der Gemeinderat unterbreitet der Sozial- und Gesundheitskommission Mitte 2016 einen Wirkungsbericht, zur Krienser Informationsstelle Gesundheit (KIG).“

Abstimmung über die Überweisung der Bemerkung (Wirkungsbericht SGK)

Mit 30:0 Stimmen wird die Bemerkung überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja

Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	n.t.
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Lothar Sidler erläutert, dass er aufgrund des Stimmverhaltens davon ausgeht, dass die SVP-Fraktion ihren Antrag 2 in dem Sinne zurückgezogen hat, zugunsten vom Antrag der SGK. Bei dieser Bemerkung soll ein Wirkungsbericht zuhanden des Einwohnerrats gemacht werden und so wie jetzt abgestimmt wurde, ist die SVP-Fraktion damit einverstanden, dass der Wirkungsbericht zuhanden der SGK gemacht wird.

Katja Staub muss jetzt ehrlich gesagt zugeben, dass sie dachte es werde jetzt über den Planungsbericht abgestimmt und hat darum so gestimmt.

Martin Heiz sagt, dass sei ein Bemerkungsantrag. Wie auch immer, der steht immer noch da. Der eine ist der von der SGK und der andere ist der von der SVP-Fraktion. Der von der SVP-Fraktion hat eben einen Zusammenhang mit dem Bemerkungsantrag 1. Darum hätte man eigentlich zuerst diesen nehmen sollen und dann den von der SGK. Es ist ja nicht logisch, dass man eine Leistungsvereinbarung bis Ende 2015 mit einer einjährigen Kündigungsfrist macht, die sich automatisch um ein Jahr verlängert und man macht erst im Frühling oder im Sommer 2016 einen Mitwirkungsbericht. Das heisst, bis man diesen Mitwirkungsbericht auf dem Tisch hat und Korrekturen anbringen kann, läuft diese Leistungsvereinbarung bis Ende 2017. Drei Jahre, nicht nur ein Jahr. Aufgrund des Mitwirkungsberichts, müsste man ja die Leistungsvereinbarung vielleicht ändern. Aber man kann ja nicht eine Leistungsvereinbarung einfach so ändern. Ausser die Spitex und Lothar Sidler kämen zum Einwohnerrat und sagen man ändere es freiwillig. Aber es ist eine Vereinbarung, die unterschrieben wird und da darf jeder darauf beharren. Wenn man nichts macht, geht es einfach so weiter. Darum hat die SVP-Fraktion ein anderes Vorgehen vorgeschlagen. Sie möchte die Leistungsvereinbarung bis 2016 fix ohne Verlängerung und ohne Kündigungsfrist, wie man das beim nächsten Traktandum eigentlich auch hat. Es ist natürlich auch ein Finanzkompetenzproblem. Aber hier, Lothar Sidler hat es ja selbst gesagt, hat man irgendwo einen Widerspruch mit der Kündigungsfrist. Darum wollte die SVP-Fraktion eigentlich einen sauberen Ablauf. Die Leute arbeiten mal ein ganzes Jahr, erst im Oktober wird angefangen und dann haben sie mal wirklich Zeit ein Jahr zu arbeiten. Aufgrund von diesem Jahr kann geschaut werden, was man in die-

sen Wirkungsbericht einbringt, mit dem was man hier in diesem Bemerksungsantrag 2 geschrieben hat. Die SVP-Fraktion möchte einen wirklich fundierten Wirkungsbericht. Der Sprechende nimmt an, dass Lothar Sidler dies auch macht. Aufgrund dieses Wirkungsberichts möchte man nachher reagieren können und zwar sofort und nicht erst Ende 2017. Der Sprechende glaubt, dass es ein Recht des Einwohnerrates ist, dass man einen Wirkungsbericht zur Kenntnis bekommt. Im Endeffekt kann man sagen die SGK bekommt den Wirkungsbericht und der Einwohnerrat erhält Kenntnis davon. Das ist ja auch kein Problem. Aber einfach so hätte man etwas einen logischeren Ablauf gehabt, weil jetzt Kriens eigentlich bis Ende 2015 theoretisch einen Vertrag hat und dann erst im Frühling man einen Wirkungsbericht macht. Die SVP-Fraktion möchte eigentlich einen fixen Vertrag, bis Ende 2016.

Beat Tanner glaubt, es geht hier um ein Kompetenz-Problem. Darum die Frage, die er vorhin gestellt hat. Er möchte wissen, ob die Kompetenz über diese mehrjährige Leistungsvereinbarung beim Parlament oder im Gemeinderat ist. Es geht nicht um die Höhe, sondern wie es laut Gemeindegesezt ist. Dies wäre noch wichtig zu wissen, weil wenn diese Kompetenz beim Einwohnerrat ist, dann müsste es dann wieder einen B+A geben. Dann gäbe es auch einen Sonderkredit und dann könnte man dort wieder mitsprechen.

Guido Solarj kommt noch einmal auf die Formulierung und die Aussagen von Lothar Sidler zurück, als er den Planungsbericht vorgestellt hat. Die Formulierung unter Ziffer 21 im Entwurf von der Leistungsvereinbarung ist eigentlich klar. Sie sagt, die Leistungsvereinbarung dauert bis am 31. Dezember 2015. Es hat keine automatische Verlängerungsklausel drin. Die Formulierung mit der einjährigen Kündigungsfrist ist widersprüchlich und diese wird in der effektiven Leistungsvereinbarung nicht drin sein. Heute wird nur über die Leistungsvereinbarung bis Ende 2015 beraten. Die Leistungsvereinbarung 2016 wird dann im Rahmen des Budgets 2016 zur Diskussion gestellt.

Gemäss Bruno Bienz wurde in der SGK darüber diskutiert, was in diesem Wirkungsbericht drin sein muss. Dort drin sind die Kosten-/ Nutzenanalyse, die Qualität, die Unabhängigkeit und das Volumen der privaten Spitex-Organisationen zur Krienser Spitex. Die KIG soll erfassen, wie viel Patienten zu privaten Spitex-Organisationen und wie viel zur Spitex Kriens zugewiesen werden. Also es ist alles drin, was eigentlich drin sein muss. Man hat klar gesagt, man wolle es auf Mitte 2016, dass man auf 2017 im Budgetprozess eingreifen kann, wenn etwas nicht gut ist.

Martin Heiz meint, darum sei ja eigentlich dieser Antrag der SGK etwas komisch. Wenn der ja bis 2015 geht, wird ja in der Leistungsvereinbarung der erste Satz drin sein und alles andere fliegt raus. Nun hat er es richtig verstanden. Das heisst im nächsten Jahr im Herbst muss im Rahmen der Budgetphase über diese Leistungsvereinbarung wieder diskutiert werden. Aber dann hat man noch keinen Mitwirkungsbericht. Also man spricht dann einfach im Budget für das nächste Jahr vielleicht Fr. 150'000.00. Ob es gut ist oder nicht, weiss man dann ja gar nicht. Darum war es ja die Idee bis 2016, dass man aufgrund eines Mitwirkungsberichts dann entscheiden kann, ob es eigentlich richtig ist oder nicht. Aber so diskutiert man dann eigentlich im Budget für 2015 respektive im nächsten Jahr im Budget für 2016 wieder über die Stelle. Es wird ein Kredit gesprochen und der Mitwirkungsbericht kommt dann eigentlich im Frühling oder im nächsten Jahr raus.

Erich Tschümperlin glaubt was Martin Heiz hier gesagt hat, ist, dass es erstens eine gewisse Zeit braucht, bevor man den Wirkungsbericht schreiben kann. Das ist klar. Darum kann man

ihn erst im 2016 machen. Also wird der Vertrag nicht nur ein Jahr laufen, sondern zwei Jahre. Vermutlich bräuchte man einen anderen Ablauf im Einwohnerrat, das ist das Pech. Darum ist er jetzt einjährig. Dann steht noch die Frage von der SVP-Fraktion im Raum, ob der Bericht nur in die SGK oder auch in den Einwohnerrat geht. Vielleicht müsste man es etwas auseinander nehmen. Vielleicht könnte man auch den Antrag von der SVP-Fraktion auseinander nehmen. Zum Ersten ist es ein mehrjähriger Bericht und die andere Frage ist, kommt er in den Einwohnerrat oder nur in die SGK. Dann hätte man es langsam gebüschelt.

Esther Bieri sagt, die Stellen sind jetzt ausgeschrieben, welche irgendwann in der nächsten Zeit besetzt werden. Das heisst die KIG wird irgendwann im Herbst 2014 operativ. Dann braucht es einen Aufbau von dieser Stelle. Das ist Organisationsentwicklung. Es braucht Zeit. Wenn man jetzt einen Wirkungsbericht irgendwie im nächsten Frühling schon verfassen würde, dann hätte man einen Wirkungsbericht, aber er wäre nicht aussagekräftig. Deshalb hat die SGK ganz bewusst beantragt, dass es 2016 einen Wirkungsbericht gibt. Nachher sind Aussagen zu einem künftigen Budget möglich.

Yanik Kloter versucht es auch kurz mit einem kleinen Erklärungsversuch. Was die SVP-Fraktion ja möchte sei, dass diese Kosten bis Zeitpunkt XY, seien es zwei Jahre, oder drei Jahre, konstant bleiben. Was ja eigentlich jetzt so ist. Es gibt gar keine grossen Veränderungen. Man hat diese Zahl vor sich liegen. Man kann jährlich im Budgetprozess über diese Leistungsvereinbarung diskutieren und da sind sich wohl auch alle einig. Solange dieser Wirkungsbericht nicht vorliegt, möchte man dort auch nichts verändern. Also bleibt es ja eigentlich auch bei dieser Plafonierung der Kosten, die man jetzt vor sich liegen hat. Diskutiert wird genau, wie es die SVP-Fraktion fordert, an dem Zeitpunkt wo man diesen Wirkungsbericht hat. Also ist eigentlich dieser Antrag nichtig, weil es gar keinen Sinn macht diesen so einzuführen. Man hat genau die gleiche Handhabung auch jetzt schon. Man kann im Budgetprozess wieder diskutieren.

Gemäss Katja Staub will die SVP-Fraktion, den Wirkungsbericht auf den Frühling 2016, wie auch Esther Bieri. Dann muss man aber noch auf Ende 2016 reagieren können. Wenn die Leistungsvereinbarung nicht auf vier Jahre gemacht wird, dann muss man ihn bis Ende 2017 laufen lassen, weil man ja erst Ende 2016 wieder kündigen kann. Deshalb möchte die SVP-Fraktion einen 4-jährigen Vertrag.

Beat Tanner denkt als Idee könnte man aufnehmen, dass man einen kleinen B+A macht. Dort drin schreibt man dann z.B., dass drei Jahre lang der Betrag so hoch ist und dann kann man die Formalitäten, den Wirkungsbericht und alles, dort drin abbilden. Dann wird es genau so gemacht, wie der Einwohnerrat das möchte. Über die mehrjährige Leistungsvereinbarung müsste dann wahrscheinlich im Rat diskutiert werden.

Yanik Kloter hat auch noch eine kleine Verständnisfrage. So wie er es verstanden hat, könnte man ja dann als Einwohnerrat auf Ende 2016 die Leistungsvereinbarung beziehungsweise die Stellenprozente oder die Kosten neu definieren. Die Kündigungsfrist ist ja eigentlich etwas, das nebenan steht. Das hat ja eigentlich nicht einen direkten Zusammenhang. Dann müsste man vielleicht das kurz klären, weil sich da wohl eigentlich anhand von dieser Linie gerade die Geister scheiden.

Martin Heiz glaubt, dass jetzt gewisse Leute nicht zugehört haben. Vorher hat Guido Solari klar gesagt, der Vertrag gilt bis Ende 2015. Alles andere wie die Kündigungsfristen usw. wird gestrichen. Das hat er vorher gesagt, also muss nicht mehr über Kündigungsfristen diskutiert werden. Der Einwohnerrat diskutiert in einem Jahr über diese Stelle wieder, wahrscheinlich so lange wie heute. Da weiss man ohne den Mitwirkungsbericht nicht, ob es jetzt richtig ist und was man jetzt eigentlich in 2015 respektive 2016 machen muss. Für 2016 hat man nämlich noch nicht einmal eine Leistungsvereinbarung, weil diese Ende 2015 ausläuft. Also darum hat die SVP-Fraktion gesagt sie will fix und ohne Kündigungsfrist die Leistungsvereinbarung bis 2016. Dann hat man diese Erfüllung von Esther Bieri gemacht, wo man denen ja nicht nur ein oder $\frac{3}{4}$ Jahre geben will, bis sie dann mal anfangen müssen mit dem Wirkungsbericht. Sondern man will denen wirklich fast eineinhalb Jahre Zeit geben, dass sie arbeiten können. Erst dann soll ein Mitwirkungsbericht gemacht werden, dass der Einwohnerrat nachher im Herbst bei der Budgetierung, aufgrund dieses Mitwirkungsberichts, reagieren kann. Nachher kann man bestimmen, ob es dann mehr Stellen braucht, ob es weniger braucht, ob diese Leistungsvereinbarung angepasst werden muss oder ob sie nicht angepasst werden muss. Das spielt ja gar keine Rolle. Aber dann kann man dann hier drin entscheiden. Aber so wie sie jetzt läuft, beschliesst der Einwohnerrat nächsten Herbst im Budget etwas, dass er nicht beurteilen kann. Lothar Sidler kann dann schon Auskunft geben. Aber der Ablauf ist falsch. Man muss doch zuerst einen Mitwirkungsbericht haben, damit man reagieren kann. Darum möchte die SVP-Fraktion noch mehr Zeit geben als der Gemeinderat. Dann hätte man eine Leistungsvereinbarung mit dem Geld bis 2016. Der Sprechende hat einfach kein Interesse, jedes Jahr immer über das Gleiche zwei, drei Stunden zu diskutieren. Das hat man auch bei anderen schon gemacht, wie beim Museum im Bellpark. Das möchte die SVP-Fraktion ja auch und will ein Jahr mehr geben.

Kathrin Graber meint, Erich Tschümperlin hat vor etwa 15 Minuten gesagt, um welche Fragen es geht und sie möchte jetzt wirklich endlich die Meinung des Sozialvorstehers hören. Die erste Frage, bei der man sich nicht ganz einig ist, ist die Dauer dieser Leistungsvereinbarung. Die zweite Frage ist eine ganz einfache Frage, ob dieser Wirkungsbericht an die SGK oder an den gesamten Einwohnerrat gehen soll. Die Sprechende findet es richtig, wenn er in die SGK geht, weil es der Praxis, die man bis jetzt gehabt hat entspricht. Beispielsweise die Informatik hat man auch der zuständigen Fachkommission überwiesen, also der FGK und hat auch nicht alles in den Einwohnerrat gebracht.

Bruno Bienz ist der Meinung, man dürfe nicht vergessen, dass dies ein Neuanfang ist. Man fängt hier etwas Neues an und man hat noch keine Erfahrungen. Man muss Erfahrungen sammeln und das ist eigentlich die Idee gewesen, dass man das so macht. Zum anderen geht man immer davon aus, dass man eine Leistungsvereinbarung für 3-4 Jahre will. Vielleicht kündigt die Spitex nächstes Jahr, weil sie sagt, sie könne das nicht machen. Man kann der Spitex nicht sagen sie müsse, eine Leistungsvereinbarung für drei Jahre machen, obwohl man noch überhaupt keine Ahnung hat, wie der Faktor ist. Es kann sein, dass die Spitex sagt, sie könne das so in diesem Rahmen nicht machen und will kündigen. Dann muss es diese Möglichkeit geben. Darum braucht es ein gegenseitiges Kündigungsrecht, so wie es hier steht.

Lothar Sidler erklärt zuerst, etwas zur Begrifflichkeit. Er möchte einen Wirkungsbericht abliefern und nicht einen Mitwirkungsbericht. Er kommt noch einmal kurz zum Prozess. Was hat man sich überlegt, als man den Prozess so gemacht hat, wie man ihn jetzt präsentiert? Man hat gesagt, es bringt nichts, wenn man eine langfristige Leistungsvereinbarung macht. Wenn man eine langfristige Leistungsvereinbarung macht, dann wird die Katze im Sack gekauft. Man möchte diese jedes Jahr korrigieren können, wenn es nötig ist. Dafür braucht man Leistungsvereinbarungen, die nach einem Jahr enden, so dass auf das neue Jahr etwas Neues

eingeführt werden kann. Das wurde mit der Spitex immer so gemacht, wie mit der Mütter- und Väterberatung und bei den Pflegedienstleistungen. Das hat sich bewährt. Hier möchte man den gleichen Prozess auch angehen. Heute redet man ja über den Planungsbericht. Der Gemeinderat möchte dem Einwohnerrat aufzeigen, was man mit der Spitex, beziehungsweise mit der einfachen Gesellschaft KIG abmachen will. Heute wird jedoch nicht über die Leistungsvereinbarung diskutiert. Das und auch die Dauer der Leistungsvereinbarung ist an sich nicht Gegenstand dieser Diskussion. Im Rahmen der Voten, hat der Sprechende gemerkt, wo Beat Tanner eigentlich hin will. Er hat gesehen, dass die Leistungsvereinbarung an sich bis 2015 geht. Wenn eine mehrjährige Leistungsvereinbarung abgeschlossen würde, gehört diese allenfalls in den Einwohnerrat. Dieser müsste dann über einen Sonderkredit diskutieren. Da hat Beat Tanner Recht. Aber heute wird nicht über die Leistungsvereinbarung gesprochen. Der Gemeinderat wird diese nochmals zurücknehmen und darüber nachdenken. Wenn man sagen würde, die Leistungsvereinbarung wird bis 2015 gemacht, dann müsste man sie unter den Vorbehalt der Budgetgenehmigung stellen. Dann würde es auch wieder stimmen. Somit könnte man diese Leistungsvereinbarung ab dem 1. Januar 2015 auflösen, wenn der Einwohnerrat den Budgetbetrag nicht sprechen würde. Jetzt noch kurz zur Zeitachse. Der Einwohnerrat möchte einen Wirkungsbericht und dieser macht nur dann Sinn, wenn er über eine gesamte Periode geht. Eine gesamte Periode ist ja ein Jahr. Das bedeutet, wenn man heute diese Leistungsvereinbarung ab 2014 abschliesst, ist es zwingend auch für 2015. Nur so bringt man dieses ganze Jahr hin. Die Leistungsvereinbarung wird dann auch noch für 2016 abgeschlossen, weil der Wirkungsbericht irgendwann im 2016 kommt. Also man sieht das schon richtig, dass diese Leistungsvereinbarung sicher zwei Jahre dauern wird. Dann wird man auch, ausser man stellt dem Einwohnerrat den Antrag, nicht viel schrauben können. Dies wird so sein bis der Wirkungsbericht vorliegt. Änderungen können gestützt auf den Wirkungsbericht auf den 1. Januar 2017 gemacht werden. Also man wird jetzt noch bis 31. Dezember 2014, 31. Dezember 2015 und 31. Dezember 2016 diese Leistungsvereinbarungen so durchgehen lassen müssen. Dann gibt es etwas total Neues, ausser der Wirkungsbericht sagt dann, man kann so weiterfahren.

Bemerkung SVP zu Entwurf Leistungsvereinbarung betreffend Führung der Betrieb der Krienser Informationsstelle Gesundheit (KIG)

Die Leistungsvereinbarung betreffend Führung und der Betrieb der Krienser Informationsstelle Gesundheit ist befristet bis Ende 2016 abzuschliessen.

Abstimmung über die Überweisung der Bemerkung (LV befristet bis Ende 2016 abschliessen)

Mit 16:8 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	Enthaltung
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	Enthaltung
Erni, Roger	Enthaltung
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	Enthaltung
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja

Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	n.t.
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	Enthaltung
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	Enthaltung
Zosso, René	nein

Bemerkung SVP zu Planungsbericht

Vorlage eines Wirkungsberichts bis Frühjahr 2016 an den Einwohnerrat mit den Elementen Kosten, Nutzen, Qualität, Neutralität und Unabhängigkeit. z.B. Wie viele Personen wurden beraten? Wie viele der Beratenen haben sich anschliessend für die Spitex Kriens, wie viele für eine andere Spitex (z.B. Private Spitex Pilatus), die Haushilfe, Pro Juventute, das SRK, etc. entschieden. Wer nimmt welche Dienste in Anspruch?

Abstimmung über die Überweisung der Bemerkung (Wirkungsbericht z.H. ER)

Mit 23:7 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	n.t.
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

Der Gemeinderat beantragt, den vorliegenden Planungsbericht Nr. 119/2014 zur Kenntnis zu nehmen.

Der Einwohnerrat der Gemeinde Kriens nimmt in Anwendung von § 29 Abs. 1 lit. d der Gemeindeordnung vom 13. September 2007 den Bericht Nr. 119/2014 des Gemeinderats Kriens vom 21. Mai 2014 betreffend Planungsbericht „Krienser Informationsstelle Gesundheit (KIG)“ zur Kenntnis.

Folgende Bemerkung wird überwiesen:

- Der Gemeinderat unterbreitet der Sozial- und Gesundheitskommission Mitte 2016 einen Wirkungsbericht zur Krienser Informationsstelle Gesundheit (KIG)

4. Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarungen Gemeinde Kriens - Spitex Nr. 120/14

Roland Schwizer bleibt im Ausstand.

Gemäss Bruno Bienz ist das Eintreten auf den B+A in der SGK unbestritten. Sie möchte hier nicht unterlassen, allen Beteiligten für die grosse Arbeit zu danken. Dieser B+A ist sicher nicht ein einfach lesbares Papier geworden. Nichtsdestotrotz hat sich die SGK intensiv mit diesem Papier befasst. Das diese Leistungsvereinbarung neu auf vier Jahre abgeschlossen wird, ist ein Vertrauensbeweis an die Spitex und ihre Leistungen für die Gemeinde. Die SGK zeigt sich erfreut, dass Palliative Care als neue Dienstleistung in den Leistungskatalog aufgenommen wird. Dieses Angebot hat die Spitex bereits letztes Jahr angeboten. Da wurde es mit Spendengeldern finanziert. Die Palliative Care umfasst die Betreuung und Behandlung von Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen und/oder chronisch fortschreitenden Krankheiten. Bund und Kantone haben beschlossen, Palliative Care in der Schweiz im Rahmen einer nationalen Strategie zu fördern. Schwerkranke und sterbende Menschen in der Schweiz erhalten damit ihren Bedürfnissen angepasste Palliative Care und ihre Lebensqualität wird verbessert. Als richtig befindet die SGK, dass diese Dienstleistung nicht mit eigenem Personal erbracht wird, sondern bei der Spitex Luzern eingekauft wird. Zusätzlich zur Palliative Care ist auch die Akut- und Übergangspflege eine neue gesetzlich vorgeschriebene Dienstleistung. Weniger schön ist hier der Entscheid des Regierungsrates, der beschlossen hat, dass die Gemeinden einen Anteil von 55 % zu tragen haben. Dem nicht genug, hat er die Tarife für die einzelnen Pflegeleistungen bestimmt. Er hat es gedeckelt. Das heisst, diese Tarife sind deutlich tiefer als die Tarife der Spitex Kriens für die ambulante Pflege und sind somit auch nicht kostendeckend. Das ist etwas störend. Gemäss Ziffer 9.4 ist die Gemeinde verpflichtet eine Beschwerdestelle zu schaffen. Dies würde die SGK begrüssen, aber Kriens soll dies nicht im Alleingang tun, sondern eine interkommunale Lösung finden. Das macht wahrscheinlich am meisten Sinn. In der Kommission wurde auch angeregt, eine Kostenplafonierung anzustreben. Dies macht laut Lothar Sidler und der Mehrheit der Kommission keinen Sinn. Von der Spitex wird eine Vollkostenrechnung verlangt. Die Kosten sind abhängig vom Zeitaufwand. Dies könnte bei einer Plafonierung nicht berücksichtigt werden. Diese würde auch keine Entwicklung zulassen und Leistungen könnten bei einer Plafonierung abgelehnt werden. Also wenn die Kosten erreicht sind, heisst es beim Nächsten, das man nicht mehr kommt, weil kein Geld mehr vorhanden ist. Die SGK dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Spitex Kriens für ihre wertvolle Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger von Kriens. Die Spitex Kriens ist in der Bevölkerung auch breit abgestützt. So hat doch der Verein Spitex Kriens über 2'300 Mitglieder. Wenn das kein Vertrauensbeweis ist. Die SGK stimmt dem B+A Leistungsvereinbarung Gemeinde Kriens - Spitex mit vier Ja und einer Enthaltung zu.

Laut Verena Wicki Roth meint die CVP/JCVP/GLP-Fraktion, dass die vorliegende Leistungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Kriens und der Spitex Kriens eine Optimierung darstellt. Diese orientiert sich nach dem veränderten Bedarf von Pflegebedürftigen und den gesellschaftlichen Anforderungen an den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Dieser ist ebenfalls im Altersleitbild des Kantons Luzern verankert. Der Leistungsvertrag entspricht in weiten Teilen dem Mustervertrag des VLG und stellt damit einen Standard dar, wie er analog auch in vergleichbaren Gemeinden zur Anwendung kommt. Mit dem Leistungsvertrag wird der Spitex Kriens auch das Vertrauen ausgesprochen, dass sich ihre langjährige und in der ganzen Bevölkerung sehr gut verankerte Dienstleistung bewährt und zukunftsweisend ist. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion begrüsst es, dass mit dem 4-jährigen Leistungsvertrag nun auch eine Grundlage besteht, die der Spitex eine gewisse Planungssicherheit gewährleistet. Damit kann die Spitex langfristiger planen und Innovationen und Investitionen auch mittelfristig realisieren. Die Gemeinde profitiert von der Kontinuität. Das neue Angebot der Palliative Care schätzt sie als wichtiges Angebot ein, das nun über den Leistungsvertrag der Gemeinde von der Spitex einen öffentlichen Auftrag hat. Die Dienstleistung wird bedarfsorientiert bei der Spitex Luzern eingekauft. Somit wird gewährleistet, dass ein Team von Spezialisten Menschen beisteht, die in der kritischen und sensiblen letzten Lebensphase stehen. Ebenfalls ist das Angebot für die Akut- und Übergangspflege für Personen, die das Spital entlassen müssen nun im Vertrag geregelt. Diese anspruchsvolle Aufgabe bildet das Bindeglied zwischen der Spitalpflege und dem Pflegeheim. Weiter begrüsst die CVP/JCVP/GLP-Fraktion grundsätzlich, dass die Spitex Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Der Aufwand ist hoch, doch der Anspruch hilft, dass man auch in Zukunft gut ausgebildetes Pflegepersonal hat, das fachlich und sozial kompetent auf die Bedürfnisse der alternden Gesamtbevölkerung eingehen kann. Zu hoffen ist, dass damit Rekrutierungskosten gesenkt werden. Etwas verwirrt ist die Bestimmung zu den Spenden- und Fondsgeldern der Spitex. Wichtig scheint ihr, dass allen klar ist, dass die Spitex diese Gelder auch nutzen kann und damit einen gewissen Innovationspielraum erhält. Dies ist für die Spitex, die sich auf zukünftige Herausforderungen einer alternden Gesellschaft einstellen muss, zwingend nötig. Dazu sind klare und nachvollziehbare Reglemente nötig. So können Spenden & Legate der Bevölkerung auch in deren Sinne eingesetzt werden. Fatal wäre es, wenn die Reglemente so unklar sind, dass die Leute nicht mehr bereit sind zu spenden. Hier mahnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Gemeinderat Obacht zu halten, auch im eigenen Interesse. Ebenfalls noch etwas offen formuliert ist die Regelung zur Schaffung einer Beschwerdestelle, die unabhängig sein muss. Insgesamt steht die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ganz hinter dieser Leistungsvereinbarung und den Mehrkosten, die aus der Palliative-Care und den geforderten Ausbildungsplätzen entstehen werden.

Martin Heiz von der SVP-Fraktion führt aus, dass es ein deftiges Papier gewesen ist. Trotzdem einen Dank an die Stellen, die dies auf Papier geschaffen haben. Es ist viel und schwierig. Die SVP-Fraktion ist eigentlich auch für Eintreten auf diesen Bericht und Antrag. Es wurde früher schon ja gesagt zur Spitex und auch zu längeren Verträgen. Was einfach noch aufgefallen ist oder noch etwas Fragen auslöst, ist die Ausbildung der Lernenden. Sie ist dafür, dass man Lehrlinge ausbildet. Da ist einfach die Frage, wo hin geht das bei der Spitex. Man muss ja gewisse Kriterien erfüllen. Bei gewissen Betrieben müssen drei vollausgebildete Mitarbeitende für einen Lehrling da sein. Kann die Spitex diese Kosten tragen oder muss die Gemeinde diese Kosten tragen. Dann stellt sich natürlich auch die Frage, wenn die Gemeinde schon die Kosten tragen muss, wo sind diese dann am Schluss angestellt. Dann hat man noch gehört, dass man der Spitex die Löhne jeden Monat vorfinanzieren muss. Da kommen natürlich sofort Fragen auf, was da los ist. Werden Vorauszahlungen auch verzinst oder nicht? Dann hat man gehört, dass eigentlich die Stellen um etwa rund 180 Stellenprozente reduziert werden. Da ist einfach die Frage, korrigiert man das noch. Der Sprechende denkt spätestens im Budget sollte dies gemacht werden, damit man über das was jetzt eigentlich aus der Spitex raus kommt und in andere Sachen hineingeht saubere Zahlen hat. Dann anscheinend läuft diese Leistungsvereinbarung schon ab 1. Januar 2014. Also zumindest steht es so in der Leis-

tungsvereinbarung. Da möchte die SVP-Fraktion noch wissen, ob diese schon läuft oder was ist jetzt hier der Grund, dass man jetzt rückwirkend eine Leistungsvereinbarung ins Leben ruft. Man könnte ja eigentlich auch sagen, sie läuft ab 1. Juli 2014. Dann ist einfach noch eine generelle Frage, die man vielleicht einfach noch stellen darf, was läuft bis ins 2017. Muss man mit viel mehr Kosten in die Zukunft rechnen, oder bleibt das jetzt einfach bei dem Geld das jetzt hier gesprochen wird. Quasi für die drei Jahre bleibt es immer gleich, weil irgendwann es dann aus der Finanzkompetenz des Einwohnerrates raus ist. Dann muss man dann sowieso schauen. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, wieso diese Leistungsvereinbarung nur auf drei Jahre abgeschlossen wird und nicht länger. Weil irgendwann kommt man dann an die Grenzen, wo der Einwohnerrat noch bestimmen darf oder man muss dann vor das Volk. Das sind einfach noch ein paar Sachen, die der SVP-Fraktion aufgefallen sind, aber am Schluss ist sie wohlwollend und wird fast einstimmig oder einstimmig zustimmen.

Die FDP-Fraktion meint gemäss Roger Erni, sobald es um Leistungsvereinbarungen geht, geht es auch um Geld. Die Zahl wurde so genau noch nicht erwähnt. Es geht um etwa 2 Mio. Franken pro Jahr. Gemäss dieser Rechnung werden der Spitex 2.013 Mio. Franken überwiesen. Wenn natürlich da die Mitgliederbeiträge laufen und auch Spendenfonds da sind, dann ist die Fragen, wie viel muss, soll und darf die Spitex alleine davon nehmen und wie viel kriegt die Gemeinde als Defizitbeitrag. Dort ist klar, sobald der Staat im Spiel ist, muss dies geregelt werden. Es wurde erwähnt, dass es begrüsst wird, wenn die Regelung von Spenden und Legaten noch dargelegt werden. Die FDP-Fraktion möchte gerne, dass der Einwohnerrat da noch Auskunft bekommen würde, wie gross da die Spendenfonds sind, damit man da einen Anhaltspunkt hat. Man hat ja vor allem Erfolgsrechnungen und Gemeindebeitragsrechnungen bekommen. Wenn diese 3 Mio. Franken gewesen wären, hätte man das einfach nicht gewusst, aber es wird wohl nicht so gross sein. Sonst hat auch die FDP-Fraktion den Bericht als sehr umfassend und grosse Arbeit zur Kenntnis genommen. Sie tritt deshalb auf beide Leistungsvereinbarungen ein. Es ist noch schade, dass nicht Katja Staub, sondern Martin Heiz für die SVP-Fraktion gesprochen hat. So kommen wieder viele Fragen auf, die in einer Kommission besprochen gehören. Die FDP-Fraktion wird beide Leistungsvereinbarungen einstimmig annehmen. Es wird dann zur Väter- & Mütterberatung nicht mehr gesprochen, obwohl das auch sehr wichtig ist und es gut geregelt ist. Aber das hat nichts mehr damit zu tun, dass die FDP-Fraktion noch etwas Neues erfinden könnte.

Esther Bieri von der SP/JUSO-Fraktion fasst sich kurz. Zuerst zu der Leistungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Kriens und dem Spitex-Verein Kriens betreffend der Pflegedienstleistungen Hauswirtschaft und Familienentlastung Palliative Care. Das Grundangebot der Spitex ist unbestritten. Das wissen alle. Jeder kennt Fälle, bei denen die Pflege und Betreuung zu Hause unmöglich wäre, wenn die Spitex nicht wäre. Es wäre unmöglich, wenn das die Angehörigen leisten müssten. Der Bedarf an Spitex Leistungen nimmt zu. Erstens weil der Grundsatz verfolgt wird „ambulant vor stationär“, und zweitens die Sozialen Strukturen, demografische Entwicklung, der Fortschritt der Medizin, die massgebenden Faktoren dazu sind.

Es gibt eine Zunahme der Kosten von etwa Fr. 112'000.00. Diese stellen sich wie folgt zusammen:

- Neu ist die Palliative Care inkl. des Nachtdienstes Gegenstand der Leistungsvereinbarung. Dieser Umstand entspricht dem Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens. Mit der Spitex Stadt Luzern, die diese Dienstleistung für die Gemeinde Kriens übernimmt und die man seit zwei Jahren testen konnte, stützt sich die Spitex Kriens auf eine verlässliche Partnerin ab. Die Qualität überzeugt. Es macht absolut Sinn diese zusätzlichen Kosten zu tragen.

- Mit der neuen Ausbildungspflicht entstehen Kosten. Mit Fr. 60'000.00 pro Jahr ist dies bescheiden, wenn man bedenkt, dass damit der dringend benötigte Nachwuchs an Fachpersonal selber hervorgebracht werden kann. Nach Erfahrung der Sprechenden ist es sinnvoll, dass sich die Spitex hier vernetzt und mit anderen Institutionen der Versorgungskette zusammenarbeitet, so dass der Ausbildungsaufwand sinnvoll verteilt werden kann.

Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dieser Leistungsvereinbarung einstimmig zu. Gerade auch weil diese vier Jahre dauert. Es ist ein Vertrauensbeweis an die Spitex, die seit vielen Jahren gute Leistungen erbringt.

Bruno Bienz führt im Namen der Grüne/JG-Fraktion aus, dass das hin und her bei der Leistungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Kriens und der Spitex endlich zu einem Abschluss kommt. Herausgekommen ist ein komplexes und schwer lesbares Konstrukt. Positiv beurteilt die Grüne/JG-Fraktion, dass die Leistungsvereinbarung nun über vier Jahre abgeschlossen wird. Dies gibt Planungssicherheit und schafft Vertrauen auf beiden Seiten. Sehr erfreut ist sie, dass Palliative Care als neue Dienstleistung ins Portfolio aufgenommen wird. Dieses Angebot stärkt die Selbstbestimmung bei Menschen mit schwerer Krankheit bis zum Lebensende. Die Zusammenarbeit mit der Spitex Luzern ist nach Meinung der Grüne/JG-Fraktion nach der richtige Ansatz. Die Spitex Kriens wird zudem immer mehr mit privaten Anbietern konfrontiert. Das ist natürlich nicht nur schlecht. So müssen die Automechanismen kontinuierlich angeschaut und optimiert werden. Aber es darf nicht vergessen werden, dass die beiden Anbieter nicht mit gleich langen Spiessen um die Kunden werben. Die öffentliche Spitex hat einen Versorgungsauftrag. Sie muss garantieren, dass alle Menschen in Kriens zu Hause gepflegt werden können und zwar wann immer dies nötig ist. Egal ob sie mitten im Leben stehen oder sozial benachteiligt sind. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob sie im Zentrum leben oder in einem abgelegenen Haus am Schattenberg. Deshalb muss die öffentliche Spitex eine entsprechende Infrastruktur bereithalten und auch Einsätze leisten, die sich finanziell nicht lohnen. Private Anbieter sind dieser Pflicht nicht unterstellt. Sie können frei entscheiden, ob sie einen Auftrag annehmen wollen oder nicht. Zudem hat die Spitex auch einen Ausbildungsauftrag. Es wurde heute schon mehrmals darüber gesprochen. Diesen Auftrag müssen private Spitex-Organisationen vielerorts nicht leisten. Gerade mit dem neuen Ausbildungsgesetz im Kanton Luzern steht die Spitex Kriens vor grossen Herausforderungen. Es braucht ja gewisse Lehrlingsausbildner, sonst muss man eine Busse bezahlen. Dort steht die Spitex auch vor einer grossen Herausforderung. Die Grüne/JG-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden der Spitex für ihre tolle Arbeit. Nicht ohne Grund geniesst die Spitex einen grossen Rückhalt in der Gemeinde. Die Grüne/JG-Fraktion ist für Eintreten und sagt einstimmig ja zum B+A.

Lothar Sidler stellt fest, dass der Einwohnerrat auch zu diesem Bericht und Antrag an sich eine positive Rückmeldung gegeben hat. Dafür bedankt sich der Gemeinderat. Er kommt zu einzelnen Punkten, die noch vorgebracht wurden. Wenn man die Leistungsvereinbarung anschaut und sie mit alten Leistungsvereinbarungen vergleicht, dann sieht man, dass sie an sich ein Fortschreiben der Musterleistungsvereinbarung, des VLG ist. Von dem her bringt diese Leistungsvereinbarung, was die Leistung Pflege und Hauswirtschaft angeht, eigentlich nichts Neues. Sie erbringt das, was man schon dort festgeschrieben hat. Auf der einen Seite hat man die neuen Sachen jetzt rein getan, weil sie im Versorgungskonzept Gesundheit und Alter vorgeschrieben sind. Auf der anderen Seite, weil man jetzt gerade die Gelegenheit hat, die neuen Sachen rein zu tun. Etwas Neues ist die Palliative Care. Diese Dienstleistung dient den Leuten, die in der letzten Lebensphase sind. Es ist eine besondere Dienstleistung, die auch etwas kostet. Die Palliative Care wird jetzt aber am Anfang noch teilweise über Spenden finanziert. Somit kann gleich die Frage der FDP-Fraktion beantwortet werden, wie hoch diese Spendenfonds sind. Detailliert kann der Sprechende es nicht sagen, aber man sieht zum Beispiel jetzt anhand des Spendenfonds über die Palliative Care, dass dort im Moment noch etwa

Fr. 50'000.00 drin sind. Also redet man nicht über Millionenbeträge, sondern von Beträgen im Rahmen von ein paar Fr. 10'000. Es wird auch eine Aufgabe des Gemeinderates sein, zu schauen, dass das Geld nachher entsprechend verwendet wird. Es müssen entsprechende Spendenreglemente gemacht werden, so dass nachher nicht eine Menge Geld geäufnet wird. Neu ist auch die Akut- und Übergangspflege, die eine gesetzliche Dienstleistung ist und die erbracht werden muss. Was man freiwillig gemacht hat, ist das der Stundenansatz genau gleich wie bei der Langzeitpflege ist. Man ändert daran nichts, weil es an sich, inhaltlich genau die gleichen Leistungen umfasst. Diese werden einfach anders abgerechnet. Weil sie inhaltlich gleich sind, verursachen sie auch gleich viele Kosten. Es kann nicht sein, dass der Regierungsrat dann einen Einheitspreis aufgrund des Durchschnitts der Land- und Stadtgemeinden festlegt. Diese sind total unterschiedlich. Das hat dann einen tieferen Preis gegeben und diese Preisdifferenzen gleicht man jetzt freiwillig aus. Das ist aber nicht unsinnig viel Geld. Es ist vernachlässigbar in der Grösse, weil die Akut- und Übergangspflege fast nicht angeboten werden muss. Die Spitäler entlassen fast niemanden in die Akut- und Übergangspflege, sondern entlassen sie gleich in die normale Langzeitpflege.

Die Beschwerdestelle ist neu, aber ist in der neueren Version der Leistungsvereinbarung des VLG bereits abgebildet. Also man macht auch dort eigentlich nichts Neues. Man hofft, dass man sie nachher über die AUB anschliessen kann. Aber sicher ist diesbezüglich noch nichts. Sollte man nachher nicht über die AUB gehen können, dann sollte dies regional geregelt werden. Die Überschussregelung ist etwas kompliziert ausgefallen. Der Gesetzestext ist nicht ganz einfach lesbar, aber für einen Juristen selbstverständlich. Man hat dem Einwohnerrat aber nochmal ein Papier ausgeteilt, worauf das ganze nochmal dargelegt wird. Es gibt eine Grundsatzregelung und diese ist an sich identisch mit dem was schon in der Leistungsvereinbarung drin gewesen ist. Grundsatzregelung heisst, wenn sie einen Gewinn machen, dann müssen sie das erst mal für die Deckung von Verlustvorträgen gebrauchen. Also sie müssen das übertragen und nachher mit einem allfälligen Gewinn abschreiben. Das ist so in der alten Leistungsvereinbarung drin gewesen und das wird in der neuen auch so drin sein. Wenn sie dann immer noch einen Gewinn haben, dann haben sie die Möglichkeit dies zu äufnen. Auch das ist nichts Neues. Der Umfang der Äufnung ist 10 % des Umsatzes. So viel Kapital können sie machen. Wenn der Umsatz etwa 2 Mio. Franken ist, dann bedeutet das, dass sie Kapital im Umfang von etwa Fr. 200'000.00 äufnen können. Also wenn sie einen Gewinn machen und die Verlustvorträge gedeckt haben, dann können sie Kapital bis 10 % des Umsatzes äufnen. Wenn sie die 10 % vom Umsatz erreicht haben, müssen sie eine Rückführung machen. Dieser Gewinn geht an die Gemeinde zurück. Das ist der Grundsatzprozess. Dieser war so in der alten Leistungsvereinbarung drin und wurde auch so übernommen. Es wurden Besonderheiten für die Spitex Kriens gemacht, die gibt es in der Region noch nicht. Was passiert, wenn jetzt das Kapital vorhanden ist, die 10 % vom Eigenkapital da sind und wenn sie an sich nichts Neues mehr äufnen könnten. Dann gibt man ihnen die Möglichkeit dies trotzdem zu tun und zwar wenn sie Spenden und Legate bekommen. Von diesen Spenden und Legaten sollen sie profitieren können. Der Hintergrund ist dieser, wenn man die Spitex von diesen Spenden und Legaten profitieren lässt, haben sie auch ein Interesse weiter Spenden und Legate zu generieren. Sie haben dann selber etwas davon. Darum lässt man ihnen einen Teil dieser allgemeinen Spenden und Legaten im Umfang von 50 %. Die anderen 50 % müssen im Rahmen der ordentlichen Überschussregelung an die Gemeinde zurückgeführt werden. Beziehungsweise dann allenfalls auch um die Verlustvorträge zu decken. Dann gibt es noch die besonderen Spenden, so wie sie das jetzt vorletztes Jahr gemacht haben für die Palliative Care. Sie haben für einen ganz bestimmten Zweck Spenden gesammelt. Das können sie zu 100 % behalten, weil sie gegenüber dem Kunden versprochen haben, dass sie das für einen ganz bestimmten Zweck verwenden. Das will der Gemeinderat nicht verhindern. Das soll auch weiterhin so sein. Sie sind aber verpflichtet diese Gelder zweckgebunden zu verwenden, selbst dann, wenn sie für diesen Zweck von der Gemeinde an sich Geld bekommt. Wie bei der Palliative Care. In diesem Fonds sind noch etwa Fr. 40'000.00 oder Fr. 50'000.00 drin. Das müssen sie jetzt noch abbauen. Wenn es immer noch zu kompliziert war, dann erklärt es der

Sprechende gerne später noch einmal. Es ist wirklich ein bisschen etwas Spezielles. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es etwas Gutes ist und der Spitex, wie auch der Öffentlichkeit dient. Weil diese Zweckgebundenheit da ist, ist es für den öffentlichen Zweck. Also kann die Spitex es nicht für irgendetwas verbrauchen. Das muss nachher in diesem Spendenreglement angegeben werden. Es wird also wieder zurückgeführt.

Die Ausbildungspflicht ist im Pflegefinanzierungsgesetz festgehalten. Bis jetzt hat der Regierungsrat diesbezüglich nichts festgelegt. Er hat jetzt aber eine Verordnung geschaffen und gesagt, wie diese Ausbildungspflicht aussehen soll. Von dieser Ausbildungspflicht betroffen sind die Heime und die Spitex. Also sie sind verpflichtet, die Ausbildung zu machen und auch die Kosten dafür zu tragen. Sie dürfen aber die Ausbildungskosten später dann auf die Pflegekosten überwälzen. Das geht in den Einheitspreis rein. Die Gemeinde kann daran nichts ändern, weil der Regierungsrat das so festgelegt hat. Übrigens wenn sie nicht ausbilden, gibt das dann einen sogenannten Malus. Dieser Malus müsste dann die Spitex selber tragen. Ein bestimmter Betrag muss an die Organisationen, die zu Viele ausbilden, bezahlt werden. Bezüglich der Verzinsbarkeit der Vorauszahlungen hat die SGK ein E-Mail erhalten. Es ist so, dass zur Erhaltung der Liquidität das Finanzdepartement immer einen Monatsbetrag vorschiesst. Mitte Monat oder etwas nach Mitte Monat wird jeweils der Betrag vorgeschossen, damit die Löhne ausgezahlt werden können. Erst nachher kommt die Abrechnung. Also es wird monatlich diese Vorauszahlung gemacht, zu Handen von dem, was sie Ende Monat eigentlich zu gute hat. Bis jetzt hat man an sich keinen Zins dafür verrechnet, auch wegen der kurzen Fristen und wegen den tiefen Zinsen. Die Stellen, die bis jetzt bei der Spitex gewesen sind, gehen in die KIG über. Dies führt nachher zu einer Umlagerung und zu einer Reduktion der Kosten. Die Spitex ist verpflichtet eine Vollkostenrechnung zu machen, in der die drei Betriebsteile aufgeführt werden. Im Rahmen dieser Vollkostenrechnung sieht man dann, wo welches Personal eingesetzt wird. Was damit dann nicht mehr passieren sollte ist, dass nachher zwei Spitex selber auch noch Dienstleistungen anbieten, die an sich zu einem anderen Betriebsteil gehören. Also doppelte Personalkosten sollte man in diesem Sinn dann nicht mehr haben, weil sie es eben nach Vollkosten ausweisen müssen.

Die Frage der Leistungsvereinbarung, warum man sie rückwirkend gemacht hat. Eigentlich hätte diese Leistungsvereinbarung letztes Jahr gemacht werden sollen. Aber man hat nachher gesehen, dass sie einen engen Zusammenhang mit der Krienser Informationsstelle Gesundheit hat. Es hätte keinen Sinn gemacht eine Leistungsvereinbarung über Hauswirtschaft und Pflege zu machen und nachher nicht weiss, was allenfalls nachher in die Leistungsvereinbarung mit der KIG kommt. Dann hat man gesagt, man macht das in einem Block. Darum gibt es einen Vertrag, der rückwirkend ist. Budgetiert wurde schon auf die neue Leistungsvereinbarung. Eine offene Frage ist noch, wie man die Einheitspreise festlegt. Die Spitex soll nochmals eine neue Vollkostenrechnung liefern und dann wird man sehen, ob die Einheitspreise, die sie ursprünglich budgetiert haben zu hoch sind oder man dort zurückfahren muss, weil ja jetzt ein Teil über die KIG abgewickelt wird. Das prüft die Gemeinde dann. Bei den Kosten stellt sich die Frage, ob die gedeckelt bleiben und wie sie sich verändern. Es ist sicher, dass sich diese verändern werden. Wenn man jetzt die Quartalszahlen ansieht, sieht man, dass die Leistungseinheiten und die Anzahl der Leistungsstunden wieder steigen. Also das Wellental, scheint diesbezüglich durchschritten zu sein. Es geht wieder aufwärts. Das muss nicht zwingend ein schlechtes Signal sein. Man weiss, dass es aufgrund der demografischen Entwicklung pro Jahr etwa 5 % zunehmen wird. Die Frage ist dann einfach wo es dann zunimmt. Entweder bei den Heimen oder bei der Spitex. So lange es bei der Spitex zunimmt, wird die Kostensteigerung weniger gross sein, als wenn es in den Heimen drin passiert. Von dem her, muss es eben nicht etwas so schlechtes sein. Aber es wird sich verändern und es wird sich auch erhöhen. Wo es eine Veränderung nach unten geben kann, ist bei den Einheitspreisen. Also wie viel pro Leistungseinheit man dann zahlen muss. Aufgrund der neuen Vollkostenrechnung kann es sein, dass sich der Einheitspreis reduziert. Das wird allenfalls dann wieder etwas aufgefangen durch das man Ausbildungskosten zusätzlich einrechnen muss. Wie ge-

sagt ist im Spendenfonds kein grosser Betrag. Diese Fonds müssen ein Reglement haben, wo man als Gemeinde dann auch sieht, dass man dort einen Vertreter im Vorstand drin hat. Der Gemeinderat sieht es auch so, die 4-jährige Leistungsvereinbarung ist ein Vertrauensbeweis gegenüber der Spitex. Sie macht eine gute Leistung und ist sehr verankert in Kriens. Das soll man auch würdigen. Es ist aber nicht nur ein Vertrauensbeweis, sondern es gibt der Spitex eine Planungssicherheit. Die Spitex ist heute eine KMU mit einem Millionenumsatz. Dann kann man nicht einfach permanent von der Hand in den Mund leben. Es braucht einen Planungshorizont, eine Planungsdauer und die vier Jahre sind die richtige Dauer.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

S. 6 Leistungsvereinbarung

Katja Staub hat noch eine Bemerkung zu den Ausbildungsplätzen. Es wurde erwähnt, dass es ein Malus System gibt. Was nicht erwähnt wurde ist, dass es auch ein Bonussystem gibt. Das heisst, die Spitex-Organisationen, die ganz viele Ausbildungsstellen anbieten, werden finanziell belohnt. Das ist einerseits sehr gut, da die Sprechende für Ausbildungsplätze ist. Andererseits kostet das diese Mitarbeiter auch sehr viel Zeit die Auszubildenden auszubilden. So wie es Katja Staub verstanden hat, übernimmt schlussendlich die Kosten für die Restfinanzierung die Gemeinde Kriens. Sie wollte dies einfach erwähnen. Vielleicht gibt es dann auch zu viele Auszubildende und das wäre dann für die Gemeinde Kriens vielleicht auch nicht nur gut.

Der Gemeinderat beantragt, auf die Leistungsvereinbarung der Gemeinde Kriens mit dem Spitex Verein Kriens betreffend Pflegedienstleistungen /Hauswirtschaft/Palliativ Care zu genehmigen.

Erich Tschümperlin ist vorhin schon aufgefallen, dass die Unterlagen keine Seitenzahlen, Kopf- und Fusszeile haben. Im vorherigen Geschäft auch schon. Er möchte beliebt machen, damit man nachkommt, dass man das in Zukunft machen würde.

Christine Kaufmann-Wolf liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Die Leistungsvereinbarung der Gemeinde Kriens mit dem Spitex Verein Kriens betreffend Pflegedienstleistungen gemäss Art. 7 KLV, Hauswirtschaft und Familienentlastung und Palliative Care (Leistungsvereinbarung „Pflegedienstleistungen / Hauswirtschaft / Palliative Care“), gültig vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2017, wird genehmigt.*
2. *Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 120/14:

Der Beschlussestext wird mit 28:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja

Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	Enthaltung
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	n.t.
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

5. Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarung Spitex – Mütter- & Väterberatung Nr. 121/14

Roland Schwizer bleibt im Ausstand.

Gemäss Bruno Bienz war in der SGK das Eintreten unbestritten. In Kriens wird die Mütter- und Väterberatung seit 1993 von der Spitex Kriens angeboten. Bisher basierte das auf der Leistungsvereinbarung mit der Spitex. Die SGK begrüsst es, dass die Mütter- & Väterberatung künftig mit einer separaten Vereinbarung geregelt wird. So erhält die Stelle auch den verdienten Stellenwert und sorgt für Transparenz. Am bisherigen Angebot wurde nichts geändert. Da am bisherigen Standort der Platz für die KIG gebraucht wird, musste eine Lösung gesucht werden. Diese wurde zu aller Zufriedenheit im Heim Zunacher gefunden. So kommt es dort hoffentlich vermehrt zu Begegnungen zwischen Jung und Alt. Die Mütter- und Väterberatung unterstützt Eltern in einer Zeit, in der für die Entwicklung des Kindes Weichen gestellt werden. Sie stärken die Eltern für die anspruchsvolle Aufgabe und begleiten sie in einer oft schwierigen Zeit. Die Beraterinnen und Berater helfen Entwicklungsstörungen, sowie kleinere und grössere Auffälligkeiten frühzeitig zu erkennen und fachgerecht anzugehen. Damit wirken sie gesundheitsfördernd und präventiv. Sie tragen dazu bei im öffentlichen Sozial- und Gesundheitswesen die Folgekosten für frühe Versäumnisse zu verringern. Die SGK stimmt auch dieser Leistungsvereinbarung mit vier ja und einem vorbehältlichen ja der Kostenbeteiligung zu.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist laut Verena Wicki Roth der Meinung, dass die Mütter- und Väterberatungsstelle eine wichtige präventive Aufgabe für die Beratung von Eltern und deren Kleinkindern hat. Die Arbeit der Mütter-Väter-Beraterin ist sehr anerkannt und wird geschätzt. Die Beraterin, Heidi Dolder, kann routiniert die Bedürfnisse der Kinder und Eltern früh erfassen.

sen und sie an die richtigen Fachstellen verweisen, falls notwendig. Die Beratung vermittelt jungen Eltern viel Sicherheit im Umgang mit den Säuglingen und Kleinkindern. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nutzt die Gelegenheit Heidi Dolder ein dickes Lob und Dank für ihre gute Arbeit auszusprechen, die viel Vertrauen bei den Eltern und Kindern geniesst. Für Kriens handelt es sich um relativ geringe Kosten mit sehr grosser Wirkung. Alles, was im Kleinkindalter in die richtigen Bahnen gelenkt werden kann, kostet nachher um ein Vielfaches weniger im Kindes- und Erwachsenenalter. Vermehrt geht es auch um die Beratung von Eltern mit Migrations-Hintergrund. Die Zusammenarbeit mit dem Angebot der Dienststelle Gesundheit „Miges-Balu“ kann die CVP/JCVP/GLP-Fraktion klar unterstützen. Dies unterstützt fremdsprachige Eltern wirkungsvoll mit interkulturellen Vermittelnden. Das lohnt sich um ein Mehrfaches, wenn diese Elterngruppe früh in das System eingebunden werden kann und versteht, wie es in dieser Gesellschaft läuft. Der Leistungsvertrag ist bei der CVP/JCVP/GLP-Fraktion unbestritten. Die Entflechtung mit den Pflegeleistungen der Spitex kann sie nachvollziehen. Die Mehrkosten sind sehr bescheiden und tragbar. Den Antrag der SVP-Fraktion kann die CVP/JCVP/GLP-Fraktion zwar hinsichtlich dem Interesse nachvollziehen, dass das was nichts kostet, ist auch nichts wert. Doch schätzt sie ein, dass eine Kostenbeteiligung im Umfang von 10 % hier am falschen Platz ist und über das Ziel hinaus schießt. Die Beratung vermittelt jungen Eltern viel Sicherheit im Umgang mit den Säuglingen und Kleinkindern. Für Kriens handelt es sich um relativ geringe Kosten mit sehr grosser Wirkung. Weiter ist die Mütter- und Väterberatung ein kontinuierlicher Prozess, der Eltern über eine längere Phase und einige Jahre begleitet. Der Antrag ist darum unklar, wie er konkret umgesetzt werden soll. Ist der Selbstbehalt im 1. Lebensjahr ab der 3. Beratung pflichtig? Oder ist er jedes Jahr ab der 3. Beratung kostenpflichtig? Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion schätzt ein, dass die Beraterin die Kompetenz hat, Eltern aufzuklären, wie und wann sie die Beratung im Interesse des Kindes gut nutzen. Weiter besteht das Risiko, dass Eltern mit knappen Budgets auf die Beratung aus Kostengründen verzichten. Das ist dann heikel, wenn sie und ihre Kinder es eigentlich nötig hätten. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass dieser Selbstbehalt nicht nötig ist und die Präventionsarbeit behindert und lehnt deshalb den Antrag ab.

Die SVP-Fraktion anerkennt gemäss Katja Staub, dass das Gesundheitsgesetz des Kanton Luzern eine Mütter- und Väterberatung vorschreibt. Diese sieht sie als ein wertvolles Angebot an, weil es Müttern und Vätern eine Hilfe sein kann. Es ersetzt jedoch nicht den Kinderarzt- und Zahnarztbesuch und ist somit nicht zwingend notwendig von Eltern in Anspruch zu nehmen. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, dass ein Selbstbehalt von 10 % ab der 3. Beratung den Beratenen auferlegt wird. Damit wird den beratenen Eltern vermittelt, dass die Beratung einen Wert hat, die Gemeinde kostet und die Eltern mit ihrem 10-prozentigen Anteil zeigen, dass sie dieses Angebot als wichtig anschauen. Man kann sich das so vorstellen. In der ersten Beratung wird z.B. das Baby gewogen, gemessen, der gesundheitliche Zustand angeschaut und zugleich wird den Eltern aufgezeigt bei was sie die Mütter- und Väterberatung alles beraten kann. In der zweiten Beratungsstunde verläuft der Ablauf ähnlich und zudem kommt der Hinweis, dass die Eltern das Angebot jetzt kennen lernen konnten und ab der nächsten Beratung ein kleiner symbolischer Selbstbehalt von 10 Prozent zahlbar ist. Da dieses Angebot die Gemeinde Kriens auch etwas kostet, nämlich über Fr. 170'000.00 pro Jahr. So hat jeder Beratene die Mütter- und Väterberatung kostenlos kennen lernen dürfen.

Gemäss Esther Bieri von der SP/JUSO-Fraktion ist Prävention ein unbestrittener Bestandteil der Gesundheitsversorgung einer Bevölkerung. Prävention gibt das heute anerkannte und evaluierte Wissen weiter, so dass Männer, Frauen, Kinder lernen gesund zu bleiben. Damit entstehen Krankheitskosten erst gar nicht. Mütter- und Väterberatung ist unbestritten notwendig. Der Umgang mit Neugeborenen und Kleinkindern war vor 100 Jahren von der älteren Generation, die im eigenen Haushalt gelebt hat, vermittelt worden. Heute gibt es andere soziale Strukturen. Es ist gesellschaftlich bedingt, dass hier eine Fachstelle zum Zug kommen

muss. Unschön ist, dass die Kosten von Fr 16'000.00 gegenüber dem Jahr 2013 höher sind. Der Grund ist einzig eine finanztechnische Massnahme. Die Umstellung auf die Vollkostenrechnung. Die Heime Kriens freuen sich darauf, dass die Mütter- und Väterberatung wieder bei ihnen einquartiert wird. Das bringt eine willkommene Durchmischung des Publikums. Die vorliegende Leistungsvereinbarung ist in der SP/JUSO-Fraktion unbestritten.

Bruno Bienz von der Grüne/JG-Fraktion nimmt es vorneweg. Sie ist für Eintreten und stimmt dem B+A einstimmig zu. Die Grüne/JG-Fraktion begrüsst auch, dass eine separate Leistungsvereinbarung mit einer Dauer von 4 Jahren abgeschlossen wird. Das gibt auch in diesem Bereich eine Planungssicherheit. Die Mütter- und Väterberatung ist ein wichtiger Bestandteil für Prävention in der Gemeinde. Gerade im Bereich Ernährung und Erziehung ist die Prävention in der heutigen Zeit mit Fast Food und fehlenden Regeln eminent wichtig. Auch überforderten Eltern aus fremden Kulturkreisen ist die Mütter- und Väterberatung eine wichtige Anlaufstelle. Daher kann die Grüne/JG-Fraktion den Antrag der SVP-Fraktion nicht unterstützen. Sie findet dies der völlig falsche Ansatz. Es geht hier nicht um Wertschätzung, sondern es grenzt einfach einen Teil der Bevölkerung aus, die sich diesen 10 % Anteil schlichtweg nicht leisten kann. Das Beratungsangebot ist für Eltern aller Bevölkerungsschichten, unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder sprachlichen Herkunft bestimmt. Vom präventiven Gedanken her ist dies kontraproduktiv. Zudem ist nach Meinung der Grüne/JG-Fraktion der Antrag nicht händelbar und bringt wahrscheinlich mehr Kosten als Nutzen. Es stellt sich die Frage, ob ein Mailverkehr nach dem dritten Mal verrechnet wird und die Kosten gleich hoch sind, wie bei einer Beratung im Zentrum. Das wäre Bürokratismus pur. Die Grüne/JG-Fraktion dankt Heidi Dolder für ihre kompetente Arbeit und wünscht am neuen Standort viele gefreute Begegnungen. Die Grüne/JG-Fraktion stimmt dem B+A einstimmig zu.

Lothar Sidler bedankt sich im Namen des Gemeinderates für die positive Aufnahme dieses B+A. Die Mütter- und Väterberatung ist ein präventives Mittel. So sollen gefährdete Kinder und Eltern rechtzeitig betreut werden können. Dies kann psychischen und physischen Schaden des Kindes verhindern. Es geht um die Frage, ob eine Kostenbeteiligung eingeführt werden kann. Dies könnte man durchaus machen, aber der Gemeinderat ist der Auffassung, dass es keinen Sinn macht. Wenn dies eingeführt wird, werden pflichtvergessenen Eltern erst recht sagen, dass sie dies nicht zahlen und diese Beratung nicht in Anspruch nehmen. Mit der Kostenbeteiligung bestraft man die Eltern, die dieses Angebot nutzen. Es müssen zwei Aspekte angeschaut werden. Mit der Kostenbeteiligung möchte man Missbrauch verhindern. Auf der anderen Seite geht es um die Unversehrtheit des Kindes. Die Unversehrtheit des Kindes ist das höhere Gut als der Missbrauch. Deshalb ist der Gemeinderat gegen diesen Antrag.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

S. 2 B+A Miges-Balú

Thomas Lammer möchte wissen, weshalb die Kosten von Miges-Balú so tief sind. Wird dieses Angebot so wenig gebraucht?

Gemäss Lothar Sidler ist dies ein Projekt, welches die Dienststelle Soziales und Gesundheit führt. Dieses dauert bis ins Jahr 2015. Die Gegenleistung besteht pro Jahr aus Fr. 1'000.00.

S. 4 LV Antrag SVP Selbstbehalt

Katja Staub führt namens der SVP-Fraktion aus, dass ein Selbstbehalt von 10 Prozent ab der 3. Beratung den Beratern auferlegt werden soll. Damit wird den Beratern/Eltern vermittelt, dass die Beratung einen Wert hat, der der Gemeinde dies etwas kostet und die Eltern mit ihrem 10-prozentigen Anteil zeigen, dass sie dieses Angebot als wichtig anschauen. Die Sprechende kann sich auch vorstellen, dass der Selbstbehalt ab der 5. Beratung auferlegt wird.

Erich Tschümperlin möchte nicht, dass es einen Selbstbehalt gibt. Er spricht aus eigener Erfahrung und findet die Mütter- und Väterberatung eine ganz tolle Sache. Wenn man sich in einer Frage nicht sicher ist, kann man vorbeigehen oder auch anrufen. Das gibt eine gewisse Sicherheit. Es kann sein, dass man am Anfang ein oder zwei Mal zu viel geht. Dieses Angebot ist auch wichtig für zu- oder eingewanderte Personen ohne Unterstützung in diesen Fragen. Wenn nun diese Hürde eingebaut wird, macht dies eine schnelle Runde und ist kontraproduktiv. Er bittet deshalb darum, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Katja Staub hat selber vier Kinder geboren und hat diese Stelle sehr geschätzt. Sie ist der Auffassung, was nichts kostet, ist auch nichts wert. Deshalb soll es diesen Selbstbehalt geben.

Gemäss Verena Wicki Roth kann die CVP/JCVP/GLP-Fraktion diesen Antrag einerseits nachvollziehen. Es soll eine Wertschätzung für diese Stelle geben, jedoch ist dieser Antrag am falschen Platz und schießt übers Ziel hinaus. Man lebt in einer Gesellschaft, wo Familien weniger Rückhalt haben. Wenn das Kind krank ist, gehen viele sofort auf die Notfallstation. Die Zahl der behandelten Kinder in der Notfallstation hat zugenommen. Der Antrag ist nicht klar und nicht konkret umsetzbar. Bei einem so geringen Beitrag ist der administrative Aufwand höher als die Einnahme daraus. Es geht um eine Beratung und diese Eltern, die es brauchen, sollen es auch nutzen können.

Lothar Sidler hat vorher gesagt, dass dieser Antrag im Rahmen der Erwägungen keinen Sinn macht. Dies ist natürlich falsch. Es gibt einen Sinn, dass der Missbrauch verhindert werden will. Es widerspricht jedoch dem präventiven Charakter dieser Stelle. Wenn man die Leute an den Kosten beteiligt, verhindert man, dass dieses Angebot auch genutzt wird, wenn es gebraucht wird.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag SVP (Selbstbehalt von 10 %):

Mit 23:7 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Aakti, Brahim	GR: Gemäss B+A
Berger, Rita	GR: Gemäss B+A
Bienz, Bruno	GR: Gemäss B+A
Bienz, Viktor	GR: Gemäss B+A
Bieri, Esther	GR: Gemäss B+A
Camenisch, Räto	SVP: Selbstbehalt von 10 %
Dalla Bona, Mara	GR: Gemäss B+A
Erni, Roger	GR: Gemäss B+A
Fässler, Peter	GR: Gemäss B+A
Fluder, Hans	SVP: Selbstbehalt von 10 %
Graber, Kathrin	GR: Gemäss B+A
Graf, Alfons	SVP: Selbstbehalt von 10 %
Hahn, Alex	GR: Gemäss B+A

Heiz, Martin	SVP: Selbstbehalt von 10 %
Kloter, Yanik	GR: Gemäss B+A
Kobi, Tomas	GR: Gemäss B+A
Koch, Patrick	SVP: Selbstbehalt von 10 %
Lammer, Thomas	GR: Gemäss B+A
Mathis-Wicki, Judith	GR: Gemäss B+A
Nyfeler, Nicole	GR: Gemäss B+A
Piras, Davide	GR: Gemäss B+A
Schmid, Rolf	GR: Gemäss B+A
Schwizer, Roland	n.t.
Spörri, Raphael	GR: Gemäss B+A
Staub, Katja	SVP: Selbstbehalt von 10 %
Tanner, Beat	GR: Gemäss B+A
Trüb, Paul	SVP: Selbstbehalt von 10 %
Tschümperlin, Erich	GR: Gemäss B+A
Urfer, Mario	GR: Gemäss B+A
Wicki Roth, Verena	GR: Gemäss B+A
Zosso, René	GR: Gemäss B+A

Der Gemeinderat beantragt, auf die Leistungsvereinbarung der Gemeinde Kriens mit dem Spitex Verein Kriens betreffend Mütter- und Väterberatung zu genehmigen.

Christine Kaufmann-Wolf liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Die Leistungsvereinbarung der Gemeinde Kriens mit dem Spitex Verein Kriens betreffend Mütter- und Väterberatung für die Dauer 1. Januar 2014 – 31. Dezember 2017 wird genehmigt.*
2. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 121/14:
Der Beschlussestext wird mit 23:6 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	nein
Kloter, Yanik	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	n.t.
Spörri, Raphael	ja

Staub, Katja	Enthaltung
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

5a. Dringliche Motion Erni: Zur Einhaltung des Finanzplans, trotz veränderten Rahmenbedingungen Nr. 126/14

Der Gemeinderat lehnt die Überweisung dieser Motion ab. Die Begründung wurde verteilt.

Laut Roger Erni es ist an der Zeit, 3 ½ Jahre zurück zuschauen, was der Gemeinderat im Oktober 2010 in der politischen Gesamtplanung versprochen hat. Die Kennzahlen zeigt folgende Ausgaben-Überschüsse: 2014 1.2 Mio. Franken, 2015 2.7 Mio. Franken und 2016 4.5 Mio. Franken. Das sieht nun jedoch schlechter aus. Der Gemeinderat sagt nun, dass dem Einwohnerrat und der Bevölkerung aufgezeigt wurde, dass im Jahr 2017/18 schwarze Zahlen geschrieben werden. Die Steuerstrategie des Kantons Luzern ist jedoch ein voller Erfolg, weil die Standortqualität um sechs Ränge nach vorne gekommen ist. Für die Standortqualität sind folgende Punkte wichtig:

- Stark exportorientierte Wirtschaft
- Effiziente und innovative KMU
- Konstanz (v.a. die politische)
- Vorhersehbarkeit
- Niedrige Kapitalkosten
- Konkurrenzfähige Steuern

Dank den tiefen Steuern sind viele Firmen in den Kanton Luzern zugewandert. Im Jahr 2013 sind 147 Firmen nach Luzern zugewandert. Auf den zweiten Rang ist Baselland mit 59. Es geht hier um 1.3 Mio. Franken. Der Gemeinderat lehnt den Vorstoss einfach ab und verspricht gleichzeitig schwarze Zahlen im 2017. Der Gemeinderat darf sich hinterfragen, dass es im 2017 6.453 Mio. Franken Überschuss gibt. Er stellt sich die Frage, was nun geht, wenn der Druck auf den Gemeinderat nicht aufrechterhalten wird. Wenn nicht, ist der Staat nicht effizient. Die Gemeinde hat auch im Jahr 2011/12 mit der Taxerhöhung bei den Heimen über 2 Mio. Franken mehr eingenommen. Ohne Druck werden „ungemütliche“ Massnahmen nicht ergriffen. Deshalb muss der Druck aufrechterhalten bleiben. Der Sprechende hat Freude, wenn der Motion zugestimmt wird.

Die FGK hat gemäss Roger Erni über die Dringlichkeit der Motion gesprochen, aber nicht über den Inhalt.

Roland Schweizer führt im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion aus, dass in eine Budgetierung sämtliche bekannte Parameter einfließen, um eine möglichst genaue Planzahl zu erhalten. So macht es jede Unternehmung und so macht es auch die Finanzabteilung der Gemeinde Kriens. Als das Budget 2014 und die Planzahlen bis 2018 ermittelt wurden, war noch nicht bekannt, dass der Gemeinde Kriens rund 1.2 Mio. Franken an Steuern entgehen. Der Motionär fordert nun, dass die ermittelten Planzahlen trotz falscher Planungsvoraussetzungen eingehalten werden. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion kann diesem Anliegen nicht entsprechen.

Nach verschiedenen Spar- und Verzichtsmassnahmen in den vergangenen Jahren hat der Gemeinderat einige Massnahmen eingeleitet, die zu einer Budgetentlastung geführt haben. Eine weitere Streichrunde mit dem Ziel 1.2 Mio. Franken einzusparen, würde heissen, dass der Gemeinderat die bisherigen Sparbemühungen und Sparvorgaben des Parlamentes nicht konsequent umgesetzt und genügend Luft im Budget belassen hat. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass eine weitere Sparrunde nur mit substantiellen Abstrichen möglich sind, was schlussendlich Bevölkerungsschichten treffen wird, die sowieso nicht auf Rosen gebettet sind. Das Vier-Säulenkonzept sieht Ausgaben-/Einnahmenoptimierung, ein Gleichgewicht an Investitionen und Desinvestitionen sowie strukturelle Veränderungen vor. Man muss dem Gemeinderat die Möglichkeiten geben, mittelfristig ein ausgeglichenes Budget zu erzielen. Die nötigen Massnahmen dazu soll der Gemeinderat dem Parlament zur Entscheidung vorlegen. Eine vorgängige Einschränkung des Gemeinderates will die CVP/JCVP/GLP-Fraktion zum heutigen Zeitpunkt nicht. Dem Motionär ist bekannt, wie gross die freie Quote im Budget ist, über die der Gemeinderat frei verfügen kann, sprich Abstriche machen kann. Der grösste Teil der Gemeindeausgaben sind gebundene Ausgaben, an denen der Gemeinderat nichts ändern kann. Allfällige Korrekturen, die massgeblich zu Budgetverbesserung beitragen, können nur über die Ertragsseite erfolgen. Diese werden mit der Zentrumsplanung und weiteren grossen Bauvorhaben in der Gemeinde Kriens mittelfristig zu einem positiven Budget führen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist gegen die Überweisung der dringlichen Motion.

Laut Martin Heiz ist auch die SVP-Fraktion für die Einhaltung des Finanzplanes, auch wenn sich die Rahmenbedingungen verändert haben. Es ist nicht ganz die Wahrheit, wenn behauptet wird, dass der Wegfall der Liegenschaftssteuer der Gemeinde Kriens 1.247 Mio. Franken entgehen. Wer eine Liegenschaft mit einem Steuerwert von Fr. 370'000.00 hat, was etwa den Durchschnitt der Agglomeration entspricht, kann einen Pauschalabzug von Fr. 4'250.00 in Abzug bringen. Letztes Jahr war der Abzug noch 20 % höher, also Fr 5'410.00. Also deklarieren Haus- oder Wohnungsbesitzer dem Fiskus seit 2014 Fr 1'160.00 mehr Einkommen. Dafür liefert der gleiche Haus- oder Wohnungsbesitzer Fr. 200.00 Liegenschaftsteuer nicht ab. Darum ist die SVP-Fraktion überzeugt, dass der Steuerausfall aus der Liegenschaftssteuer für die Gemeinde Kriens ohne weiteres verkräftbar ist und kompensiert werden kann. Sie ist für die Überweisung der Motion

Die SP/JUSO-Fraktion anerkennt laut Brahim Aakti die Dringlichkeit dieser Motion. Die Überweisung hingegen lehnt sie entschieden ab. Die Forderung des Motionärs ist haltlos, aus der Luft gegriffen und völlig realitätsfremd. Der Motionär geht darüber hinaus frech davon aus, dass der Gemeinderat problemlos und jederzeit 1.3 Mio. Franken einsparen kann. Wenn das so einfach wäre, würde das der Gemeinderat auch ohne eine solche Motion von sich aus tun. Die Voranschläge der letzten Jahre haben klar gezeigt, dass der Gemeinderat seine Sparbemühungen ernst anpackt und wo nur möglich auch umsetzt. Der Motionär stützt sich dabei auf das Viersäulenprinzip. Wenn man nun davon ausgeht, dass der Gemeinderat alle Sparbemühungen und Effizienzsteigerungen bereits ausgeschöpft hat, bleibt letztlich nur eine Steuererhöhung. Die SP/JUSO-Fraktion fragt sich allerdings, ob das auch im Interesse des Motionärs ist. Vielleicht müsste man in Zukunft zuerst über die möglichen Konsequenzen einer Abstimmung diskutieren und erst dann die Abstimmung durchführen. Roger Erni hat aufgezeigt, dass Firmen nach Luzern gezogen sind und dies aufgrund der Steuersenkungen erfolgte. Effizient wäre es, wenn man dies bei den Steuereinnahmen sieht. Realität ist, dass der Kanton Kosten auf die Gemeinde überwältzt hat.

Gemäss Erich Tschümperlin lehnt die Grüne/JG-Fraktion diese Motion klar ab. Es ist noch gar nicht lange her, da hat Roger Erni wortreich das 4-Säulen Prinzip im Rat gepriesen und dies gleich mehrfach für alle mit dem Beamer projizieren lassen. Er hat sich dazu bekannt. Es ist

die parteiübergreifende Grundlage für die finanzielle Gesundung der Gemeinde Kriens. Zu diesem Konzept hat man ja gesagt und Konzepte wirken nicht über Nacht und sollten auch nicht dauernd geändert werden. Mit der Abschaffung der Liegenschaftssteuer wurde nun eine Steuersenkung beschlossen, die einmal mehr auch die Gemeinden trifft. Seines Wissens hat auch die FDP-Fraktion die Abschaffung unterstützt. Nun ist auch sie gefordert konsequente Lösungen zu erarbeiten. Viele haben moniert, dass die Steuern systemwidrig seien und es ginge nicht in erster Linie um eine Steuersenkung, sondern um die Korrektur dieser Systemwidrigkeit. Am Ehesten könnte dies durch eine Anpassung der Vermögenssteuer kompensiert werden, natürlich nicht im Einwohnerrat, sondern im Kantonsrat. Aber der Sprechende ist sich sicher, dass sich nicht mehr alle so genau an ihre Aussagen vor der Abstimmung erinnern können. Zwar hat sich die Standortqualität verbessert, aber die zugewanderten Firmen bringen kein Geld. Diese Steuern wurden so gesenkt, dass diese für die Gemeinde nicht mehr attraktiv sind. Die Einnahmen sind nicht positiv. Die Steuerpolitik des Kantons als Erfolg zu betiteln, ist nicht so korrekt. Was Roger Erni nun vorschlägt ist ein Bruch der Abmachungen gemäss dem 4-Säulen Prinzip. Darin sind keine weiteren Steuersenkungen vorgesehen. Wenn nun auf diesem Weg die Sparschraube nochmal angezogen werden soll, ist das ein Bruch der Abmachung im Einwohnerrat. Man hat mehrfach ja gesagt zum Abbau von Leistungen und zum Abbau des Service Public. Dies im Rahmen eines Pakets von Sparen und Einnahmen. Wie alle wissen, ist beim Sparen nichts mehr zu holen. Die 9-seitige Sparliste zeigt auf, dass man an vielen Orten schon zu weit gegangen ist und die Attraktivität von Kriens gelitten hat. Die Grüne/JG-Fraktion ist nicht gegen tiefere Ausgaben. Wenn die Rechnung tiefer ausfällt freut sie das, aber sie ist klar gegen einen weiteren Leistungsabbau. Sollte der Gemeinderat tatsächlich aufgefordert werden die fehlenden 1.3 Mio. Franken zusätzlich zu sparen, fühlt sich die Grüne/JG-Fraktion dem Kompromiss auch nicht mehr verpflichtet und kann in Zukunft wieder frei Forderungen stellen. Es ist schade, dass der übergreifende Kompromiss so leichtfertig geopfert wird. Es ist für den Sprechenden auch eigenartig. Alle Anwesenden - die die Sparrunden und Nachtsitzungen mitgemacht haben - wissen, dass die Gemeinde diesen Betrag nicht einfach so einsparen kann. Aber fordern kann man ja in der Politik alles.

Beat Tanner nervt es, dass nur das Negative herausgenommen wird. Wenn man sieht welches Wachstum eingestellt wurde, müsste man die Wachstumsrate hinterfragen. Wenn man diesen Vorstoss nicht annimmt, wird dies aufdatiert. Auch bei der Volksschule ging der Lohn nicht rauf, obwohl er budgetiert wurde. Es gibt überall Einsparungen. Er möchte in Erinnerung rufen, dass gesagt wurde, dass dieses Projekt „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“ mit diesem Finanzplan finanziert werden kann. Er weiss nicht, ob ein solches Projekt beim Volk nochmals durchkommt, wenn dieses Versprechen nicht eingehalten wird. Wenn die Zinsen steigen hat Kriens ein grosses Risiko. Der Sprechende bittet darum nochmals nachzudenken, sich einen Ruck zu geben und dieser Motion zustimmen.

Laut Rolf Schmid muss man sich fragen, was der FIPLA ist. Dies ist kein Versprechen. Wenn man dies denkt, hat man ein falsches Bild von der politischen Gesamtplanung. Ein Beispiel dafür ist die Schulraumplanung. Man kann nicht genau sagen in welchen Jahren man wie viele Schüler hat. Dies ist ein Blickwinkel, der völlig falsch ist. Die Aufgaben des Finanzplanes wurden hoch gelobt und die mögliche Entwicklung als realistisch angeschaut. Er findet es nicht die feine Art, wenn man die Effizienz der Verwaltung mit einer KMU vergleicht.

Gemäss Räto Camenisch hatte man früher die Finanzplanung. Dort wurde auf Pessimismus gemacht. Das Papier war es nicht wert. Wert hat nur etwas, dass im Budget steht. Die Finanzplanung basiert nur auf Annahmen vom Moment. Das Zentrum wird nun gebaut und der Gemeinderat hat versprochen, dass die Steuern nicht erhöht werden. Die Linien sind also vorgegeben.

Alex Hahn kann sich an das Versprechen beim Projekt „Zentrum Kriens - Leben im Zentrum erinnern. Der Gemeinderat sagte, dass er dafür sorgt, dass die Pro-Kopf-Verschuldung nicht zunimmt. Wenn dies nun nicht eingehalten wird, ist der Gemeinderat vertragsbrüchig. So kann er nicht ernst genommen werden. Der Einwohnerrat muss den Gemeinderat zwingen zu sparen.

Paul Winiker kann den Motionär beruhigen, dass es diese Motion gar nicht braucht, um den Druck aufrecht zu erhalten. Es gibt jedoch schon Anzeichen, dass es eine schwierige Budgetphase wird. Der Gemeinderat hat im Frühling die Finanzklausur durchgeführt, wo die Aufgaben verteilt wurden. Wenn die Gemeinde selber Leistungen beschliesst, hat sie auch die Verantwortung. Es gibt aber auch Entscheide, welche das Volk gemacht hat. Selbstverständlich hat der Gemeinderat die Absicht den Finanzplan einzuhalten und die Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten. Man möchte das strukturelle Defizit sanieren. Es gibt nun mal neue Gewitterwolken. Der Gemeinderat schlägt vor die Diskussion zu führen, wenn das Budget und der Finanzplan vorliegen. Die Absicht ist es nach Möglichkeit den Finanzplan bei den wichtigsten Zahlen auszugleichen. Die Gesamtplanung ist eine Trendrechnung, welche immer Unsicherheiten hat. Diese wird auch jedes Jahr angepasst. Der Gemeinderat ist zurzeit daran, diese zu erstellen. Die Liegenschaftssteuer fällt im 2015 mit rund 1.3 Mio. Franken weg. Dies ist indiskutabel. Ein Konnex zur Liegenschaft kann nicht gemacht werden. In den Wechseljahren konnte man zwischen den effektiven oder pauschalen Unterhaltskosten wählen. Dies hat Einbussen von rund 1 Mio. Franken gegeben. Man hoffte, dass dies bei den Gemeindesteuern nicht wieder fehlt. Nach wie vor hat jeder die Wahl. Der Gemeinderat ist über die möglichen Wachstumsraten am diskutieren. Selbstverständlich werden Vorschläge gemacht, die sowohl der Wachstumsprognose und den Marktgegebenheiten entsprechen. Der Gemeinderat will den Finanzplan einhalten und die Verschuldung in Grenzen halten. Es ist nicht so einfach zu sagen, dass diese 1.2 Mio. Franken untergebracht werden müssen.

Abstimmung über die Überweisung der Motion Erni: Zur Einhaltung des Finanzplans, trotz veränderten Rahmenbedingungen (Nr. 126/14)

Die Motion wird mit 18:12 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Räto	Enthaltung
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	nein

Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

5b. Beantwortung dringliche Interpellation Lammer: Wann ist in Kriens das Parkbad geöffnet? Nr. 127/14

Die Antworten zur Interpellation sind in der Zwischenzeit verteilt worden.

Christine Kaufmann-Wolf fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Thomas Lammer wünscht eine Diskussion

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Thomas Lammer dankt für die Antworten des Gemeinderates. Diese sind sehr ausführlich, vor allem über das erwähnte Wochenende. Er sieht dieses Dilemma, weil der Mai wettertechnisch ein schwieriger Monat sein kann. Die Saisonöffnung ist Anfang Mai. Wenn dann Besucher vor verschlossenen Türen stehen, sind diese enttäuscht. Es ist ein „Werweisen“ zwischen betriebswirtschaftlicher Optimierung und den Gast zufrieden zu stellen. Es soll überlegt werden die Eröffnung herauszuschieben. Er fragt sich, weshalb das Kassensystem nicht schon mit dem B+A beantragt wurde, sondern erst kurz vor der Eröffnung darüber entschieden wurde. Es wäre einfacher gewesen und hätte die Möglichkeit gegeben diese auszurüsten.

Auch die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist laut Viktor Bienz unglücklich, dass das Bad wegen den tiefen Wassertemperaturen nicht von Anfang an geöffnet werden konnte. Er erinnert daran, dass eine Heizung bei der Sanierung aus Kostengründen, damals gegen den Willen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, abgelehnt wurde. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass man mit einem Telefon diese Fragen effizient und schnell hätte beantworten können. Sie dankt für die Beantwortung der Interpellation.

Peter Fässler von der SP/JUSO-Fraktion war an dem besagten Sonntag auf seinem Balkon und hat die Leere im Parkbad gesehen. Er hat sich schon gefragt, weshalb die Badi nicht offen war. Es war ein schöner Sonntag und auch warm. Deshalb kann er den Vorstoss verstehen. Auf der anderen Seite hat dieser Vorstoss aber nicht die Fallhöhe, um dies im Einwohnerrat zu diskutieren. Die SP/JUSO-Fraktion ist froh über die Antworten des Gemeinderates. Es gibt Erklärungen zu den Problemen und was hinter so einem Betrieb steht. Dies sollte breit gestreut werden, damit die Besucher der Badi dies nachvollziehen können.

Die Grüne/JG-Fraktion findet es gemäss Bruno Bienz immer wieder spannend, von welcher Ecke solche Vorstösse kommen. Gerade die FDP-Fraktion schreit immer wieder nach Kost-

neinsparungen, Kosteneffizienz und ist für Personaleinsparungen. Wenn die Gemeinde gerade diese Anliegen umsetzt, ist es wieder falsch. Die Verantwortlichen der Badi machen es sich sicher nicht leicht mit dem Entscheid die Badi zu öffnen oder nicht. Sie entscheiden nach gesetzten Kriterien. Wenn jetzt jeder Einwohnerrat auf seinem geschützten Balkon mitentscheiden will, ob jetzt das richtige Badiwetter ist oder nicht, dann sollte er sich auch den Konsequenzen bewusst sein. Es braucht das gleiche Personal, ob jetzt eine oder 100 Personen kommen. Die Rechnung ist schnell gemacht. Es braucht mindestens sechs Personen um den Badibetrieb sicher und kundenfreundlich zu betreiben. Thomas Lammer hat in seinem Votum 2010 erklärt: „*Angesichts der angespannten Finanzsituation der Gemeinde und dem vorgeschlagenem Sparpaket, kann sich Kriens aber keinen Luxus leisten.*“ Da ist die Grüne/JG-Fraktion mit ihm einig. Hier geht es um Luxus, wenn die Badi für ein paar Badigäste geöffnet wird. Die Grüne/JG-Fraktion kann auch sehr gut mit dieser Lösung leben. Aber dann soll die FDP-Fraktion auch konsequent und fair sein, genügend Personal zur Verfügung zu stellen und auch nicht nach Kosteneinsparungen zu schreien. Nun kommt er zur Frage wegen dem Kassensystem. Als der Einwohnerrat am 1. Juni 2010 über den Baukredit der Badi befunden hatte, lehnte die FDP-Fraktion den Baukredit grossmehrheitlich ab. Mit der Begründung, dass die Kosten von 13.3 Mio. Franken zu hoch seien, obwohl damals schon klar war, dass mit diesem Geld keine Luxus-Badi gebaut werden kann. Auch aus Kostengründen wurde beim Kassensystem gespart und auf das Bezahlmodul mit Karten wurde vorläufig verzichtet. Jetzt einen Vorwurf daraus zu konstruieren ist völlig daneben. Der Entscheid über die Öffnung der Badi soll den Verantwortlichen überlassen werden, die die verschiedenen Faktoren berücksichtigen müssen. Wichtig ist, dass der Entscheid klar und rechtzeitig kommuniziert wird.

Als Kathrin Graber diesen Vorstoss gelesen hat, ist ihr der Vorstoss in den Sinn gekommen, womit eine Heizung für das Parkbad gefordert wurde. Wenn dies realisiert worden wäre, hätte die Saison voll ausgenutzt werden können. Nun kommt diese Partei, die gegen den Badi Kredit war, mit einem solchen Vorstoss. Eine andere Frage stellt sich, dass gesagt wurde, dass es keine Heizung braucht. Aufgrund der hohen Temperaturschwankung wird angenommen, dass die Abdeckung nicht geschlossen wird. Es ist Sache des Gemeinderates, dass dies auch konsequent gemacht wird.

Thomas Lammer hätte diese Frage in der Fragestunde stellen wollen. Aber weil diese abtraktandiert wurde, hat er es mit einem Vorstoss gemacht. Die Abdeckung ist oftmals nicht geschlossen. Daher geht sehr viel Wärme verloren. In der Beantwortung sieht man sehr schön wie hoch die Temperaturen sind. Der Sprechende war schon einige Male in der Badi und das Wasser ist wunderbar warm. Eine Heizung braucht es schlichtweg nicht. Die FDP-Fraktion war gegen den Kredit weil es immerhin um 13.3 Mio. Franken ging. Das Bad ist gut besucht, aber es gibt noch Optimierungsbedarf. Es ging ihm nur darum. Für alles andere hat er relativ wenig Verständnis.

Cyrrill Wiget hatte Freude über den Werbespot bei der Begründung der Dringlichkeit. Dies gibt vielleicht mehr Eintritte und von den Zahlen lebt die Badi. Die Badi ist ein kleines hauseigenes KMU. Es muss jeden Tag ökonomische Überlegungen gemacht werden, ob es sich lohnt aufzumachen oder nicht. Wenn man aufmacht, braucht es eine gewisse Anzahl an Leuten. Im Nachgang ist es korrekt, dass der besagte Sonntag ein ungeschickter Tag war. Vom Gefühl her meinte man, dass es ein Badetag war. Die Geschichte dahinter muss man schon auch sehen. Es wurde das Versprechen gemacht, dass der Ganzjahresbetrieb mit dem gleichen Personal geführt wird. Dieses Versprechen einzuhalten ist recht schwierig. Der Gemeinderat gibt zu, dass es Optimierungspotenzial gibt. Es stellt sich die Frage, ob man wirklich so früh aufmachen will. Es wurde schon beschlossen, dass die Badi eine Woche später, wie das Mooshüsli Emmen und Lido Luzern aufmacht. Das Kassensystem wurde als Nachtrag ins Budget genommen. Dies wurde unterschätzt. Mit dem Nachtrag konnte die Verbesserung gemacht werden. Kriens hat sich vorgenommen die Sportcard einzuführen. Darauf kann Cash geladen werden, womit man Eintritte, Essen, etc. bezahlen kann. Die Tabelle über die

Temperatur soll der Beweis sein, dass der Entscheid richtig war, das Bad nicht zu öffnen. Es zeigt auch, dass die Wassertemperaturen besser sind als noch zu Beginn. Es macht Sinn, die Abdeckung zu schliessen, wenn es ein warmer Tag ist und eine kalte Nacht gibt. Der Sprechende fragt gerne nach, ob dies zu wenig konsequent gemacht wird.

6. Bericht Postulat Fässler: Umsetzung Massnahmen aus „Wir sind Kriens“ **Nr. 044/13**

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ist das Postulat im Kompetenzbereich des Einwohnerrates, daher gibt es eine Abstimmung.

Peter Fässler stellt die Frage was das Anliegen der SP/JUSO-Fraktion ist, das sie mit diesem Postulat zum Ausdruck bringen will. In den Partizipationsprozess „Wir sind Kriens“ wurde viel Energie und Herzblut investiert. In der Ergebniskonferenz vom 27. April 2013 wurden die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen präsentiert und dokumentiert. Dahinter steckt viel zeitliches Engagement und viel Denk- und Diskussionsarbeit von allen Beteiligten, vom Gemeinderat, von der Verwaltung, von Einwohnerratsmitgliedern und vor allem von den „einfachen“ Bewohnerinnen und Bewohnern von Kriens. Deren Anliegen abzuholen und in die politischen Prozesse einfließen zu lassen war ja schlussendlich das Hauptziel der ganzen Anlage. Ganz unter dem Motto: „Nicht am Volk vorbei politisieren“. Man weiss aber auch um die Gefahr bei solchen Projekten, dass sie nach dem Erstellen des Schlussberichtes in die Schubladen wandern und alles seinen gewohnten Weg weiter geht. Genau das will die SP/JUSO-Fraktion nicht. Sie will nicht die Glaubwürdigkeit der Krienser Gemeindepolitik aufs Spiel setzen. Daher auch die Forderung nach dem Ressourcenbedarf, den die einzelnen Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen für die Gemeinde generieren würden. Dies als Grundlage für weitere Diskussionen über die finanzielle Machbarkeit oder eben Nichtmachbarkeit der einzelnen Projekte. Dies würde Transparenz bedeuten und Vertrauen in die Politik schaffen. Genau darauf findet man in diesem Bericht keine Antworten. Keine Antwort, was die Vorschläge in finanzieller und personeller Hinsicht für das Gemeinwesen bedeuten würde. Das erklärt, weshalb die SP/JUSO-Fraktion mit dem Bericht nicht zufrieden ist. Sie ist sich bewusst, dass dies ein grosser Aufwand für die Abteilungen der Gemeindeverwaltung wäre. Aber ist das für die (engagierte) Bevölkerung nicht wert? Es werden einige Projekte im Bericht erwähnt, die im Zusammenhang mit „Wir sind Kriens“ stehen. Aber ist man doch ehrlich, diese Projekte sind sowieso angestanden oder stehen an. Ob und wie stark Impulse aus „Wir sind Kriens“ eingeflossen sind oder noch einfließen werden, kann der Sprechende nicht beurteilen. Aber darüber lässt sich der Sprechende gerne aufklären. Das Partizipationsprojekt „Wir sind Kriens“ bekam im B+A 068/2013 über die politische Gesamtplanung 2014 bis 2018 eine prominente Plattform mit vielen Fotos und den Leitlinien des Gemeinderates. Dies ist gut so, aber genügt dies? Unter dem Titel „Weitere Bearbeitung“ schreibt der Gemeinderat, dass er bei der Erstellung dieses Berichtes eine Beurteilung der Zusammenfassung aus den neun Schlussberichten der verschiedenen Arbeitsgruppen vorgenommen habe. Der Sprechende fragt sich, ob er diese Beurteilung übersehen hat oder er zu wenig Knowhow besitzt, um diese aus dem Bericht herauszulesen. Es freut die SP/JUSO-Fraktion, dass der Gemeinderat diese partizipativen Prozesse als ein probates Mittel für seine Politik erkannt hat. Die SP/JUSO-Fraktion hofft, dass er dies noch möglichst oft als zielführendes Instrument anwenden wird. Politische Vorstösse wie jener von Fabian Takacs „Einbezug von Interessegruppen bei grösseren Investitionen“ oder die noch hängige Interpellation des Sprechenden betreffend „Runder Tisch bei grossen Bauprojekten“ fordern genau diese Vorgehensweise. Die SP/JUSO-Fraktion fordert in Bezug auf das abgeschlossene Projekt „Wir sind Kriens“, dass die Ideen und Vorschläge der Teilnehmenden vom Gemeinderat weiterhin im Auge behalten werden. Allenfalls wird sie wieder daran erinnern müssen. Sie fordert auch, dass die Bevölkerung bei Projekten,

bei denen die Ideen und Forderungen aus „Wir sind Kriens“ eingeflossen sind oder noch einfließen werden, explizit darüber informiert wird. So kann den Teilnehmenden bewusst gemacht werden, dass ihr Engagement Anerkennung findet und nicht für die Katze war. Die SP/JUSO-Fraktion bittet deshalb den Einwohnerrat, dieses Postulat nicht abzuschreiben, da seine Forderungen noch nicht erfüllt sind.

Gemäss Roger Erni hat die FGK diesen Vorstoss auch besprochen. Die Kommission ist wie der Postulant der Meinung, dass "Wir sind Kriens" ein wichtiger Prozess war, um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen. Erst recht im Wissen darum, dass dies nach der Fusionsabstimmung passierte. Sehr gut hat die FGK gefunden, dass Paul Winiker ein internes Papier ausgeteilt hat, welches aufzeigt, wo sich konkret die vorgeschlagenen Projekte in der Umsetzung befinden. Unterschiedlich hat die FGK die vom Postulant geforderten weiteren analog der Veranstaltung "Wir sind Kriens" Events beurteilt. In Kriens gibt es einen Einwohnerrat und dieser ist für solche Dinge zuständig. Die FGK sagt Ja zur Abschreibung des Postulates mit 7:0 Stimmen.

Judith Mathis-Wicki von der CVP/JCVP/GLP-Fraktion schildert, dass mit dem Partizipationsprozess „Wir sind Kriens“, der im April 2013 mit der Ergebniskonferenz seinen vorläufigen Abschluss fand, der Gemeinderat einen mutigen und richtigen Schritt in Richtung Einbezug der Bevölkerung gemacht hat. Nun gilt es, die Ideen, den Schwung und die Energien, die dort entstanden sind in die zukünftigen Projekte und Prozesse einzubeziehen. Die Idee der Partizipation muss zwingend, wie ein Leitfaden, in den politischen Prozess der Gemeinde verankert werden. Dazu braucht es eine Strategie von Seiten des Gemeinderates. Diese Strategie ist für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion zu wenig sichtbar in der Antwort des Gemeinderates. Als ein erfolgreiches Beispiel von der neuen, intensiveren und professionelleren Kommunikationsform mit der Bevölkerung, ist sicher das gute Abstimmungsresultat des Zentrumprojektes „Zukunft Kriens“ zu erwähnen. Der Gemeinderat zählt in seinem Bericht weitere Projekte auf, die nach Erachten der CVP/JCVP/GLP-Fraktion wenig mit dem Partizipationsprozess „Wir sind Kriens“ zu tun haben. Das Gesamtverkehrskonzept, die heute behandelte Koordinations- und Anlaufstelle, die Werterhaltung der Schulanlagen usw. sind nicht Projekte, die aus dem Partizipationsprozess entstanden sind, sondern sie waren bereits vorher auf dem politischen Radar oder in der Pipeline. Auch hier geht es zum jetzigen Zeitpunkt mehr um die Frage, wie die nicht politisch aktive Bevölkerung in vernünftigem Mass an diesen Projekten teilhaben kann und wie die Kommunikation nach aussen geschieht. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion begrüsst es, wenn die benötigten Ressourcen projektbezogen geplant, bzw. budgetiert werden. Es macht grundsätzlich und bei dieser Finanzlage schon gar keinen Sinn „giesskannenartig“ Mittel bereit zu stellen. Eines ist klar, die Veranstaltung „Wir sind Kriens“ darf nicht zu einer Alibiübung verkommen. Die Nachhaltigkeit dieser Idee muss gewährleistet sein und es muss geklärt werden, wie man mit den aktiv gewordenen Gruppen weiter im Gespräch bleibt. Evtl. könnte nach 3-4 Jahren eine Bilanzkonferenz über die erreichten Ziele und realisierten Projekte gemacht werden. Wenn man diesen Themen die nötige Aufmerksamkeit schenkt, könnte sich die Gemeinde in der Region durchaus einen Namen machen als partizipations- und kommunikationsgewandt. Wer weiss, vielleicht gibt es neben dem Energielabel auch einmal ein Label für Partizipation und Kommunikation.

Gemäss Martin Heiz, SVP-Fraktion, haben sich die Krienserinnen und Krienser nach der Fusionsabstimmung für eine Zukunft in Eigenständigkeit ausgesprochen. Somit hat der Gemeinderat einen klaren Auftrag des Souveräns erhalten und die Marschrichtung wurde vorgegeben. In der Folge wurden die sogenannten Zukunftskonferenzen ins Leben gerufen und an mehreren Workshops diskutiert. Die Themen erstreckten sich von den Gemeindefinanzen bis zur Alterspflege. Bei den Workshops, welche von der Gemeinde organisiert wurde, waren die

meisten Teilnehmer aus der Politik und Gemeindeverwaltung anwesend. Die Bevölkerung, die es eigentlich interessieren sollte, war leider nicht so gross vertreten. Aus diesen Gründen sieht die SVP-Fraktion aus ihrer Sicht die Fortsetzung der teuren Partizipationsprozesse, wie von Peter Fässler gefordert, leider nicht. Für die SVP-Fraktion hat das Projekt „Wir sind Kriens“ seinen Zweck erfüllt und folgt der Meinung des Gemeinderates. Deshalb ist sie für die Abschreibung des Postulats.

Alex Hahn führt im Namen der FDP-Fraktion aus, dass man sich an die Zukunfts- und Ergebniskonferenz erinnern soll. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer kamen aus politischen Lagern, aus dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat. Zudem war die ganze Geschichte mit Kosten verbunden. Obwohl die ganze Aktion gut war, ist es nach Erachten der FDP-Fraktion nicht notwendig, dieses zu wiederholen. Sie war insofern auch nicht repräsentativ. Die FDP-Fraktion denkt, dass das Parlament reicht, andernfalls wird der Rat unglaubwürdig. Die Wegpunkte sind in nächster Zeit gesetzt. Diese sollten nun umgesetzt werden. Es braucht weder Neues noch Zusätzliches. Solche Aktionen belasten die Gemeindefinanzen. Solche Zusatzausgaben sollten gespart werden. Die FDP-Fraktion lehnt deshalb das Postulat ab.

Gemäss Tomas Kobi hat die Grüne/JG-Fraktion den Bericht des Gemeinderates zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat nimmt in seinem Bericht Bezug zum B+A Nr. 068/2013 und verweist auf die Seiten 4-5, wo er diverse Gesichtspunkte unter das Motto „Wir sind Kriens“ zusammenfasst. Die Stossrichtung, die der Gemeinderat aufzeigt, findet die Grüne/JG-Fraktion richtig. Die gemachten Absichtserklärungen, welche der Gemeinderat unter den Kapiteln „Weitere Bearbeitung Ressourcenbedarf und im Fazit“ ausführt, sind soweit in Ordnung. Die Grüne/JG-Fraktion wird sicherlich darauf schauen und den Gemeinderat daran messen, wenn es um den Tatbeweis geht. Sie hofft, dass die Anregungen, welche in die Gesamtplanung eingeflossen sind nicht irgendwann zu Makulatur verkommen, sondern auch entsprechend umgesetzt werden. Ansonsten sind es schöne Worthülsen ohne Taten. Obwohl der Bericht nicht viel Substanzielles bietet, ist die Grüne/JG-Fraktion für das Abschreiben des Postulates.

Rolf Schmid ergänzt, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion auch für Abschreiben des Postulats ist. Der Dialog mit der Bevölkerung ist wertvoll und wichtig. Dies kann jedoch nicht alle zwei Jahre gemacht werden. Das Postulat soll abgeschrieben werden, weil man mit den Ausführungen des Gemeinderates einverstanden ist.

Paul Winiker erklärt, dass wenn ein Postulat abgeschrieben wird, heisst es nicht, dass dieses ad acta gelegt wird. Der Gemeinderat dankt für dieses Postulat. Dies hat die Gelegenheit gegeben alle Anregungen zu bearbeiten, welche dann in der FGK beraten wurden. Selbstverständlich ist nicht jedes Anliegen legitimiert. Es gibt auch kontroverse Anliegen. Die Teilnehmenden haben jedoch ihre Anliegen mit viel Herzblut hineingetragen. Man muss erkennen, dass der Dialog weitergeht. Punktuell wird ein vertiefter partizipativer Prozess gemacht, wie z.B. die Nutzergruppen oder die Verkehrskommission. Der partizipative Prozess ist ein Dauerauftrag, welcher nicht einschlafen darf. Bezüglich des Ressourcenbedarfs ist der Gemeinderat der Meinung, dass das Instrument vorliegt. Der Gemeinderat nimmt die Aufgaben auf und Ressourcen werden dafür bereitgestellt. Dieses Anliegen nimmt der Gemeinderat ernst und wird es weiter aufrechterhalten. „Wir sind Kriens“ war ein voller Erfolg.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulats Fässler: Umsetzung Massnahmen aus „Wir sind Kriens“ (Nr. 044/13):

Das Postulat wird mit 22:7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschrieben.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	Enthaltung
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

7. Bericht Postulat B. Bienz: Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden Nr. 050/13

8. Bericht Postulat Portmann: Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) Nr. 051/13

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf befassen sich die beiden Postulate mit der gleichen Materie. Die vorliegende Berichterstattung wurde zusammengenommen. Daher wird die Behandlung im Rat ebenfalls zusammengenommen. Diesem Vorgehen wird nicht opponiert.

Die beiden Postulate liegen im Kompetenzbereich des Einwohnerrates, daher gibt es eine Abstimmung.

Die Grüne/JG-Fraktion dankt gemäss Bruno Bienz dem Gemeinderat für sein Engagement für einen transparenten VLG. Seit den Vorstössen von links bis rechts ist doch einiges passiert. Der VLG ist aus seinem Schneckenhaus herausgetreten und kommuniziert seine Bemühungen viel mehr gegen aussen. Der erste Schritt ist gemacht. Ihrer Meinung nach reicht das aber noch nicht. Es ist richtig, dass der Gemeinderat die Türe nicht zugeschlagen hat und in

der Projektgruppe aktiv mitarbeitet. Das Projekt Spring III scheint der richtige Ansatz zu sein. Es ist auch schön und gut, wenn zuhanden der Generalversammlung 2015 eine Vernehmlassung vorliegt. Man gibt dem Reformpaket auch den nötigen Vorschuss. Aber es ist keinesfalls sicher, dass die Generalversammlung diese Beschlüsse auch fasst. Das sagt ja auch der Gemeinderat in seiner Antwort. Damit solche Reformpakete auch gelingen, braucht es Druck. Die Stadt Luzern hat den nötigen Druck aufgebaut. Daher kann die Grüne/JG-Fraktion nicht verstehen, dass der Gemeinderat auf das Druckmittel der zwei Vorstösse verzichten will. Die Begründung des Gemeinderates ist nicht nachvollziehbar. Es hat niemand einen Austritt per 31. Dezember 2014 verlangt. In seiner Motion, die in ein Postulat umgewandelt wurde, ist kein Termin fixiert. Der frühestmögliche Termin wäre Ende Juni 2013 gewesen. Diesen hat der Gemeinderat verstreichen lassen, ohne zu reagieren. Daher ist es eine Farce, wenn er jetzt den Termin plötzlich auf 2014 festlegt. Dieser wäre ja auch sehr knapp, da der Austritt bis Ende Juni erfolgen müsste. Die Argumentation des Gemeinderates, dass mit den erwähnten Gründen ein Austritt zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn macht, unterstützt auch die Grüne/JG-Fraktion. Was die Grüne/JG-Fraktion aber klar nicht unterstützen kann, ist die Schlussfolgerung, dass die beiden Postulate abgeschrieben werden sollen. Die Forderungen der Vorstösse sind bis dato in keiner Art und Weise erfüllt. Mit der Nichtabschreibung kann der Gemeinderat nach der Generalversammlung 2015 den Einwohnerrat in einem Bericht informieren, was erreicht worden ist und was nicht. Die Ergebnisse müssen nach Meinung der Grüne/JG-Fraktion sowieso im Rat traktandiert werden. Es kann nicht sein, dass wieder ein Vorstoss lanciert werden muss, nur um das Ergebnis zu erfahren. Die Grüne/JG-Fraktion bittet den Einwohnerrat beide Vorstösse in diesem Sinne nicht abzuschreiben. Damit kann der Druck aufrechterhalten werden, um die nötigen Reformen zum Wohle von Kriens zu erreichen.

Laut Martin Heiz ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass der Zeitpunkt zur Abschreibung dieses Postulates aus folgenden Gründen eigentlich zu früh ist. Wie die Stadt Luzern in ihrer Begründung darstellt ist auch die SVP-Fraktion für eine einflussreiche Interessenvertretung der Gemeinden. Auch sie erwartet eine institutionelle Verbesserung des VLG. Für die SVP-Fraktion ist ein Austritt aus dem VLG per 31. Dezember 2014 nicht zwingend. Ein allfälliger Austritt könnte auch ohne weiteres auch auf den 31. Dezember 2015 erfolgen. Ausserdem wird keinem der beiden Postulate ein Austritt per 31. Dezember 2014 verlangt. Der SVP-Fraktion wäre es wichtig, die VLG Generalversammlung im Frühling 2015 abzuwarten. An dieser Generalversammlung werden nicht nur die Weichen für das weitere Vorgehen des VLG gestellt. Auch die neuen Organisationsstrukturen und die neuen Relationen zu den Agglo-Gemeinden werden neu definiert. Da möchte die SVP-Fraktion auch mitreden können. Wie es in der Begründung des Postulats beschrieben wird, ist auch die SVP-Fraktion überzeugt, dass Kriens sich eine Schwächung der Gemeindeinteressen gegenüber dem Kanton nicht leisten kann. Kriens ist immerhin die drittgrösste Stadt im Kanton und kann seinen Einfluss geltend machen. Sie glaubt nicht, dass Kriens vom VLG einfach links liegen gelassen wird. Aus diesen Gründen ist die SVP-Fraktion der gleichen Meinung wie der Gemeinderat die Postulate abzuschreiben. Nach der Generalversammlung des VLG erwartet sie eine Information und behaltet sich vor, je nach Ausgang dieser Generalversammlung wieder zu reagieren, aber nicht nur mit einem Postulat, sondern mit einer Motion.

Rolf Schmid von der CVP/JCVP/GLP-Fraktion führt aus, dass beide Postulanten den Austritt aus dem VLG fordern, weil die Agglo-Gemeinden in den vergangenen Jahren wenig Gehör fanden oder sich vielleicht auch zu wenig Gehör verschafften. Bruno Bienz fordert gar den frühestmöglichen Termin. In seinem Bericht zu den beiden Postulaten zeigt der Gemeinderat deutlich auf, weshalb er einen Verbleib im Verband der Luzerner Gemeinden sinnvoll findet. Verschiedenste Vorstösse in der Stadt Luzern und den Agglomerationsgemeinden bewirkten, dass sich der VLG zu bewegen begann und verschiedene Prozesse und Reformen einleitete.

Der Gemeinderat will aktiv am Reformprojekt mit dem VLG zusammenarbeiten und den begonnenen Prozess weiterführen. Dies ist ganz im Sinne der CVP/JCVP/GLP-Fraktion. Weshalb fragen sich einige vielleicht. Es liegt im Zeitgeist, dass der Bettel sehr schnell hingeworfen wird. Unzufriedenheit, Meinungsdivergenzen werden heute sehr schnell als Grund aufgeführt, weshalb man aus einem Verband, aus einem Verein oder vielleicht auch aus einer Partei austritt. Individualismus ist im Trend. Selbst Ehen und Partnerschaften werden sehr schnell aufgegeben, wenn Unstimmigkeiten oder Unzufriedenheit auftauchen. Vorschnelle Austritte bringen nicht weiter, es braucht den Dialog und den Willen aller zur Veränderung. Wer Veränderung fordert, muss sich auch verändern, aber nicht in dem Sinne „Meine Veränderung liegt darin, dass ich mich entferne!“. Es darf nicht erwartet werden, dass sich nur die Anderen bewegen. Auch wer Veränderung fordert, muss sich selber bewegen. Nur das bringt einen letztlich weiter, das bringt letztlich eine starke Stimme im Kanton. Der VLG bewegt sich, auch der Krienser Gemeinderat bewegt sich. Man soll also dem Dialog eine Chance geben.

Rita Berger führt im Namen der FDP-Fraktion aus, dass der VLG das Reformpaket Spring III angekündigt hat, dass ausdrücklich auf die Verschiedenartigkeit der Mitgliedergemeinden und die daraus resultierenden Schwierigkeiten reagiert. Die FDP-Fraktion begrüsst dieses Projekt. Nach ihrer Ansicht müssen daraus neue Strukturen resultieren, die dem VLG ermöglichen unterschiedliche Bedürfnisse der verschiedenen Gemeinden besser vertreten zu können. Die Gemeinde Kriens soll sich bei diesem Projekt aktiv eingeben. Die FDP-Fraktion möchte erwirken, dass künftig die Interessen der bevölkerungsmässig grossen Gemeinden, welche einen grossen finanziellen Beitrag leisten, entsprechend vertreten sind. Sofern der VLG die Verhandlungsergebnisse positiv einschätzt und an der Generalversammlung 2015 das Reformprojekt verabschiedet wird, ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass die Gemeinde Kriens weiterhin Mitglied des VLG sein soll. Danach können die Auswirkungen in zwei Jahren überprüft werden und allfällige Änderungswünsche beantragt oder eine Kündigung der Mitgliedschaft ins Auge gefasst werden. Sollten jedoch die Änderungen aufgrund des Projekts Spring III nicht ihren Vorstellungen entsprechen, soll die Mitgliedschaft per 31. Dezember 2015 gekündigt werden. Parallel dazu soll der Gemeinderat dann jedoch aufzeigen, wie die Krienser Interessen gegenüber dem Kanton Luzern künftig vertreten werden können. Denkbar wäre dann eine Lösung mit den K5 Gemeinden oder mit LuzernPlus. Die FDP-Fraktion unterstützt das Vorgehen des Gemeinderates.

Gemäss Yanik Kloter, SP/JUSO-Fraktion, leidet der VLG unter einem akuten Demokratiedefizit. Das gilt es zu beheben. Der VLG widerspiegelt nicht die politischen Kräfteverhältnisse und ist parteipolitisch sehr unausgewogen aufgestellt. Die kleinen und ländlichen Gemeinden sind mit einem überproportionalen Stimmrecht ausgestaltet. Die Krienser Stimme, als grosse Agglo-Gemeinde, wird marginalisiert. Es sind sich alle einig, dass es so nicht geht. Die SP/JUSO-Fraktion hat entlang von zwei Argumentationslinien diskutiert:

- Der VLG braucht einen Schuss vor den Bug. Kriens soll auf den frühestmöglichen Termin austreten. Kleine und Landgemeinden sollen von sich aus eine Situation schaffen in der Kriens und evtl. Luzern wieder eintreten können.
- Das Vorgehen des Gemeinderates scheint sinnvoll. Kriens soll dialogbereit bleiben.

Einig ist man sich, dass es ein Gefäss braucht in dem man als Gemeinde seine Anliegen gebündelt mit den gleichgelagerten Anliegen anderer Gross- und Agglo-Gemeinden gegenüber dem Kanton vertreten kann. Wie dieses aussieht ist aber in ganz verschiedener Form und Ausgestaltung möglich. Sowohl bei einem Austritt wird es Möglichkeiten der Zusammenarbeit geben, wie auch bei einem weiteren Verbleib im VLG. Die SP/JUSO-Fraktion ist also geteilter Meinung und wird dementsprechend wohl auch nicht einheitlich abstimmen.

Die Grüne/JG-Fraktion ist gemäss Erich Tschümperlin etwas vom Ablauf verwirrt. Ein Vorstoss ist von der SVP und diese sind nun für Abschreiben. Die Grüne/JG-Fraktion macht jedoch beliebt, den Vorstoss nicht abzuschreiben, sondern möchte einen Bericht. Wenn die Vorstösse abgeschrieben werden, muss wieder ein Vorstoss eingereicht werden, um zu erfahren wie der Gemeinderat weiter vorgeht. Dies soll die Vorstoss-Flut eindämmen. Wenn ein Bericht kommt, können die Vorstösse dann abgeschrieben werden. Die Grüne/JG-Fraktion ist erstaunt, dass man für Abschreiben ist, weil das Ergebnis noch nicht vorliegt. Sie fragen sich, wie der Gemeinderat die Berichterstattung macht, wenn die Vorstösse abgeschrieben werden.

Laut Räto Camenisch ist der VLG eine uralte Institution. Dieser hat sich von der Wirklichkeit entfernt. Die Landgemeinden haben die Überhand. Man muss wissen, dass der VLG der Partner der Gemeinde gegenüber dem Kanton ist. Ein Vereinsname gehört nicht in ein Gesetz. Nun wurde von den Gemeinden Druck gemacht und die Leute im VLG haben sich bewegt. Es ist richtig, dass man nun wartet und schaut was herauskommt. Paul Winiker ist aktiv dabei. Das gibt eine gewisse Sicherung, dass die Agglogemeinden mehr gehört werden. Wenn es anders sein sollte, macht man ernst und tritt aus.

Paul Winiker führt aus, dass die Postulate in Luzern, Emmen, Horw und Kriens die Wirkung nicht verfehlt haben. Der VLG ist etwas erschrocken. Der neue Vorstand hat das Projekt Spring III ins Leben gerufen. Kriens hat das Angebot erhalten dort aktiv mitzuarbeiten. Mit K5 wurde eine Auslegeordnung gemacht und fragte sich, wie die anderen Kantone dies lösen. Es wurden Alternativen geprüft und Verbesserungsvorschläge konnten präsentiert werden. Dies fliesst ins Projekt Spring III ein. Kriens verweigert den partizipativen Prozess nicht, sondern arbeitet mit. Aber Kriens möchte auch an der nächsten Generalversammlung mitbestimmen können. Alle sind sich nun relativ einig, dass dies das richtige Vorgehen ist. Der Gemeinderat schlägt vor den Einwohnerrat schriftlich zu informieren, sobald das Ergebnis Spring III vorliegt. Jede Fraktion kann dann eine Beurteilung vornehmen und schauen, ob die Mängel behoben sind. Dann wird auch der Gemeinderat eine Beurteilung vornehmen. Man hat drei Monate Zeit. Die Parteien können dann auch Vorstösse einreichen.

Gemäss Bruno Bienz kann die Grüne/JG-Fraktion mit diesem Vorgehen auch einverstanden sein und man kann somit die Vorstösse abschreiben.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf beantragt der Gemeinderat mit dem vorliegenden Bericht, die Postulate als erledigt abzuschreiben. Die Wirkung der Abstimmung ist im Bericht ausgeführt. Bei einer Nicht-Abschreibung wird der Gemeinderat die Mitgliedschaft im VLG sofort kündigen per Ende 2014. Bei einer Abschreibung wird das Ergebnis der Spring III-Reform abgewartet und nächstes Jahr entschieden. Da die Postulate im Kompetenzbereich des Einwohnerrates sind, wird darüber abgestimmt.

Abstimmung über die Abschreibung der Postulate B. Bienz/Portmann: Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden (Nr. 050/13 & 051/13):

Die Postulate werden mit 25:2 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgeschrieben.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	Enthaltung
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	ja

Dalla Bona, Mara	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	Enthaltung
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

9. Bericht dringliches Postulat Schwizer: Informatik-Strategie Nr. 095/14

Laut Christine Kaufmann-Wolf ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Roland Schwizer erklärt, dass der Duden eine Strategie damit umschreibt, dass ein genauer Plan über das eigene Vorgehen erstellt wird, um ein Ziel zu erreichen. Und man versucht, zum vornherein diejenigen Faktoren einzukalkulieren, die in die eigene Aktion hineinspielen könnten. Heute liegt nun eine ICT-Strategie des Gemeinderates vor, die alle künftigen Handlungsstränge im Bereich der ICT aufzeigen soll. Die Strategie weist eine hohe Flughöhe aus, was das Papier sehr theoretisch wirken lässt. Eine erste klare Verbesserung der Informatik-Umgebung ist die Verschiebung der elektronischen Intelligenz von den vielen einzelnen PC-Arbeitsplätzen hin in ein zentrales Rechenzentrum. Dies bedeutet eine einfachere und effizientere Betreuung der bestehenden Software. Der Entscheid zu Zero-Client-Stationen kann als eigentliches Kernstück der neuen ICT-Strategie angesehen werden, was künftig zu effizienteren und somit kostengünstigeren Software-Wartungen führt. Auch positiv zu werten ist die Tatsache, dass für die drei bisherigen Informatik-Mitarbeiter sozialverträgliche Lösungen gefunden werden konnten. Was der CVP/JCVP/GLP-Fraktion bei der ICT-Strategie jedoch fehlt, ist das aufzeigen von Zielen. Wohin will die Gemeinde Kriens Informatik-mässig künftig gehen? Vieles, was in dieser Strategie aufgezeigt wird, ist die Darstellung des Status quo oder was bisher geleistet wurde. Aus Sicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion umfasst eine Strategie konkrete, messbare Angaben in Zeit- und Geldeinheiten. Eine Strategie soll ja schlussendlich auf eine Zielerreichung hin ausgerichtet sein. In der vorliegenden Strategie wird, sobald konkrete Angaben gemacht werden sollen, auf Konzepte verwiesen, die noch ausgearbeitet werden. Aus der Strategie ist immer noch nicht ersichtlich, wie die Gemeinde Kriens Informatik-Wissen aufbauen und halten will, wer innerhalb der Gemeinde konkret für die Konzepte verantwortlich ist und welcher Zeitrahmen für die Erarbeitung und Umsetzung dieser Konzepte vorgesehen ist. Man spricht von Kosten vor der Steckdose und nach der Steckdose. Die Kos-

ten vor der Steckdose sind aufgezeigt mit dem Budget der GICT und somit klar erkennbar. Die Kosten nach der Steckdose sind unbekannt. Sowohl Personal- wie Infrastrukturkosten sind nicht ersichtlich. Zum Beispiel bei der Peripheriestrategie heisst es, dass die Peripheriegeräte durch die Gemeinde Kriens bestimmt werden. Welche Person oder welche Stelle ist konkret verantwortlich für die Evaluation von neuer Software für die Schule, Heime und Verwaltung? Wer bestimmt, ob elektronische oder klassische Schultafeln zum Einsatz gelangen? Wer ist der Informatik-Ansprechpartner für den Gemeinderat innerhalb der Gemeinde Kriens? Hier hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Bitte, dass sich die FGK periodisch mit diesen Fragen auseinandersetzt, bzw. dass der Gemeinderat die Kommission sporadisch über den Stand der Projekte informiert. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung der ICT-Strategie und ist unter der Voraussetzung, dass die FGK dieses Projekt eng und kritisch begleitet, für die Abschreibung des Postulats.

Rolf Schmid führt in Namen der FGK aus, dass er die Geschichte dieser Informatik-Strategie kurz aufnehmen möchte. Zur Leistung der FGK im Januar in Emmen könne nur gesagt werden „Chapeau“. Die FGK ist mit gefühlten 1:6 Stimmen in die Sitzung reingegangen und mit 7:0 Stimmen nach Stunden der Diskussion sogar noch mit einem noch nie erlebten, von einer Partei verlangten Unterbruch, rausgegangen. Mit der Beantwortung des Postulats hat der Gemeinderat den Stand von heute, was der Einwohnerrat verlangt hat, abgefasst. Die FGK wünscht dem GICT ab 1. Juli 2014 viel Glück und Erfolg. Auf dass die Zusammenarbeit in diesem Gemeindeverband fruchten möge. In der FGK hat man nach einigen Diskussionen, engagierten Fragen und mit Hilfe des Projektleiters seitens der Gemeinde Kriens, Beni Bieri, das Postulat mit 6:0 Stimmen als erledigt akzeptiert.

Laut Martin Heiz, SVP-Fraktion, ist es eine Tatsache, dass bei der Lancierung des Projektes vom Gemeinderat mangelhaft informiert wurde. Es waren keine klaren Ziele definiert, die Kostenstrukturen ungenau und die Risiken praktisch ausgeblendet. Ausserdem haben IT-Flops, Korruption und Vetternwirtschaft beim Bund, öffentliche IT-Projekte sehr stark in Verruf gebracht. Über das gleiche Thema wurden von der CVP seit 2012 gleich folgende Vorstösse eingereicht:

- Informatik-Strategie / Projekt SIDOK (Nr. 32/2013)
- Informatik-Strategie / ICT Strategie (Nr. 94/2014)
- Rechenzentrum Emmen (Nr. 007/2012)

Man hatte teilweise das Gefühl, dass aus politischen Gründen die CVP das Projekt zu hinterfragen oder zu Fall bringen wolle. An der FGK-Sitzung vom 16. Januar 2014 wurde nach Besichtigung des GICT über den B+A Gemeindeverband und Kooperationsmodell Kriens – Emmen Nr. 071/2013 ausführlich diskutiert. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion war übrigens mit zwei Mitgliedern an der besagten Sitzung anwesend. Nach einer kurzen Beratung der FGK wurde der B+A oppositionslos angenommen. An der anschliessenden Einwohnerratssitzung vom 23. Januar 2014 wurde der Beschlusstext des B+A mit 26:0 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Der Bericht des Postulates ist eigentlich nichts anderes als ein Resümee von Berichten und Präsentationen, welche in der FGK eingehend behandelt wurden. Wäre der Postulant ein Mitglied der FGK gewesen, hätten sich alle Vorstösse auf ein Minimum beschränkt oder sogar erübrigt.

Beat Tanner dankt im Namen der FDP-Fraktion für den Bericht „Informatik-Strategie“. Es kommt ihr vor, als hätte der Gemeinderat eine Strafaufgabe erledigt. Leider musste das Parlament die Weichen der IT Kriens ohne Informatik-Strategie vornehmen, was für die FDP-Fraktion völlig zu wieder gelaufen ist. Den Unmut über die Vorgehensweise des Gemeinderats

hat sie bereits mehrmals kundgetan. Die FDP-Fraktion hofft doch sehr, dass der Gemeinderat aus diesem Geschäft Lehren für die Zukunft gezogen hat. So geht es ein anders mal nicht mehr. Die Strategien mit den finanziellen Konsequenzen sind jeweils dem Einwohnerrat vorzulegen. Ebenfalls sind mehrjährige Verpflichtungen gemäss Gemeindegesetz Aufgabe des Parlaments. Zum Inhalt will sie keine Diskussion mehr führen, wird aber die Entwicklung im IT-Bereich mit der Gemeinde Emmen kritisch, wohlwollend begleiten. Die FDP-Fraktion wird in 3-4 Jahren über den Erfolg Bilanz ziehen. Sie würde es auch begrüessen, wenn Konzepte für die Weiterentwicklung der Visualisierung in den Volksschulen der Bildungskommission vorgelegt werden. Schliesslich schlagen sich die Kosten solcher Konzepte im Budget und in der Rechnung nieder. Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und hofft, dass der Einwohnerat ernster genommen wird.

Die SP/JUSO-Fraktion dankt gemäss Brahim Aakti in erster Linie dem Postulanten für seine hartnäckige "Vorstössigkeit". In zweiter Linie dankt sie dem Gemeinderat für die präsentierte Strategie bzw. dem Papier mit dem Titel "Informatik-Strategie". Die SP/JUSO-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass man dieses Papier viel früher hätte erhalten sollen. Es hätte zum Beispiel als Entscheidungshilfe bei der Abstimmung zum Beitritt zum Gemeindeverband dienen können. Zum Inhalt des Berichts bleiben aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion noch ein paar Fragen offen:

- Wie sieht die langfristige personelle Strategie aus? Ist es wirklich so angedacht, dass nur eine Person aus Kriens im GICT involviert ist? Falls nicht, wie wird sichergestellt, dass das Personal langfristig den vorhandenen Ansprüchen genügt?
- Wie kommt der Kostenverteiler zu Stande?
- Was kostet PWC bis jetzt und in Zukunft? PWC ist ja nicht dafür bekannt, besonders günstig zu sein.
- Mit welchen Einsparungen wird langfristig gerechnet?
- Wie gedenkt der Gemeinderat seine Strategie zu evaluieren?

Gemäss Erich Tschümperlin begrüsst die Grüne/JG-Fraktion es, dass der Gemeinderat eine ICT-Strategie und das entsprechende Papier vorlegt. Ein solches Papier ist sehr wichtig. Alle haben ja miterlebt wohin es führt, wenn man eben keine Strategie hat und urplötzlich neue Informatikmittel anschaffen muss. In einer solchen Situation darf die Gemeinde nicht noch einmal schlittern. Darum hat die Grüne/JG-Fraktion das Postulat auch unterstützt. Es ist wichtig, dass ein entsprechendes Konzept erarbeitet wird. Aber auch wegen der Kosten braucht es eine ICT Strategie. Es muss gesamthaft festgelegt werden, welche Plattformen Kriens braucht, welche Software verwendet werden soll und wer welchen Support braucht. Es muss auch zentral definiert werden, wer welche Hardware braucht. Es muss auch klar sein, ob man seine Hardware mitbringen kann, z.B. Handy und dafür braucht es entsprechende Services. Gerade hier, aber auch ganz generell, gilt der Datensicherheit grösste Priorität. Das gilt für die Informatikmittel, den Datentransport, aber im Besonderen auch für das Personal. Hier vermisst der Sprechende im Strategiepapier der Gemeinde konkrete Aussagen. Es fehlen technische Aussagen, was und welchen Standard von Datensicherheit die Gemeinde Kriens verlangt und es fehlen Aussagen rund um die Anwender bezüglich Datensicherheit. Es handelt sich ja hier um vertrauliche Daten der Mitbürgerinnen und Mitbürger. Hier ist höchste Sensibilisierung gefordert. Dazu braucht es seiner Meinung nach auch Schulungen vor Ort, um die Wichtigkeit zu betonen. Gerade in Bereichen, wo z.B. auch Kunden Zutritt haben zu Abteilungsdruckern, braucht es technische Massnahmen und entsprechende Anforderungen von der Gemeinde an die Hardware. Der Bericht zum Postulat würde um einiges verständlicher, wenn man ein Organigramm mit den Verantwortlichen und den bestehenden und geplanten Reglementen gemacht hätte. Wenn Erich Tschümperlin das richtig verstanden hat, gibt es heute folgendes:

- für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Weisungen zum Umgang mit Informatikmitteln.
- ein Peripheriekonzept ICT für Verwaltung und Heime
- ein Peripheriekonzept ICT für die Volksschulen
- ein Netzwerkkonzept und/oder ein WLAN Konzept
- ein Supportkonzept
- ein Mitarbeiter ist für das Service Level Agreement, Bestellungen der Peripherie und den First Level Support zuständig

Die Grüne/JG-Fraktion fragt sich, ob noch etwas fehlt oder noch etwas geplant ist und wer für den Unterhalt dieser Konzepte zuständig ist. Bedürfnisse und IT Produkte ändern sich schnell, darum müssen diese Konzepte wohl periodisch und synchron angepasst werden. Seiner Meinung nach müssten die notwendigen, oben erwähnten Konzepte in der ICT Strategie der Gemeinde aufgeführt werden. Ohne diese Konzepte wird die Strategie nicht gelebt, respektive kann sie nicht umgesetzt werden.

Laut Rolf Schmid wurde moniert, ob allenfalls politische Gründe vorliegen und der ICT zu Fall gebracht werden will. Dies ist überhaupt nicht der Fall. Dieser Vorstoss ist nach wie vor berechtigt. Die CVP steht dazu. Es stellt sich die Frage wohin man in Kriens geht und welche Strategie gefahren wird. Hier gibt es keine Aussagen. Erich Tschümperlin hat die Konzepte angesprochen. Dazu hätte es mehr Antworten geben sollen, als vorgelegt wurden. Eine andere Frage ist, wie man mit den Arbeitsgeräten umgeht. Werden alle Arbeitsplätze mit Laptop oder PC ausgestattet? Welche Überlegungen macht man in diese Richtung auch an den Schulen. Ein Lehrer muss an verschiedensten Orten arbeiten können. Solche Fragen hätten auch in der Strategie beantwortet werden müssen.

Davide Piras stellt fest, dass die ICT-Strategie auf fünf Seiten gemacht wurde. Er fragt sich, ob die IT-Strategie nur auf zwei Seiten abgebildet werden kann. Wo ist die Vernetzung? Er will eine Strategie über die ganze IT sehen. Dies wird recht komplex. Sonst verliert man Synergieeffekte. Wenn man in Zukunft nicht aufpasst, werden viele Schnittstellen erzeugt. Dies kennt man aus der ganzen Welt.

Paul Winiker dankt für die wohlwollende und kritische Begleitung. Es ist immer die Frage, welche Flughöhe die Richtige ist. Grundsätzlich hat man eine Strategie mit der sogenannten Plattform, dass mit dem Entscheid des Einwohnerrates die Informatik mit Emmen zentralisiert wird. Das Rechenzentrum mit dem Betrieb wurde ausgelagert. Was aufrecht erhalten bleibt, ist die Peripherie (Ausstattung Arbeitsplätze; WLAN, Drucker, Software), wo man nach wie vor grosse Autonomie hat. Dies gilt für den ganzen Verband. Klar gibt es den Standortarbeitsplatz und die Vorgaben wie dieser aussehen muss. Ebenfalls hat man mit dem Druckerkonzept eine Standardisierung vorgenommen. Multifunktionsgeräte hat man verändert. Es gibt auch noch offenen Fragen, die noch in Bearbeitung sind. Der Gemeinderat hat für Peripherie eine ICT-Arbeitsgruppe. Darin sind Mitarbeitende der Verwaltung und der Heime, der ICT-Verantwortliche, Verantwortlicher des Gemeindeverbandes und Paul Winiker dabei. Diese Arbeitsgruppe befasst sich mit Schnittstellen und heisst Konzepte gut. Die Entwicklung in diesem Bereich ist nie abgeschlossen. Es wird immer eine Weiterentwicklung geben. Der Gemeinderat denkt, dass die Schulen eine dynamische Entwicklung machen. Die Kosten für die zentrale Plattform sind bekannt. Die Kosten für Peripherien müssen jedes Jahr ins Budget eingetragen werden. Zurzeit ist man daran alle nötigen Informationen zu sammeln. Die Zielrichtung des Gemeinderates ist es, dass man zufrieden sein kann, wenn die Informatikkosten bei gleichen Mengen stabilisiert werden. Der Verband ICT wurde gestern gegründet. Der Gemeinderat dankt für die wohlwollende Begrüssung, dass der Verband ab dem 1. Juli 2014

beginnen darf zu arbeiten. Die Fragen zur personellen Strategie, dem Knowhow und auch Mitarbeiter wurde dem Verband übergeben. Ein ICT-Verantwortlicher ist die Ansprechperson für Bestellungen und führt die Koordination der Bestellungen. Ein gewisses Knowhow bleibt der Gemeinde jedoch bestehen. Die Vorteile sind die Stabilisierung der Kosten und das Wachstum des Knowhows. Es wurden noch die Kosten der PWC erwähnt. PWC hatte den Auftrag dies zu prüfen. Zu den Kosten kann der Gemeinderat noch keine Angaben machen. Die Installation des WLAN's in der Volksschule ist eine technische Frage. Die Kompetenz, ob man das WLAN einsetzt, ist bei der Gemeinde. Es muss aber ein Abgleich mit dem Verband gemacht werden, damit die Sicherheit gewährleistet ist. Judith Luthiger-Senn wird in der BiK weiter darüber informieren. Dies ist ein Prozess der Weiterentwicklung.

Erich Tschümperlin stellt klar, dass er alle Konzepte aufgezählt hat, die es gibt. Es soll eine Grafik gemacht werden, wo man sieht wer was macht. So wäre es klarer und würde allen das Leben erleichtern. Die Datensicherheit ist eines der Top-Themen überhaupt. Es geht auch um den Knowhow-Verlust. Dies gehört ins Konzept hinein. Er möchte dies platzieren, weil man sich sicher noch mit diesem Thema beschäftigen wird.

Paul Winiker offeriert, dass der Gemeinderat das Inventar der Dokumente aufarbeitet und die Datensicherheit miteinbezogen wird. Er nimmt dies auf und dann wird man dies in der FGK thematisieren.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

10. Beantwortung Interpellation Tanner: Kostentreiber Soziale Wohlfahrt in Kriens **Nr. 084/13**

Aus Zeitgründen wurde dieses Traktandum nicht behandelt.

11. Beantwortung Interpellation Ercolani: Heizungsanlagen in gemeindeeigenen Gebäuden **Nr. 099/14**

Aus Zeitgründen wurde dieses Traktandum nicht behandelt.

12. Postulat Ercolani: Beschäftigung von Sozialhilfebezügler **Nr. 124/14**

Aus Zeitgründen wurde dieses Traktandum nicht behandelt.

13. Fragestunde

Aus Zeitgründen wurde dieses Traktandum nicht behandelt.

14. Verabschiedung Alex Hahn (FDP) und Yanik Kloter (JUSO)

Christine Kaufmann-Wolf bittet Alex Hahn nach vorne. Er war ab August 2010 in den Einwohnerrat eingetreten und hat den Platz von Marco Achermann, einem jungen Mann, damals dem jüngsten Einwohnerrat, übernommen. Während dieser Zeit hat er in der BiK mitgearbeitet und war dort in den letzten zwei Jahren Vizepräsident. Gemäss seinem Demissionsschreiben möchte er Platz machen für einen jungen Mann. Die Sprechende hat seine Art zu politisieren geschätzt. Manchmal hat er bei einer hitzigen Debatte mit einem Spontanvotum versucht die Wogen zu glätten und Ruhe in die Diskussion einzubringen. Alex Hahn verzichtet auf sein Abschiedsgeschenk und wünscht stattdessen eine Spende für den Gemeinnützigen Frauenverein Kriens. Ein herzliches Dankeschön dafür und für sein Engagement für Kriens als Einwohnerrat und die stets seriöse Kommissionsarbeit. Christine Kaufmann-Wolf wünscht Alex Hahn alles Gute.

Alex Hahn geht mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Mit dem lachenden Auge geht er, weil es ihm gelungen ist einem Jungpolitiker Platz zu machen. Er geht aber mit einem weinenden Auge wegen dem Abschied von der Fraktion. Er hat eine grosse Kameradschaft erlebt. Deshalb dankt er seiner Fraktion und wird ihnen immer verbunden bleiben. Er dankt auch Christine Kaufmann-Wolf für die kompetente Führung der Einwohnerratssitzungen. Alex Hahn wünscht allen alles Gute und viel Fingerspitzengefühl beim Politisieren. Die Zukunft gehört der Jungen Generation. Man muss auch mal ein Auge zudrücken, wie folgendes Sprichwort besagt:

*„Es lebte einst in Afrika, ein weiser Marabu
der drückte beinah immerfort, das eine Auge zu.
Und wenn ihm das verleidet war, was tat der Marabu?
er macht das eine Auge auf und drückt das andre zu*

*Das war ein großer Philosoph - der alte Marabu
Denn wer zufrieden leben will, drückt stets ein Auge zu.“*

Christine Kaufmann-Wolf bittet Yanik Kloter nach vorne. Er war bei den letzten Einwohnerratswahlen als „Spitzenkandidat“ der JUSO angetreten und wurde dann auch direkt gewählt. Genau zwei Jahre war er im Rat und hat in dieser Zeit in der BiK und der FGK Einsitz gehabt. Die Sprechende war anfangs der Legislatur sehr gespannt, wie sich die jungen Politiker in den Rat einfügen werden. Speziell auf einen JUSO-Politiker war man gespannt, wie er sich im Parlamentsbetrieb bemerkbar machen würde. Christine Kaufmann-Wolf war sehr angenehm überrascht und hat Yanik Kloter stets als einen besonnenen und überlegten Einwohnerrat erlebt. Er war kritisch in der Sache, doch stets konstruktiv. Yanik Kloter hat seine Demission eingegeben, weil er in Hamburg für ein Jahr eine Praktikumsstelle antreten wird. Dazu wünscht der Rat ihm ein positives, erfolgreiches und unvergessliches Jahr. Auch er verzichtet auf sein Abschiedsgeschenk und wünscht sich stattdessen eine Spende für den Verein zum Schutz misshandelter Frauen Luzern. Die Sprechende bedankt sich für sein Engagement für Kriens als Einwohnerrat und für sein Engagement in den beiden unterschiedlichen Kommissionen.

Yanik Kloter möchte sich ganz herzlich bei seiner Fraktion, dem Gemeinderat, Janine Lipp, Guido Solari und all denen die im Hintergrund gearbeitet haben, bedanken. Er bedankt sich auch bei allen Anwesenden im Saal. Er konnte sehr viel lernen und konnte seinen Rucksack mit sehr vielen Sachen füllen. Der Ratsbetrieb hat ihm immer Spass gemacht, auch dass er in

zwei Kommissionen politisieren konnte. Er bedankt sich auch für alle guten und auch weniger guten Gespräche und wünscht alles Gute.

Schluss

Christine Kaufmann-Wolf bedankt sich für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr. Es hat ihr Freude und Spass gemacht die politischen Traktanden durchzugehen und abzuhandeln. Einen Grossen Dank auch an die Gemeindeverwaltung, welche für den Einwohnerrat sämtliche Hintergrundarbeit leistet, dem Gemeindeschreiber Guido Solari, Janine Lipp, der guten Perle und dem Gemeindegeweihe Bruno Arnet. Sie alle haben die Sprechende unterstützt und waren immer stets hilfsbereit und wohlwollend. Einen herzlichen Dank dafür.

Für die kulinarische Wanderung hat sie noch eine Anmeldung erhalten. Sie wäre froh, wenn sich doch noch ein paar melden würden.

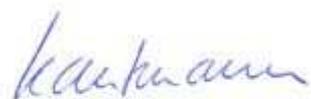
Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 4. September 2014. Sie wünscht allen schöne und erholsame Sommerferien. Es soll die ruhigere Zeit ohne politische Geschäfte genossen werden.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hohle Gasse. Die SVP-Fraktion wird nicht dabei sein, da sie ein Fraktions-Grillieren haben.

Die Sitzung schliesst um 19:15 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsidentin:



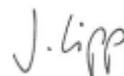
Christine Kaufmann-Wolf

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp